

Die Politische Meinung



FLUCHT

Ursachen,
Blickwinkel,
Konzepte

ZUM SCHWERPUNKT Thomas de Maizière, Gefordert, nicht überfordert;
Gerd Müller, Deutschlands Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen;
Thomas Petersen, Willkommenskultur?

KOMMENTIERT Peter Graf Kielmansegg, Die Elendsinvasion

DEBATTE Katrin Göring-Eckardt und Peter Tauber zur Zukunft der
Einwanderungsgesellschaft

IMPULSE Frank Priess, Zivilgesellschaften international unter wachsendem Druck;
Markus Vogt, Im Zeichen der Ökologie – Zur Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus



Editorial

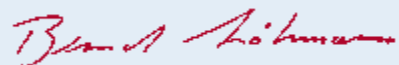
Bernd Löhmann, Chefredakteur

Angesichts der Anzahl der aktuell nach Deutschland einreisenden Menschen überbieten sich die Versuche, das Ausmaß der Flüchtlingsproblematik zu beschreiben. Der Bundespräsident wählte die Bezeichnung „epochales Ereignis“ und blieb damit noch zurückhaltend. Unbestritten wird der Flüchtlingszuzug für Deutschland von enormer Tragweite sein. Nur sollte diese Erkenntnis die globalen Dimensionen der Krise nicht verwischen. Es rückt aber die wahren Verhältnisse wieder zurecht, wenn man sich klarmacht, dass weit weniger wohlhabende Staaten weit mehr Flüchtlinge aufgenommen haben. 2013 lagen sechs der zehn Länder mit der größten Flüchtlingsaufnahme in Afrika.

Große Integrationsanstrengungen sind in Deutschland spätestens seit Beginn der 1990er-Jahre, als die Asylbewerber- und Aussiedlerzahlen drastisch anstiegen, nicht unbekannt. Damals sorgte der mühsam erstrittene „Asylkompromiss“ dafür, dass die Situation nicht aus dem Ruder lief. Ähnliches steht heute an: helfen in einer akuten Notlage! Aber dann auch die notwendigen Konsequenzen ziehen, damit Helfer Hilfsbedürftigen weiterhin wirksam beistehen können!

Trotz aller Schwierigkeiten, vielleicht auch Rückschläge: Die Integrationsaufgaben für die Menschen, die jetzt zu uns kommen, sollten niemanden irremachen. Dagegen beunruhigt besonders die Aussicht, dass sich nicht mehr – wie bisher – „nur“ ein kleiner Teil der Flüchtenden aus den Krisenregionen weiter auf den Weg nach Europa machen könnte. Rupert Neudeck hat es mit Blick auf den afrikanischen Kontinent plastisch ausgedrückt: „Das dicke Ende kommt noch!“ Ausgerechnet dieser pragmatische Humanist, der Zehntausende „Boatpeople“ vor dem Tod bewahrt hat, kritisiert Fehlanreize in Deutschland – beispielsweise, dass anerkannte Asylbewerber gleich auf Hartz-IV-Niveau gehoben werden oder dass die Praxis aus dem Asylparagrafen ein „Totalzugangsrecht“ gemacht hat.

Die Menschen brauchen in ihren Ursprungsregionen Sicherheit und Perspektiven. Darin liegt die wirkliche Herkules-Aufgabe. Es könnte die große Stunde der auswärtigen Politik sein, doch sie wirkt in der aktuellen Flüchtlingskrise bisher seltsam unbeteiligt. Gewiss sind die deutschen Möglichkeiten in Syrien sehr begrenzt. Aber auf dem Balkan, in der Zusammenarbeit mit der Türkei, selbst in Afrika könnte Deutschland deutlicher initiativ werden. Ohne neue außenpolitische Ansätze droht die Entwicklung auf ein Szenario zuzusteuern, das die Bezeichnung „epochales Ereignis“ niedlich erscheinen ließe.



1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT **Flucht – Ursachen, Blickwinkel, Konzepte**

14 **ERNSTFALL DES GLAUBENS**

Martin Kirschner

Christliche Barmherzigkeit und politischer Realismus schließen sich nicht aus

24 **WILLKOMMENSKULTUR?**

Thomas Petersen

Angesichts enormer Flüchtlingszahlen sind die Menschen in Ost und West hin- und hergerissen

30 **GEFORDERT, NICHT ÜBERFORDERT**

Thomas de Maizière

Das Flüchtlingsthema aus Sicht der Innenpolitik

35 **INTERVIEW: „GOTT IST MIT DENEN, DIE UNTERWEGS SIND“**

Die Berliner Generalsuperintendentin Ulrike Trautwein über theologische Grundsätze in Theorie und Praxis

41 **MEHR ALS EIN DACH ÜBER DEM KOPF**

Günther-Martin Pauli

Die Unterbringung von Flüchtlingen als kommunale Aufgabe

46 **HETZE, HASS UND GEWALT**

Marc Brandstetter

Wie die rechte Szene auf steigende Asylbewerberzahlen reagiert

51 **BESTANDSAUFNAHMEN FLUCHT WELTWEIT**

Kurze Bestandsaufnahmen aus drei Weltregionen

61 **KEIN MENSCH FLIEHT FREIWILLIG**

Gerd Müller

Deutschlands Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen

66 **MIT EIGENEN AUGEN**

Serap Güler

Die Situation der Flüchtlinge auf Lesbos

70 **SPOTLIGHTS BALKAN**

Kurzberichte aus drei Ländern

75 **EUROPÄISCHER SPALTPILZ?**

Manfred Weber

Die Flüchtlingsfrage und die Europäische Union

78 **„EIN WELTPROBLEM“**

Bernd Fabritius

Vor siebzig Jahren begann die Vertreibung von Deutschen

84 **SCHRITTE AUS DEM KRISENMODUS**

Michael Thielen

Konsequenzen aus der Perspektive einer Politischen Stiftung

Kommentiert

19 **DIE ELENDSINVASION**

Peter Graf Kielmansegg

Auf das Flüchtlingsdrama gibt es nur
Fragmente von Antworten

Debatte

87 **FLÜCHTLING ODER FACHKRAFT?**

Katharina Senge

Die Sphären von Asyl und gelenkter
Einwanderung folgen verschiedenen
Prinzipien

92 **WILLKOMMEN IN DEUTSCHLAND**

Katrin Göring-Eckardt und Peter Tauber
diskutieren über die „Zukunft der
Einwanderungsgesellschaft“

99 **RÜCKKEHR ZUR „GASTARBEITERPOLITIK“**

Holger Kolb

Ein (kleiner) Beitrag zur Lösung der
gegenwärtigen flüchtlingspolitischen
Krise?

Impulse

103 **STÜRMISCHE ZEITEN**

Frank Priess

Zivilgesellschaften stehen international
unter wachsendem Druck

111 **IM ZEICHEN DER ÖKOLOGIE**

Markus Vogt

Papst Franziskus definiert den Umwelt-
schutz als Ausgangspunkt einer gesamt-
gesellschaftlichen Transformation

116 **TREUHÄNDER DER NATUR**

Matthias Zimmer

Wie der Mensch vom Zerstörer zum
Bewahrer der Schöpfung werden kann

Erinnert

122 **„ZWEIMAL GESTORBEN“**

Michael Borchard

Die Wahrnehmung Yitzhak Rabins
zwanzig Jahre nach seiner Ermordung

Würdigung

108 **EIN „EUROPÄISCHES LEBEN“**

Bernhard Vogel

Zum 70. Geburtstag von
Hans-Gert Pöttering

Aus der Stiftung

126 **WISSENSDRANG ALS BEHERRSCHENDER ZUG**

Günter Buchstab

Zum Tod von Jörg-Dieter Gauger

127 **PERSONALIA UND NEUERSCHEINUNGEN**



„Wandern durch diese große Wüste“

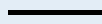
Ostafrikanische Flüchtlinge und Migranten durchqueren die Sahara –
Fotos von Giulio Piscitelli aus der Serie „On the road of diasporas“

Wenn Menschen heute in großer Zahl Meere und Wüsten durchqueren, stehen Christen unweigerlich biblische Erzählungen vor Augen: „Der HERR, dein Gott, hat dein Wandern durch diese große Wüste auf sein Herz genommen“ (5. Mose 2,7).

Während der Auszug der Israeliten aus Ägypten und ihre Wanderung über den Sinai ins Gelobte Land als Paradigma von Rettung und Befreiung gelten, zeigen die Bilder Piscitellis die Strapazen und Gefahren, die Verzweiflung und Gewalt des modernen Exodus – mit ungewissem Ausgang.
Das Leid und das Sterben beginnen, noch weitgehend unbemerkt, weit vor den Küsten des Mittelmeers.

Die Wüstenwanderung in das „Herz aufzunehmen“, also zu unserer eigenen Sache zu machen, geht vielleicht über menschliche Maßstäbe hinaus.
Es bleibt wenig anderes, als mit außen- und entwicklungspolitischen Initiativen die sich auswachsende Katastrophe dieser Flucht- und Migrationsbewegung dort einzudämmen, wo sie beginnt.
Christlich motivierte Politik darf dazu das Zutrauen haben.

Flucht



Ursachen, Blickwinkel, Konzepte

Redaktionsschluss: 31. August 2015
(letzte Aktualisierungen: bis Mitte September 2015)



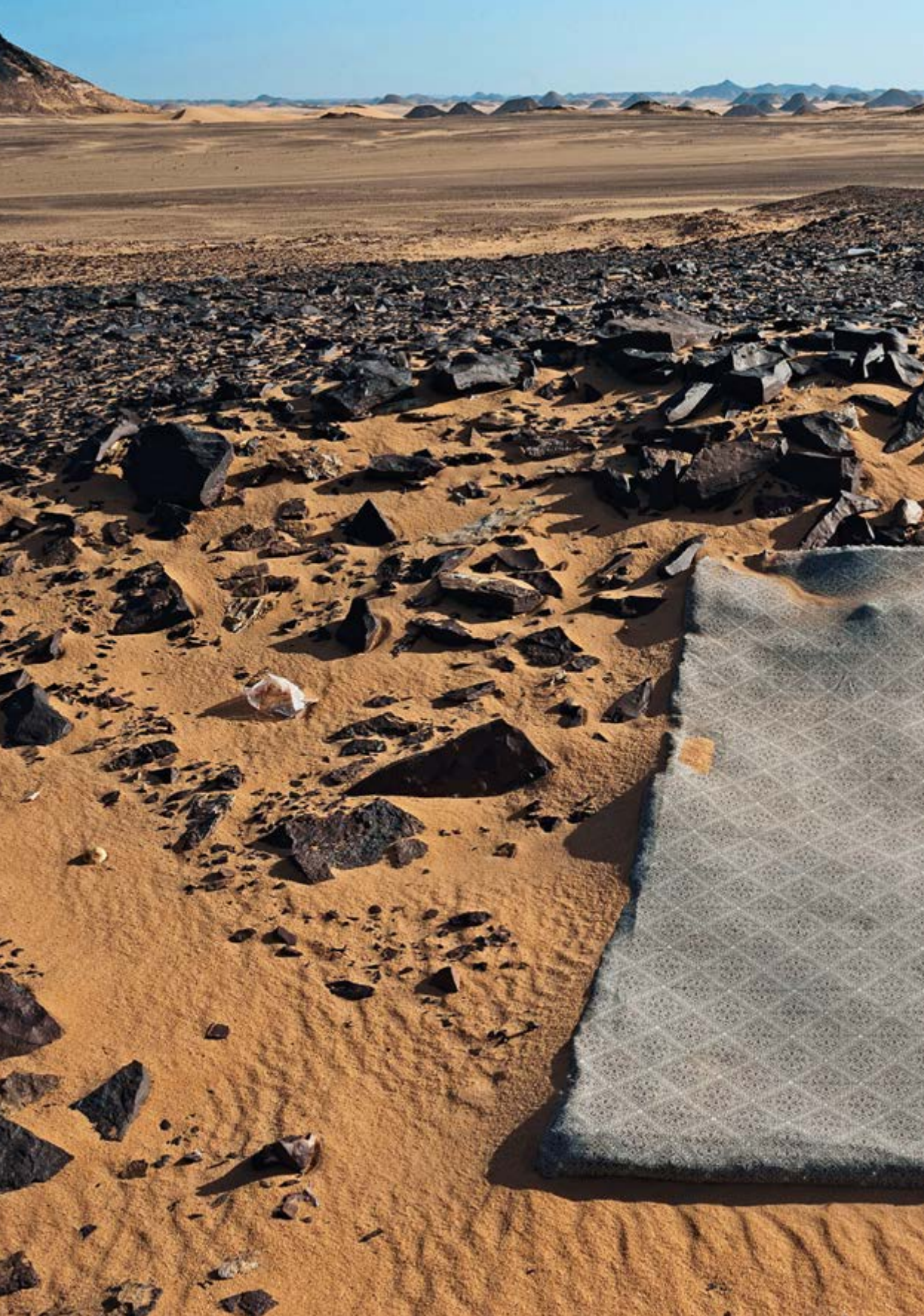


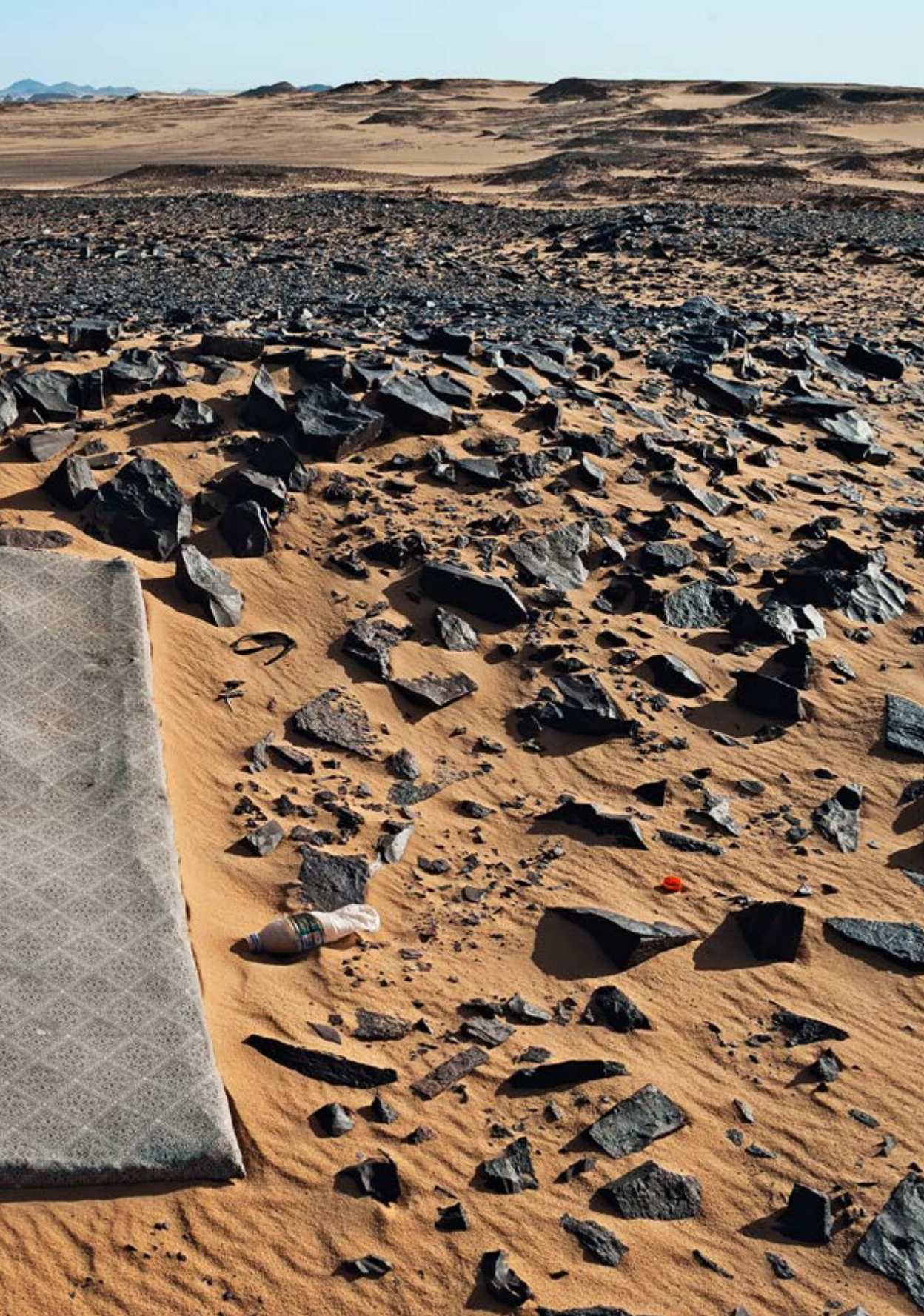












Ernstfall des Glaubens

Christliche Barmherzigkeit und politischer Realismus
schließen sich nicht aus

MARTIN KIRSCHNER

Geboren 1974 in Bad Kreuznach,
Privatdozent für Dogmatik an der
Katholisch-Theologischen Fakultät
der Eberhard Karls Universität
Tübingen und als Diakon im Zivil-
beruf unter anderem auch in der
Flüchtlingshilfe vor Ort tätig.

Flüchtlinge und Migration emotionalisieren Politik und Gesellschaft. Die menschliche Not wird zum Testfall für die humane Ausrichtung der Bevölkerung. Die Kirchen haben sich deutlich auf die Seite der Flüchtlinge gestellt und auch selbst Verantwortung vor Ort übernommen: Durch ehrenamtliches Engagement von Christen, durch institutionelle und finan-

zielle Unterstützung, durch Festhalten am Kirchenasyl als „ultima ratio“ im Einzelfall. Papst Franziskus hat seit Beginn seines Pontifikats das Schicksal der Flüchtlinge ins öffentliche Bewusstsein gerufen und deutlich gemacht, dass die Barmherzigkeit im Zentrum der christlichen Botschaft und der kirchlichen Sendung steht. Die Chance einer Erneuerung des Glaubens sowie der Grundlagen und Zukunftsvisionen des Politischen sieht er in der

Hinwendung zu den Menschen am Rand. Angesichts ihrer Not gelte es, sich für sie zu verausgaben.¹ Aber kann Barmherzigkeit eine Kategorie des Politischen sein? Oder läuft sie Gefahr, wohlfeile Appelle an die Stelle nüchtern-realistischer Abwägung zu stellen? Welchen Beitrag können Glaube und Theologie leisten? Ich beschränke mich im Folgenden auf drei grundsätzliche Überlegungen.

SOZIALROMANTIK UND GUTMENSCHENTUM?

Erstens: In der Politik an die Barmherzigkeit zu appellieren, birgt Gefahren: Es kann gönnerhaft und paternalistisch Menschen auf ihre Hilfsbedürftigkeit reduzieren und so dazu führen, dass die Ursachen nicht bekämpft, sondern nur die Symptome gelindert werden. Es kann in Sozialromantik und Gutmenschentum umschlagen. Ich möchte daher Barmherzigkeit in einem bestimmten Sinn verstanden wissen, der an die Wortbedeutung, an die biblische Tradition und an ein theologisches Verständnis des Begriffs anknüpft, der in der Lehrverkündigung der Päpste seit dem Konzil eine eminent wichtige Rolle spielt.² Barmherzigkeit meint dann primär eine ganzheitliche Form der Wahrnehmung, die für die Not der Mitmenschen sensibilisiert, sich diese zu Herzen nimmt und so zu Engagement und entschiedenem Handeln motiviert. Um die sozialromantischen Konnotationen abzustreifen, ließe sich auch von *Compassion*³ sprechen: einer Leidenssensibilität und einem Mit-Leiden, das ein leidenschaftliches Engagement für die bedürftigen anderen motiviert. Barmherzigkeit ist Kern der christlichen Botschaft und doch ist sie nicht an konfessionelle Grenzen oder religiöse Praxis gebunden, sondern hat eine allgemein menschliche Evidenz – wie schon das Gleichnis des barmherzigen Samariters (Lk 10,29–37) deutlich macht.

Barmherzigkeit – so meine These – liefert keine politischen oder ethischen Handlungsanweisungen, sondern erneuert die „vopolitischen Grundlagen des Politischen“⁴ und die motivationalen Grundlagen des Ethischen. Papst Franziskus hat das bei der ersten Reise seines Pontifikats nach Lampedusa eindringlich zum Ausdruck gebracht. Am anonymen Schicksal der Flüchtlinge und am stummen, unsichtbaren Tod der Ertrunkenen werde deutlich, dass wir den Schrei dieser „Brüder und Schwestern“ nicht hören und dass der „Traum, mächtig zu sein, groß wie Gott“, in eine „Kette von Fehlern, eine Kette des Todes“ führt, bei der am Ende „alle und niemand“ verantwortlich scheinen, wenn das Blut des Bruders oder der Schwester vergossen wird.⁵ Gegen die „Globalisierung der Gleichgültigkeit“, die uns „unempfindlich gegen die Schreie der anderen macht“ und uns lehrt, „an uns selbst zu denken“, setzt er die Fähigkeit zur *Compassion*: „Wir sind eine Gesellschaft, die die Erfahrung des Weinens, des Mit-Leidens vergessen hat!“

Die akute Not der Flüchtlinge wahrzunehmen und sich ihr zu stellen, ist die Voraussetzung, um in der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung angemessene und humane Lösungen zu suchen – die Wahrnehmung selbst nimmt aber die Ergebnisse nicht vorweg.

PERSPEKTIVWECHSEL ZUR PERIPHERIE

Zweitens: Als Sensibilität für das Leid des anderen steht Barmherzigkeit somit nicht gegen den Realismus des Politischen, sondern ist selbst eine Form, die Wirklichkeit wahrzunehmen und sich ihr auszusetzen. Wirklichkeit hat viele Facetten und es kommt auf den Ort und die Perspektive an: Der Blick auf das Mittelmeer, auf Europa und seine wirtschaftliche und sicherheitspolitische Realität stellt sich von einer Yacht vor Cannes anders dar als von einem Schiff der Küstenwache oder einem Flüchtlingsboot vor Lampedusa. An welcher Sicht sollte sich Politik vorrangig orientieren? Wer von Realismus spricht, meint damit häufig die Bedingungen, unter denen das Bestehende erhalten bleibt und funktioniert. Wer sich von *Compassion* bewegen lässt und akute Notlagen in den Blick nimmt, der sieht die andere Seite der Wirklichkeit, gewinnt dadurch ein komplexeres Bild des Ganzen und neue Handlungsprioritäten. In diesem Sinn fordert der Papst, an die Peripherien zu gehen: „Wenn ich von Peripherie spreche, spreche ich von Grenzen. Normalerweise bewegen wir uns in Räumen, die wir auf irgendeine Weise kontrollieren. Das ist das Zentrum. [...] Es ist eine Sache, die Wirklichkeit vom Zentrum her zu sehen, und eine andere Sache, sie vom äußersten Ort her zu sehen, an den du gelangt bist. [...] Die Wirklichkeit sieht man besser von der Peripherie als vom Zentrum aus.“⁶

Es geht bei einem solchen Perspektivwechsel darum, vom Rand her das Ganze in den Blick zu nehmen, die bislang verdrängten und übersehenen Aspekte eingeschlossen. Wie bei der Barmherzigkeit darf dabei nicht kurzschlüssig aus der Betroffenheit oder aus nur einer Perspektive zur Aktion übergegangen werden – das würde in die Dialektik einer Revolution münden, die lediglich die eine Ordnung durch eine andere ablöst oder alle Ordnungen zerstört. Die Perspektive der Notleidenden macht jedoch Prioritäten deutlich. Es kommt ein Ausschnitt der Realität in den Blick, der den Kampf von Menschen um Leben und Tod zeigt. Die Einzigartigkeit und Würde des Menschen verbietet es, diese Situationen äußerster Gefährdung mit dem Hinweis auf die Interessen der anderen zu relativieren. In der Komplexität der Realität wird die existenzielle Not genauer wahrgenommen, die verlangt, jetzt eine Handlungsoption auszuwählen. Von dieser Option her wird die Wahrnehmung der Wirklichkeit neu geordnet, kann die Komplexität reduziert werden, sodass Entscheidungen und entschlossenes Handeln möglich werden. Politik

muss sich immer wieder an diesem im Wortsinn Not-Wendigen orientieren, um in den Abwägungen die richtigen Prioritäten zu setzen, human zu bleiben, vor Gott und den Menschen verantwortlich zu handeln. Der Glaube an Gott ist nach jüdischem und christlichem Bekenntnis an eine solche Umkehr der Blickrichtung gebunden, er setzt die Letzten an die erste Stelle und öffnet darin eine „messianische“ Perspektive auf die Wirklichkeit.

GERECHTIGKEIT UND DAS BESONDERE DES EINZELFALLS

Drittens: Um zwischen Barmherzigkeit und den komplexen Realitäten zu vermitteln, möchte ich schließlich noch auf die Idee der Gerechtigkeit verweisen. Diese Idee schließt nicht nur faire Verfahren, Chancengerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit ein, sondern meint das Ideal, dem Einzelnen, Besonderen und Konkreten gerecht zu werden. Gerade diese Gerechtigkeit können Gesetze und Regeln allein nicht einlösen. Sie sind hier auf die Barmherzigkeit verwiesen, die dafür sorgt, dass bei der Anwendung der Regeln das Besondere des Einzelfalls, die Würde des Menschen nicht aus dem Blick gerät. Gerechtigkeit in diesem Sinne ist im Politischen wie im Juristischen nie vollständig realisiert und doch darf sie als Orientierungspunkt nicht verabschiedet werden; sonst geht der Maßstab verloren, an dem sich Willkür, Dezisionismus und die Herrschaft des Faktischen messen lassen müssen. Dass Gerechtigkeit dabei kein leeres Ideal ist, das bezeugt der Glaube mit seiner Hoffnung auf einen Gott, der am Ende gerecht richtet und sich darin barmherzig jedem Einzelnen zuwendet. Dieses gemeinsame Bekenntnis von Juden, Christen und Muslimen zum barmherzigen und gerechten Gott widerspricht dem Terror und der Gewalt, die auch im Namen Gottes ausgeübt werden. Der Glaube setzt den schrecklichen Erfahrungen eine größere Hoffnung auf die größeren Möglichkeiten Gottes entgegen, die vor Resignation und Selbstaufgabe angesichts der Gewalt schützen kann. Christen verbinden diese Hoffnung mit dem Bekenntnis, dass Gott selbst sich in Jesus Christus dem Leiden und Unrecht bis ins Äußerste ausgesetzt hat und darin seine größere Liebe zu den Menschen offenbart hat.⁷

Es wird in der Öffentlichkeit viel zu wenig wahrgenommen, wie viele Menschen zurzeit für ihren Glauben leiden und Zeugnis von dieser Vergewaltigungsbereitschaft Gottes geben, indem sie auf Rache verzichten und die Gewaltspirale durchbrechen. Die Flüchtlingsfrage konfrontiert unsere Gesellschaft auch mit diesem Ernstfall des religiösen Glaubens. Viele von denen, die nach Deutschland kommen, haben für ihren Glauben Schlimmstes in Kauf genommen. Die Gewalt im Namen Gottes ist auch das Resultat fehlender religiöser Bildung. Solche Bildung ist ebenso wichtig wie die Verarbeitung des

Erlebten, um den Gottesglauben von seinen Perversionen zu unterscheiden und um angesichts von Traumatisierungen, Trauer und himmelschreiendem Unrecht nicht die Hoffnung zu verlieren.

Theologie und Glaube können in der Flüchtlingsfrage keine politischen Lösungen anbieten. Aber sie können gegen die Gefahr von Resignation und Ressentiment die Ressourcen der Menschlichkeit mobilisieren, sie können die Würde aller Menschen bezeugen und daher den Notleidenden Priorität einräumen, und sie können eine Perspektive der Hoffnung aufrechterhalten, die auch dort noch an Gottes Möglichkeiten glaubt, wo die menschlichen Möglichkeiten an Grenzen stoßen.

¹ Kirschner, Martin: „Europa von der Peripherie her denken. Die Reden von Papst Franziskus als Anstoß einer politischen Kultur der Compassion und des transversalen Dialogs“, in: *IkZ Communio* 44 (2015), 355–363.

² Vgl. als Übersicht: Kasper, Walter: *Barmherzigkeit. Grundbegriff des Evangeliums. Schlüssel christlichen Lebens*, Freiburg-Basel-Wien 2012.

³ Vgl. Metz, Johann Baptist / Kuld, Lothar / Weisbrod, Adolf (Hrsg.): *Compassion – Weltprogramm des Christentums: Soziale Verantwortung lernen*, Freiburg-Basel-Wien 2000.

⁴ Diese kann nach der bekannten Formulierung von E. W. Böckenförde eine freiheitliche Politik nicht selbst herstellen, obwohl sie gleichwohl von ihnen zehrt. Vgl. dazu Marc Simons, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30.08.2015: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/fluechtlingsdebatte-woher-kommt-das-ressentiment-13775332.html>.

⁵ <http://w2.vatican.va/content/francesco/de/travels/2013/inside/documents/papa-francesco-lampedusa-20130708.html>.

⁶ Papst Franziskus in einem Interview mit der argentinischen Straßenzeitung „Carcova News“ vom 13.03.2015, http://www.lacarcovanews.com.ar/pdf/La_Carcova_news_02.pdf (eigene Übersetzung). Vgl. dazu ausführlicher: Luber, Markus / Gallegos Sánchez, Jorge (Hrsg.): *Eine arme Kirche für die Armen. Theologische Bedeutung und praktische Konsequenzen*, Regensburg 2015, darin besonders den Artikel von Juan Carlos Scannone.

⁷ Vgl. zum Verhältnis von Gerechtigkeit und Barmherzigkeit Gottes: Kirschner, Martin: „Die Barmherzigkeit Gottes als größere Gerechtigkeit. Die Aporien ausgleichender Gerechtigkeit und ihre christologische Überwindung bei Anselm von Canterbury“, in: *ThQ* 195 (2015), S. 135–150.

Die Elendsinvasion

Auf das Flüchtlingsdrama gibt es nur Fragmente von Antworten

PETER GRAF KIELMANSEGG

Geboren 1937 in Hannover, bis 2003
Inhaber des Lehrstuhls Politische
Wissenschaft III an der Universität
Mannheim.

Darf man von Völkerwanderung, von Invasion gar sprechen? Wer sich hierzulande zum Flüchtlingssthema äußert, muss seine Worte sorgfältig wählen. Von Fremdenfeindlichkeit ist rasch die Rede. Selbst das Offensichtliche, von jedermann Wahrnehmbare auszusprechen, ist in diesem Land mit seinem häufig neurotisch anmu-

tenden Bemühen um politische Korrektheit nicht selten ein Wagnis. Aber im gegebenen Fall wohl doch ein notwendiges.

Die elementaren Fakten jedenfalls sprechen eine klare Sprache. Nach Schätzungen, so der Innenminister, muss Deutschland in diesem Jahr mit bis zu 800.000 Flüchtlingen rechnen. Das sind mehr als doppelt so viele wie im vergangenen Jahr. Was diesen Zahlen ihr wahres Gewicht gibt: Ein Ende oder auch nur ein Abschwellen des Zustroms ist nicht absehbar. Eher muss man damit rechnen, dass die Zahlen weiter steigen. Sie spiegeln

wider, dass Deutschland keine Kontrolle mehr über seine Außengrenzen hat. Es hat sie, will man es europarechtlich korrekt formulieren, aufgegeben. In der Wahrnehmung der Bevölkerung hat es sie verloren. Diesen Flüchtlingsstrom darf man getrost eine Völkerwanderung nennen und das Hereindrängen von Hunderttausenden von Flüchtlingen über unkontrollierbar gewordene Grenzen eine Invasion, eine gewaltlose, eine Elendsinvasion, aber eben doch eine Invasion.

ALLES ANDERE ALS EIN HIRNGESPINST

Natürlich wird sich jeder Politiker hüten, ein solches Reizwort in den Mund zu nehmen. Aber mit ihrem angestrengten Bemühen um unanstößiges Reden läuft die Politik Gefahr, am Ende nicht mehr wahrzunehmen, wie das, was täglich in der Zeitung zu lesen und in den Fernsehnachrichten zu sehen ist, auf die wirkt, die in diesem Land zu Hause sind. Natürlich gibt es Fremdenfeindlichkeit, gibt es blanken Hass, der sich vor allem im Internet in widerwärtigen Worten und auf der Straße auch in brutaler Gewalttätigkeit äußert. Aber es gibt eben auch und sicher viel verbreiteter das, was die Politiker gern „Ängste“ nennen, die man ernst nehmen müsse, um sich mit dem Ernst-Nehmen in der Regel dann doch schwerzutun. Ernst nehmen hieße ja, zuzugestehen, dass die Ängste nicht ganz und gar grundlos sind; hieße, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Sorge, das eigene Land könne einem fremd werden, jedenfalls in manchen Regionen alles andere als ein Hirngespinnst ist; dass die Befürchtung, das Gemein-

wesen könne sich mit Integrationsaufgaben dauerhaft hoffnungslos überlasten, nicht aus der Luft gegriffen ist; und dass die Wahrnehmung, in einem Land zu leben, dessen Grenzen nicht mehr kontrollierbar sind, keine beruhigende ist.

Das harte Wort Invasion, mag es auch, was vor sich geht, auf seine Weise deutlich beschreiben, darf freilich nicht für sich allein stehen bleiben. Es muss Teil einer Einsicht werden, die lautet: Wir haben es mit einer Invasion zu tun, der wir mitmenschlich begegnen müssen. Die weitaus meisten Menschen, die Zuflucht bei uns suchen, werden ja von der Not getrieben: der Not des Bürgerkrieges, der terroristischen Glaubensverfolgung, des Staatszerfalls, auch der wirtschaftlichen Not. Und selbst da, wo es keine Flucht ist, sondern nur eine Wanderung dorthin, wo die Hoffnung auf ein besseres Leben winkt, verdient das Migrationsmotiv jedenfalls Respekt. Aber wie geht man mit der Spannung um, die dieser Einsicht eingeschrieben ist – eine Invasion, der wir mitmenschlich begegnen müssen? Wie hält man sie auch nur aus?

MAN KANN ES SICH EINFACH MACHEN ...

Man kann es sich einfach machen und nur das eine oder das andere gelten lassen. Man kann die Invasion nur als Invasion wahrnehmen und darüber das Gebot der Moral wie der Vernunft, ihr mitmenschlich zu begegnen, ignorieren. So halten es die, die die Parole „Ausländer raus“ brüllen und im schlimmsten Fall Häuser anzünden. Und man kann das Gebot der Mitmenschlichkeit predigen, ohne seine

Implikationen für ein Gemeinwesen, das zu einem Hauptziel weltweiter Elendsmigration geworden ist, zu Ende zu denken. So halten es die, die die Grenzen am liebsten ganz öffnen würden; für die immer und allein das aufnehmende Land auf der Anklagebank sitzt.

Man kann es sich einfach machen, aber man darf es sich nicht einfach machen. Man muss beides gelten lassen: Ja, es ist eine Invasion; und ja, wir müssen ihr mitmenschlich begegnen. Erst wenn wir uns der Spannung, die sich in dieser doppelten Einsicht artikuliert, stellen, wird ein vernünftiges Nachdenken darüber möglich, wie mit der Herausforderung umzugehen sei, vor der wir stehen.

Die ersten Einsichten, auf die solches Nachdenken stößt, sind nicht ermutigend. Die Politik steht vor einer jener Aufgaben, die ihr größte Anstrengungen abverlangen und die sie doch grundsätzlich überfordern. Von der Politik erwartet man, dass sie Probleme „löst“. Im Flüchtlingsdrama gibt es aber keine „Lösung“. Es gibt nur ein Hantieren mit Fragmenten von Antworten, die auch in ihrer Summe nicht entfernt so etwas wie eine Lösung sind. Überall stößt die Politik auf Grenzen ihrer Möglichkeiten, auf Widersprüche, in die sie sich mit ihrem Handeln verstrickt.

ÜBERALL STÖSST POLITIK AUF WIDERSPRÜCHE UND GRENZEN

Nirgends wird das deutlicher als bei dem scheinbar so eindeutigen Gebot, die Menschen, die von den Schleusern in überfüllten, seeuntüchtigen Booten aufs Mittelmeer hinausgeschickt werden, aus Seenot

zu retten. Die Frage drängt sich ja auf: Warum wartet man, bis sie in Seenot sind? Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer lassen sich verlässlich nur dadurch verhindern, dass Europa seine Grenzen vorbehaltlos öffnet und außerdem für einen sicheren, einem jeden erschwinglichen Transfer übers Mittelmeer Sorge trägt. Aber öffnete Europa sich vorbehaltlos, trüge es für sicheren Transfer Sorge, so würde der Zustrom, zumal aus Afrika, nur immer weiter anschwellen, bis hin zur hoffnungslosen Überforderung der europäischen Demokratien, ihrer demokratischen wie sozialstaatlichen Strukturen. Also führt an der Limitierung legaler Einwanderung, an der Eingrenzung des Asylrechts, an der Konditionierung aller Nothilfe kein Weg vorbei. Das aber heißt, welche Zulassungskriterien auch immer man wählt: Hunderttausende, Millionen von Migrationswilligen werden ausgeschlossen, von denen sich viele dennoch auf den Weg machen und den Schlepperbanden auf Lebensgefahr anvertrauen werden. Der Versuch, dies zu bekämpfen, muss gewiss gemacht werden. Aber der Krieg gegen den Drogenhandel lehrt uns: Wo Milliarden Gewinne locken, sind die kriminelle Energie und der kriminelle Erfindergeist dem, was rechtsstaatlich verfasste, in ihren Handlungsmöglichkeiten territorial eingegrenzte Demokratien zu tun in der Lage sind, immer ein Stück voraus.

Weist der Rat, sich nicht nur mit den Folgen, sondern vor allem mit den Ursachen zu beschäftigen, einen Ausweg? Er bringt die Herkunftsländer in den Blick. Und damit ist auch schon gesagt: Die Vernunft der Maxime, ein Problem an der Wurzel anzugehen, bleibt abstrakt. Tatsächlich sind die Möglichkeiten der

deutschen und selbst der europäischen Einwirkung auf die Herkunftsländer sehr, sehr begrenzt. Das gilt in besonderem Maße für jene Krisenregionen, aus denen die Menschen vor Krieg und Bürgerkrieg fliehen – Syrien, den Irak, Afghanistan, den Sudan. Alle Erfahrung der letzten Jahrzehnte hat uns gelehrt, dass sich diese Regionen durch Einwirkung von außen nicht dauerhaft befrieden lassen. Das gilt auch für Regionen der Anarchie, wie Somalia eine ist, in denen funktionierende, ein Minimum an Lebenssicherheit gewährende Staatlichkeit von außen her offensichtlich nicht aufzubauen ist. Und es gilt für die vielen Länder, in denen die staatlichen Institutionen ausschließlich oder hauptsächlich der Bereicherung korrupter Eliten dienen, mit der Folge, dass viele Menschen in der Heimat keine Zukunft mehr für sich sehen. Eine Regierungspraxis, auch dafür gibt es inzwischen viel Lernstoff, die sich wenigstens elementar an den Belangen aller orientiert, ist von außen her kaum zu erzwingen.

Viel Grund also zur Skepsis. Aber Skepsis darf nicht Untätigkeit zur Folge haben. So bescheiden die Möglichkeiten, die Ursachen der weltweiten Elendsmigration wirksam anzugehen, für Deutschland und Europa auch sein mögen, man muss sie nutzen. Und es könnte sein, dass sie sich, wenn man beginnt, ernsthaft über sie nachzudenken und sie zu erproben, als größer erweisen, als sie auf den ersten Blick erscheinen. Dass man auf diesem Weg in absehbarer Zeit den Flüchtlingsstrom zum Versiegen bringen kann, dagegen freilich spricht alles.

So werden wir uns also auf ungewisse Zeit darauf einzurichten haben: Flüchtlinge werden kommen, aus vieler Herren Länder, von verschiedenen Arten des

Elends getrieben, in großen Scharen; Deutschland wird in Europa ein bevorzugtes Fluchtziel bleiben. Und die Antwort auf die Frage, was denn die doppelte Einsicht bedeute, dass wir es mit einer Invasion zu tun haben, aber einer Invasion, der wir mitmenschlich begegnen müssen, hat vor allem die Wirklichkeit hier im Land ins Visier zu nehmen.

MENSCHENWÜRDIGE BEHANDLUNG FÜR ALLE, BLEIBERECHT FÜR DIE BEDROHTEN

In Kants berühmter Abhandlung „Zum ewigen Frieden“ lautet der dritte und letzte Definitivartikel des kommentierten Vertragsentwurfs, der den Kern der Schrift bildet: „Das Weltbürgerrecht soll auf die Bedingungen der allgemeinen Hospitalität beschränkt werden.“ Kant definiert die Hospitalität als „das Recht eines Fremdlings, seiner Ankunft auf dem Boden eines anderen wegen, von diesem nicht feindselig behandelt zu werden“. Und fügt dann hinzu, der Einheimische könne den Fremdling abweisen, „wenn es ohne seinen Untergang geschehen könne“. Das Recht und die Pflicht, das Eigene zu bewahren, sagt Kant damit, wird durch die Pflicht dem Fremden gegenüber nicht aufgehoben, vielmehr setzt diese Pflicht jenes Recht voraus. Die Kodifikationen der modernen Welt sind Kant aus guten Gründen im Wesentlichen gefolgt: Keine Feindseligkeit gegen den Fremdling, das heißt, ein Recht auf menschenwürdige Behandlung muss im Maße des Möglichen gewährt werden, ein Bleiberecht ist aber nur dann zwingend, wenn es dem Fremdling nicht „ohne seinen Untergang“

versagt werden kann. Die Genfer Flüchtlingskonvention fasst die Bedingung des Bleiberechts in die Formel „Bedrohung von Leben und Freiheit“ (Artikel 31), das Grundgesetz spricht lapidar (und auslegungsbedürftig) von politischer Verfolgung.

Es ist offensichtlich, dass die Unterscheidung zwischen denen, die „ohne Gefahr des Untergangs“ nicht abgewiesen werden können, und denen, für die das nicht gilt, zwischen denen also, die ein Bleiberecht haben, und denen, die es nicht haben, zur zwingenden Notwendigkeit wird, wenn Flüchtlingsströme in den inzwischen erreichten Größenordnungen ins Land drängen. Und es ist ebenso offensichtlich, dass im Blick auf die, die bleiben, Integration zur Schlüsselaufgabe wird. Was wiederum bedeutet, dass die Frage nach den Grenzen der Integrationsfähigkeit des Gemeinwesens, für die sehr unterschiedliche Ressourcen bedeutsam sind, wesentlich wird.

OHNMÄCHTIG TAUMELND, VON DEN EREIGNISSEN ÜBERROLLT

Es scheint, als sei die Politik, von den Rändern abgesehen, sich inzwischen über beides im Klaren: Wer kein Bleiberecht hat, kann nicht bleiben. Und: Integration derer, die bleiben, ist die vielleicht größte gesellschaftliche Aufgabe, vor der wir stehen. Aber noch fehlt es an der sichtbaren Entschlossenheit, die Einsichten, zu denen die Wirklichkeit zwingt, ganz und gar ernst zu nehmen. Man kann sich ja noch nicht einmal dazu entschließen, auch nur die selbst gesetzten Migrationsanreize für

die, von denen man doch im Vorhinein weiß, dass sie nicht werden bleiben können, abzuschaffen. Dass die Verantwortung in unserer föderalen Ordnung lange und zäh hin und her geschoben werden kann, macht die Sache nicht einfacher.

Für die sichtbare Entschlossenheit, das Notwendige und Mögliche in beiden Richtungen zu tun, ist es auch deshalb allerhöchste Zeit, weil der Eindruck, dass die Politik ohnmächtig taumelnd von den Ereignissen überrollt werde, alles Vertrauen der Bürger in die Politik überhaupt zerstört. Und noch eins ist zu bedenken: Gerade ein Land, das auf geplante, nach seinen eigenen Bedürfnissen gesteuerte Einwanderung angewiesen ist, kann sich einer von niemandem kontrollierten Migrationsinvasion nicht einfach ausliefern.

Willkommens- kultur?

Angesichts enormer Flüchtlingszahlen sind die Menschen in
Ost und West hin- und hergerissen

THOMAS PETERSEN

Geboren 1968 in Hamburg, Projektleiter am Institut für Demoskopie Allensbach.

Als Bundesinnenminister Thomas de Maizière am 19. August dieses Jahres der Öffentlichkeit mitteilte, dass die Bundesregierung bis zum Jahresende mit 800.000 Asylbewerbern in

Deutschland rechne, waren vermutlich nur wenige Menschen überrascht. Zu offensichtlich sind die Folgen der Einwanderung auch im persönlichen Umfeld vieler Menschen. Die bislang höchste Zahl stammt aus dem Jahr 1992, als rund 430.000 Asylbewerber in Deutschland gezählt wurden, also nur etwas mehr als halb so viele wie für das laufende Jahr erwartet werden.

Wie gehen die Deutschen mit dieser Situation um? Die Sorge, dass die anfangs geduldige Haltung der Bevölkerung in Abwehr und Aggression umschlägt, ist berechtigt. Seit Monaten häufen sich die Nachrichten über Brandstiftungen in Häusern, die als Asylbewerberheime hergerichtet werden sollen. Mittlerweile gibt es auch die ersten gewalttätigen Proteste, wie im August im sächsischen Städtchen Heidenau, wo 150 Rechtsextremisten vor einer Notunterkunft Asylbewerber angriffen und Polizisten mit Feuerwerkskörpern und Steinen bewarfen.

Es drängt sich der Vergleich mit der Lage Anfang der 1990er-Jahre auf. Auch damals hatte die Bevölkerung zunächst positiv reagiert, dann aber doch mit zunehmender Nervosität und Abwehr. Im Herbst 1992 sagten 53 Prozent der Befragten einer Allensbacher Repräsentativumfrage, sie seien sehr besorgt darüber, dass einfach nichts gegen den enormen Anstieg von Asylbewerbern getan werde. 72 Prozent gaben zu Protokoll, sie hätten zwar nichts gegen Ausländer, es gebe aber in Deutschland „einfach zu viele“. Immerhin 38 Prozent erklärten, dass sie sich an einer Unterschriftenaktion gegen ein Wohnheim für Asylbewerber beteiligen würden, wenn ein solcher Bau in ihrer Gemeinde geplant würde, und eine nicht ganz unbeträchtliche Minderheit von etwa einem Viertel der Deutschen zeigte sogar ein gewisses Verständnis für Gewalt gegenüber Ausländern.

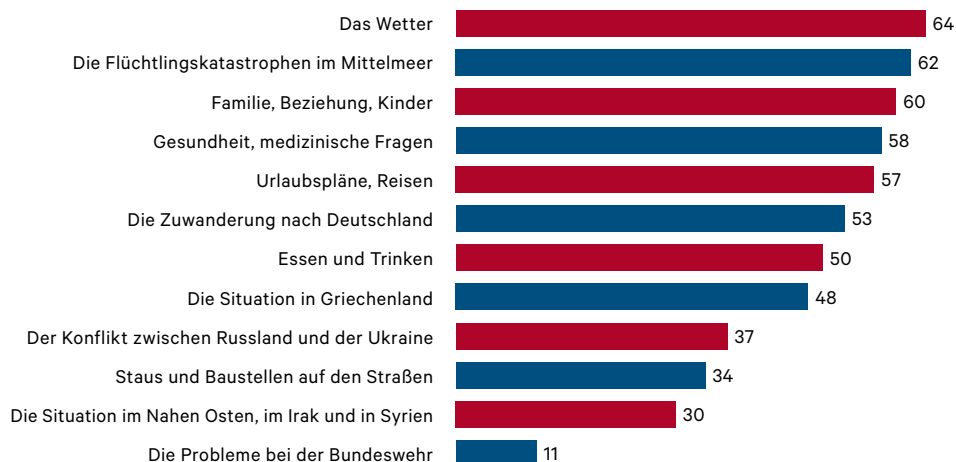
Doch die heutige Lage ist anders als vor zwei Jahrzehnten. Die Grundstimmung in der Bevölkerung ist weniger von Unmut als von Ratlosigkeit geprägt – zumindest war dies noch Mitte des Jahres 2015 der Fall, als das Institut für Demoskopie Allensbach mehrere Studien diesem Thema widmete. Einige Trendaktualisierungen aus jüngster Zeit deuten darüber hinaus darauf hin, dass sich daran auch im September 2015 noch nichts Wesentliches geändert hat.

Die Nachrichten über die Flüchtlingsströme im Nahen Osten und vor allem über die Bootsflüchtlinge auf dem Mittelmeer haben die Deutschen tief bewegt. Das lässt sich aus den Antworten auf die Frage schließen, über welche Themen man sich in der letzten Zeit öfter mit anderen Menschen unterhalten habe. Die Interviewer überreichten dazu eine Liste mit siebzehn möglichen Gesprächsthemen zur Auswahl.

Ein besonders wichtiger Punkt auf dieser Liste ist stets das Wetter; darüber wird immer gesprochen. Damit bietet es einen guten Vergleichsmaßstab: Dinge, die die Menschen stark beschäftigen, erkennt man daran, dass über sie ähnlich häufig gesprochen wird wie über das Wetter, und ebendies ist beim Thema Flüchtlinge der Fall. 64 Prozent der Befragten sagten im Mai 2015, also zu einem Zeitpunkt, als die öffentliche Diskussion noch weniger von der Flüchtlingswelle als von der Griechenland-Krise beherrscht war, sie hätten sich in letzter Zeit öfter über das Wetter unterhalten. An zweiter Stelle in der Rangliste folgen, genannt von 62 Prozent, die Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer. Das Thema stand damit noch vor den „klassischen“ Gesprächsinhalten Familie, Gesundheit und Urlaub (Abbildung Seite 26).

GESPRÄCHSTHEMEN

Frage: „Hier ist eine Liste mit verschiedenen Themen. Worüber haben Sie sich in letzter Zeit häufiger mal mit anderen unterhalten?“



– Auszug aus den Angaben –

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11039

Die Flucht nach Deutschland beschäftigte die Menschen damals zwar noch etwas weniger als das Schicksal der Bootsflüchtlinge, doch immerhin 53 Prozent sagten, sie hätten sich in letzter Zeit öfter darüber unterhalten. Damit lag dieser Punkt noch vor der Lage in Griechenland und dem Ukraine-Konflikt. In der Zwischenzeit hat das Thema für die Deutschen an Brisanz gewonnen. Auf die Frage „Glauben Sie, dass Deutschland in der Lage ist, noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen“, reagierten die Deutschen noch im Mai dieses Jahres gespalten: 31 Prozent meinten, das Land sei dazu in der Lage, fast ebenso viele, 35 Prozent, waren der Ansicht, das sei nicht möglich. Im August 2015 war dagegen eine relative Mehrheit von 45 zu 32 Prozent der Meinung, Deutschland könne keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen.

Zumindest im späten Frühjahr waren die Antworten der Deutschen auf die Frage, wie man angesichts der vielen Flüchtlinge reagieren sollte, erkennbar mehr von der Suche nach pragmatischen humanitären Lösungen gekennzeichnet als von dem Bestreben, die nach Europa hereindrängenden Menschen um jeden Preis aus Deutschland fernzuhalten. So stimmte im Mai eine große Mehrheit von 81 Prozent dem Vorschlag zu, die Schlepperbanden stärker zu bekämpfen, 69 Prozent sprachen sich dafür aus, in den Herkunftsländern der Flüchtlinge mehr Entwicklungshilfe zu leisten, 66 Prozent sagten, die europäischen Länder sollten mehr Schiffe im Mittelmeer einsetzen,

um weitere Flüchtlingskatastrophen zu verhindern. Den Vorschlag, Flüchtlinge nach einer festen Quote auf die Mitgliedsländer der Europäischen Union zu verteilen, befürworteten 62 Prozent.

55 Prozent sprachen sich für eine Verbesserung der Zustände in den Auffanglagern aus, und auch der unkonventionelle Vorschlag, Flüchtlingen in Deutschland ein Aufenthaltsrecht auf Probe zu gewähren, fand die Zustimmung einer Mehrheit von 53 Prozent. Dass Deutschland in erster Linie die Flüchtlinge aufnehmen sollte, die auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden, meinte dagegen lediglich eine Minderheit von 25 Prozent. Der radikalen Forderung, die Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa abzufangen und zurückzuschicken, schlossen sich nur 17 Prozent an.

Ebenso unpopulär waren allerdings auch Vorschläge, die Einwanderung zu erleichtern. Gerade 20 Prozent fanden, man sollte es Asylbewerbern leichter machen, in Deutschland aufgenommen zu werden. Dass man unterschiedslos alle Flüchtlinge in Europa aufnehmen und ihnen dauerhaftes Aufenthaltsrecht gewähren sollte, meinten nur sieben Prozent der Deutschen. Anders als man angesichts der öffentlichen Diskussion annehmen könnte, unterscheiden sich dabei die Antworten der Ost- und Westdeutschen nur wenig voneinander. Zwar sprachen sich die Bürger in den neuen Bundesländern etwas häufiger als die Westdeutschen für eine Abwehr der Einwanderung aus, doch der Abstand betrug bei den meisten Listenpunkten nur wenige Prozent. Das Antwortmuster war in beiden Landesteilen nahezu gleich.

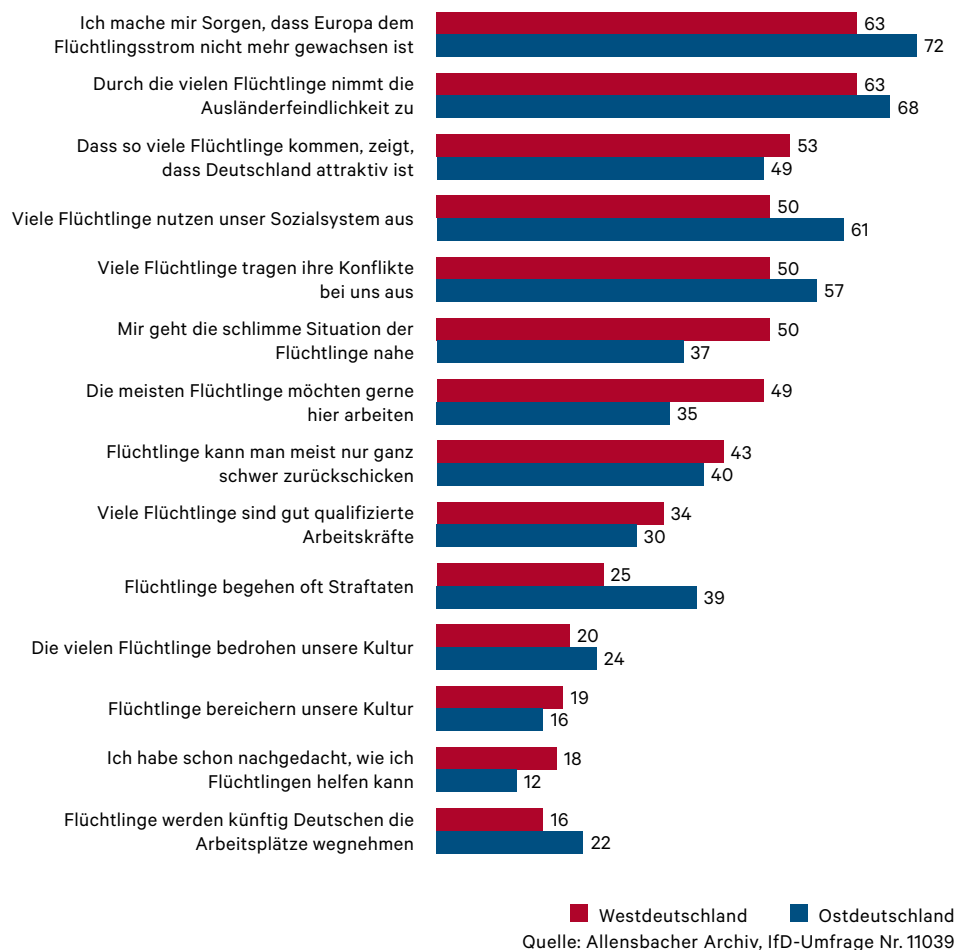
Erfragt man die Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen in Deutschland etwas detaillierter, erkennt man, dass sich die Menschen durchaus erhebliche Sorgen wegen der Auswirkungen der Einwanderung machen. So sagten im Mai 65 Prozent der vom Allensbacher Institut befragten Personen, sie fürchteten, dass Europa dem Flüchtlingsandrang nicht mehr gewachsen sei, wenn es so weitergehe. Fast ebenso viele, 63 Prozent, nahmen an, dass durch die vielen Flüchtlinge die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland zunehme. 51 Prozent stimmten der Aussage zu: „Viele Flüchtlinge nutzen unser Sozialsystem aus“, und 50 Prozent machen sich Sorgen, dass viele Flüchtlinge die Konflikte aus ihrer Heimat in Deutschland austragen.

Diesen Sorgen stand eine ganze Reihe positiver Aspekte gegenüber, die von nicht viel weniger Befragten genannt wurden. So stimmten 53 Prozent der Aussage zu, die Tatsache, dass so viele Flüchtlinge nach Deutschland wollten, zeige doch, dass Deutschland attraktiv sei; 49 Prozent betonten, ihnen gehe die schlimme Situation der Flüchtlinge nahe. Ebenso viele glaubten, dass die meisten Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, auch gerne hier arbeiten möchten. Stark negative Klischees, wie die Annahme, dass Flüchtlinge besonders oft Straftaten begingen, die deutsche Kultur bedrohten oder Deutschen die Arbeitsplätze wegnähmen, wurden nur von vergleichsweise kleinen Minderheiten vertreten.

Hier allerdings fielen die Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern deutlicher aus. So glaubten nur 25 Prozent der Westdeutschen, aber 39 Prozent der Ostdeutschen, dass Flüchtlinge oft Straftaten begingen. Das Meinungsklima gegenüber Flüchtlingen ist im Osten merklich unfreundlicher als im Westen, doch auch hier ist es nur eine Minderheit von etwa einem Fünftel der Bevölkerung, die sich scharf ablehnend äußert (Abbildung unten).

DAS BILD DER FLÜCHTLINGE

Frage: „Hier auf dieser Liste steht einiges, was uns andere zum Thema Flüchtlinge gesagt haben. Was davon würden auch Sie sagen?“



Man bekommt den Eindruck, dass die Deutschen angesichts der Herausforderung durch die Flüchtlingsbewegung hin- und hergerissen sind. Sie möchten den Betroffenen helfen, sind auch überwiegend bereit, ihnen gute Absichten zu unterstellen, doch gleichzeitig regt sich ein erhebliches Unbehagen, das letztlich zu einer gewissen Unschlüssigkeit führt. Eine Frage lautete: „Sollte Deutschland bereit sein, so viele Flüchtlinge aufzunehmen, wie man hier unterbringen und versorgen kann, oder sollte Deutschland eher versuchen, möglichst wenig Flüchtlinge aufzunehmen?“ 31 Prozent sprachen sich bei dieser Frage dafür aus, möglichst viele Flüchtlinge aufzunehmen, 33 Prozent meinten „Möglichst wenige“, 36 Prozent waren unentschieden.

MEINUNGSBILDUNG IST NOCH NICHT ABGESCHLOSSEN

In der Demoskopie ist dieses Antwortverhalten gut bekannt: Wenn sich bei einer Frage mit zwei Antwortmöglichkeiten rund ein Drittel der Befragten für die eine, das zweite Drittel für die andere Möglichkeit und das letzte Drittel für die Antwort „Unentschieden“ entscheidet, ist das ein in aller Regel sicheres Zeichen für verbreitete Orientierungslosigkeit. Der Prozess der Meinungsbildung zu diesem Thema ist noch lange nicht abgeschlossen.

Festzuhalten ist in jedem Fall, dass der aggressive Unterton, der sich aus vielen Antworten der Jahre 1992 und 1993 herauslesen ließ, im Westen kaum noch, im Osten immerhin weniger spürbar ist als damals. Stattdessen scheint die Bereitschaft, auf die Flüchtlinge zuzugehen und sich auch öffentlich für sie einzusetzen, zuzunehmen. Im Juni 2014 stellte das Allensbacher Institut die folgende Frage: „Einmal angenommen, hier in der Gemeinde soll ein Wohnheim für Asylbewerber entstehen. Nach Protesten gegen das Wohnheim gibt es auch eine Bürgerinitiative, die sich gegen diese Proteste wendet und den Bau des Wohnheimes befürwortet. Würden Sie eine solche Bürgerinitiative, die sich für den Bau des Asylbewerberwohnheims einsetzt, mit ihrer Unterschrift unterstützen, oder würden Sie das nicht tun?“ Damals sagten 24 Prozent der Befragten, sie würden eine solche Initiative unterstützen, ein Jahr später waren es 31 Prozent, seitdem ist der Wert noch um einige weitere Prozentpunkte angestiegen.

Alles in allem kann man in diesen Zahlen durchaus beachtliche Ansätze der in der öffentlichen Diskussion oft geforderten „Willkommenskultur“ in Deutschland erkennen. Es ist jedenfalls sehr bemerkenswert, wenn wachsende Teile der Bevölkerung trotz ihrer offensichtlich großen Ängste und Bedenken bereit sind, die ins Land kommenden Menschen in ihrem persönlichen Umfeld zu akzeptieren.

Gefordert, nicht überfordert

Das Flüchtlingsthema aus Sicht der Innenpolitik

THOMAS DE MAIZIÈRE

Geboren 1954 in Bonn, Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes a. D., seit Dezember 2013 Bundesminister des Innern.

Die Menschen in Deutschland genießen derzeit ein hohes Maß an Wohlstand und Freiheit. Gleichzeitig dürfte noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg die Zahl derer, die vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, größer gewe-

sen sein. Allein in den letzten fünf Jahren sind mindestens fünfzehn neue Konflikte ausgebrochen oder wieder entflammt: Syrien, Irak, Jemen, Ukraine – um nur einige zu nennen. Zusätzlich dauern Instabilität und Konflikte in Afghanistan, Somalia und anderswo immer noch an. Laut UNHCR flohen

2014 im Durchschnitt pro Tag 42.500 Menschen – jeden Tag eine Stadt fast so groß wie Coburg oder Bautzen. Insgesamt waren das fast 60 Millionen Menschen weltweit. Überwiegend bleiben sie in den jeweiligen Regionen. Aber eben nicht alle.

Es ist richtig, dass wir uns dem stellen – nicht nur, weil unser Grundgesetz einen Anspruch auf Asyl garantiert, sondern weil es auch unserem Verständnis als humane Bürgergesellschaft entspricht. Wir nehmen mit die meisten Flüchtlinge in der EU auf und übernehmen bei der humanitären Hilfe für Flüchtlinge in den Krisenregionen dieser Welt ebenfalls Verantwortung. Dass die Flüchtlingszahlen so stark steigen würden, war für niemand so vorhersehbar. Wir stehen zweifellos vor einer großen Bewährungsprobe.

ZEICHEN DER SOLIDARITÄT

Es liegt in der Natur der Sache, dass wir hier Lösungen nicht allein auf nationaler Ebene finden können. Erforderlich ist ein kohärenter Politikansatz, der auf nationaler und internationaler Ebene auch Aspekte der Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik umfasst, und nachhaltige Verbesserungen der Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern bewirkt. Die jüngsten Beschlüsse des Rats der Europäischen Innenminister und des Europäischen Rats zur Flüchtlingsverteilung beziehungsweise Finanzhilfen für Flüchtlingslager sind nur ein erster Schritt. Wir müssen die Zahl der Flüchtlinge, die nach Europa kommen, schnell verringern. Daran arbeitet die Bundesregierung. Daneben bleibt es besonders wichtig, wie wir in Deutschland kurz- und mittelfristig Antworten finden – eine unteilbare Herausforderung, die nur von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam geschultert werden kann. Der Bund hat deshalb ein deutliches Zeichen der Solidarität gesetzt und den Ländern und Kommunen für die Unterbringung der Asylbewerber für 2015 und 2016 ganz erhebliche zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

SCHNELLER SCHUTZ FÜR SCHUTZBEDÜRFTIGE

Neben diesen finanziellen Hilfen ist die Frage, wie wir die Antragszahlen in den Griff bekommen. Das Gesetzespaket, das wir am 29. September im Bundeskabinett verabschiedet haben, bietet uns die notwendigen Werkzeuge. Es richtet sich darauf, denen zügig Schutz zu gewähren, bei denen wir dazu rechtlich verpflichtet sind. Gleichzeitig müssen diejenigen unser Land wieder verlassen, die nicht schutzbedürftig sind: Ein Großteil der Flüchtlinge flieht vor den Krisen bzw. Kriegen wie etwa in Syrien. Im ersten Halbjahr 2015 kam

aber fast die Hälfte aller Antragsteller aus dem Westbalkan und deren Anträge sind fast durchweg aussichtslos. Die Menschen kommen in der Hoffnung auf eine wirtschaftlich bessere Zukunft – das ist aus Sicht dieser Menschen nachvollziehbar, aber kein Grund für eine Flüchtlingsanerkennung. Asylpolitik kann nicht die Antwort auf Armut sein. Asyl und Zuwanderung sind zu trennen. Künftig gilt daher: Wer Schutz braucht, soll ihn schneller erhalten, und wer kein Recht auf Anerkennung hat, soll möglichst schnell Deutschland wieder verlassen. Nur so können wir die große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung für die Aufnahme von schutzbedürftigen Menschen erhalten und die Leistungsfähigkeit unserer Aufnahmesysteme bewahren. Konsequenterweise wurden Ende 2014 Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Serbien gesetzlich als sichere Herkunftsstaaten eingestuft. Bei den übrigen Staaten des westlichen Balkans (Albanien, Montenegro und Serbien) wird dies nun auch baldmöglichst geschehen.

KLARE POSITIONIERUNG UND BESCHLEUNIGUNG

Die Beschleunigung der Asylverfahren ist unabdingbar zur Bewältigung der Flüchtlingslage, weshalb wir das Personal im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) weiter ganz erheblich aufstocken werden – zusätzlich zu dem bereits bislang erfolgten massiven Personalaufwuchs. Da schon die zusätzlichen Stellen 2014/15 eine erhebliche Verfahrenskürzung gebracht haben, ist davon auszugehen, dass die Verfahren nochmals deutlich beschleunigt werden.

Vor allem müssen wir auch mögliche Fehlanreize für unberechtigte Asylanträge beseitigen. Das haben wir mit unserem Gesetzespaket auf den Weg gebracht. So werden wir unter anderem den Bargeldbedarf in Erstaufnahmeeinrichtungen so weit wie möglich durch gleichwertige Sachleistungen ersetzen. Geldleistungen werden nur noch maximal einen Monat im Voraus gezahlt und auch die Sozialleistungen für bestimmte vollziehbar Ausreisepflichtige werden auf das unverzichtbare Mindestmaß reduziert. Zusammen mit dem jüngst verabschiedeten Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung wollen wir so erreichen, dass nicht schutzbedürftige Ausländer ohne Bleibeperspektive zügiger in ihre Heimatländer zurückkehren und ggf. noch mit einer Wiedereinreisesperre belegt werden. Sonst nehmen wir in Kauf, dass sehr viele Menschen ihr gesamtes Hab und Gut verkaufen – womöglich noch an Schlepper mit falschen Versprechungen – nur um nach Deutschland zu reisen, abgelehnt zu werden und am Ende mit völlig leeren Händen dazustehen – und weder eine Möglichkeit zum Leben bei uns noch eine Grundlage in ihrer Heimat haben.

STÄRKERE INTEGRATIONSFÖRDERUNG – ALLE SIND GEFORDERT

Schließlich müssen wir Integration noch stärker fördern und fordern. Flüchtlinge mit Bleibeperspektive benötigen Hilfen zur Integration. Dies ist im Interesse aller: Sie werden für längere Zeit in Deutschland leben und nur wenn sie sich integrieren, können sie sich optimal in unsere Gesellschaft einbringen und ihren Beitrag für die Gemeinschaft leisten. Deswegen werden seitens des Bundes die Mittel für die Integrationskurse aufgestockt.

Mit Geld alleine lässt sich Integration allerdings nicht erfolgreich bewirken. Sie betrifft unsere Gesellschaft als Ganzes und ist nicht allein Sache des Staates. Wir alle müssen die längerfristigen Fragen nach den sozialen, kulturellen, ja selbst nach den religiösen Aspekten und Folgen im Blick behalten und offen klären. Migration bedeutet zunächst eine Bereicherung für unser Land. Aber: Migration bedeutet auch die Konfrontation mit Fremdem und Neuem. Dies begreifen nicht alle als Chance, sondern verbinden es auch mit Ängsten und Sorgen, die wir nicht ignorieren dürfen.

Das bedeutet zweierlei: einerseits klare Kante gegen Fremdenfeindlichkeit sowie eine harte Bestrafung von Übergriffen auf Flüchtlinge und Anschlägen auf Flüchtlingsheime. Es ist unerträglich, gerade solche Menschen als Opfer auszusuchen, die aus Not bei uns ein besseres Leben suchen. Außerdem diskreditieren diese hinterhältigen Täter die beeindruckende ehrenamtliche Aufnahme- und Hilfsbereitschaft der Mehrheit der Menschen in Deutschland.

Andererseits dürfen wir berechtigte Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern auch nicht pauschal zurückweisen, wenn Länder es beispielsweise nicht anders einrichten können und Kommunen größere Gruppen von allein stehenden jungen Männern zugewiesen bekommen – viele junge Männer unterschiedlicher Kulturen und Fluchterfahrungen in einem Gebäude *können* Konflikte mit sich bringen. Aber es ist nicht fair, dies pauschal zu unterstellen.

Wir alle müssen Hintergründe besser erklären und Vorurteilen mit Fakten begegnen. Aber wir müssen auch kristallklar werden: Die Flüchtlinge müssen unsere Gesetze achten und unsere Wertvorstellungen respektieren. Wer Schutz braucht und will, muss anerkennen, wohin eine Verteilung erfolgt und Geduld haben, bis ein Verfahren abgeschlossen ist. Meine Erfahrung zeigt: Wo gut, umfassend und frühzeitig informiert wird, offen und ehrlich Probleme im Vorfeld angesprochen werden und man sich mit den Bedenken fortlaufend argumentativ auseinandersetzt, entstehen viele Probleme und Ängste bei der Aufnahme von Flüchtlingen erst gar nicht. Hier stehen alle Ebenen der Politik in der Bringschuld, besonders auf lokaler Ebene. Gleichzeitig trifft die Bevölkerung auch die Holschuld, sich selbst(kritisch) zu

informieren – versuche ich mir ein unvoreingenommenes Urteil zu bilden? Irre ich mich vielleicht? Ich denke, beides darf man von mündigen Bürgern und Politikern in einer Demokratie erwarten.

Ich wünsche uns allen deshalb mehr Mut, Kreativität und Ehrlichkeit im Umgang mit den Chancen, den Risiken und den Herausforderungen für unser Deutschland. Wir sehen uns mit sehr großen Herausforderungen konfrontiert, aber ich bin überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und damit der Bevölkerung signalisieren: Deutschland ist gefordert, aber nicht überfordert.

Expertise der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema Flüchtlinge

Als internationaler Akteur in der Entwicklungszusammenarbeit, als politischer Think Tank und als eine Einrichtung mit politischem Bildungsauftrag leistet die Konrad-Adenauer-Stiftung vielfältige Beiträge zur Bewältigung der Herausforderung. Gemeinsam mit ihren Partnern und Experten im In- und Ausland arbeitet sie an konkreten Hilfestellungen für die Lösung und Bewältigung der Flüchtlingsfrage mit – von der internationalen bis zur kommunalen Ebene. Sie bereitet Informationen verständlich auf und unterstützt durch Diskussionsveranstaltungen vor Ort die politische Meinungsbildung.

Auf dem Themenportal **www.kas.de/fluechtlinge** finden Sie Projekte, aktuelle Interviews, Publikationen zu Flucht und Asyl sowie Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Gott ist mit denen, die unterwegs sind“

Die Berliner Generalsuperintendentin über theologische Grundsätze
in Theorie und Praxis

ULRIKE TRAUTWEIN

Geboren 1958 in Limburg an der Lahn,
Generalsuperintendentin für den
Sprengel Berlin der Evangelischen
Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische
Oberlausitz (EKBO).

Wie beurteilen Sie als Theologin die Flüchtlingsproblematik?

Ulrike Trautwein: Je mehr ich darüber nachdenke, desto deutlicher wird mir, wie tief das Thema Flucht in die Menschheitsgeschichte eingeschrieben ist. Seit jeher fliehen Menschen – vor Hunger, klimati-

schen Veränderungen, Unterdrückung. Dieses Unterwegssein spiegelt sich auch in der Bibel wider: In der Geschichte von Josef und seinen Brüdern geht es auch um eine Dürre in Israel, die sie nach Ägypten treibt, und um Familienzusammenführung – ein Thema, das uns heute ebenfalls umtreibt. Das Buch Rut erzählt von einer israelitischen Familie, die vor einer Hungersnot nach Moab flieht. Moses führt das Volk Israel fort aus Ägypten, weil es dort unterdrückt wird.

Das Thema Flucht ist in der Bibel fast allgegenwärtig. Und das Entscheidende



© EKBO (2012), Fotograf: Jens Bösenberg

dabei ist, dass Gott stets aufseiten derer steht, die unterwegs sind, die fliehen müssen. Mehr noch – im Exodus begleitet er die Verfolgten auf ihrer Flucht.

„Der Herr ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln, und ob ich schon wanderte im finsternen Tal.“ Nicht umsonst wird dieser Psalm so geliebt. Die Flucht mit ihren Nöten und Schrecken, aber auch mit ihren Hoffnungen ist eine Grunderfahrung, die die Menschheit verbindet und sie einen sollte. Gerade an diesem Thema erweist sich, was Humanität bedeutet.

Wenig sagt die Bibel über die Wahrnehmung der Urbevölkerung in Ka-

naan. Durfte sie Befürchtungen haben, als die Israeliten zum gelobten Land loszogen?

Ulrike Trautwein: Nachdem Gott Abraham aufgefordert hat, aufzubrechen und in ein neues Land zu ziehen, ist dieser auf seinem Weg nicht nur der Gute. Er belügt den Pharao, gibt seine schöne Frau, die das Interesse des Herrschers erregt, als seine Schwester aus. Sie wird dann zeitweilig sogar in den Harem gebracht. Der Gute in dieser Geschichte ist der Pharao, der Abraham und die Seinen ungehindert ziehen lässt, obwohl er Abraham durchschaut hat. Das heißt, es werden auch Konflikte beschrieben. Aber die Essenz

bleibt immer, dass Flüchtlinge und Fremde gut behandelt werden müssen. Da ist die Bibel ganz eindeutig.

Wie ist die Haltung der Kirche gegenüber denjenigen Menschen in Deutschland, die angesichts der offenbar eskalierenden Flüchtlingsproblematik Angst- und sogar Abwehrgefühle entwickeln? Die oft chaotischen Bilder aus den Medien beunruhigen doch viele.

Ulrike Trautwein: Das erste, was ich nach meiner Rückkehr aus dem Urlaub wahrgenommen habe, war die Titelseite eines Magazins mit der Aufschrift „Der Ansturm“. Da kann der Eindruck entstehen, übermorgen würden wir überrannt. Aber so ist es trotz der drastisch gestiegenen Zahlen nicht. Jedenfalls steht diese mediale Darstellung in keiner Relation zur tatsächlichen Situation. Wenn ich auf die Straße gehe, sind Flüchtlinge nicht bestimmend für unsere alltägliche Realität.

Nicht zuletzt, weil die mediale Darstellung teilweise problematisch ist, wird es umso schwieriger, zu unterscheiden: Wer ist unsicher und ängstlich, weil er die wirkliche Situation nicht wahrnimmt und versteht? Und wer will sie nicht verstehen? Die Menschen in Deutschland, die sich Sorgen machen, brauchen mehr Information und müssen bestärkt werden – wie Angela Merkel das getan hat, indem sie sinngemäß sagte: Leute, wir können mutig sein! Wir schaffen das! Wir haben das Potenzial. Mit denen aber, die versteinert in der Mentalität „Wir und die anderen“ leben, würde man wohl 100 Jahre reden können, ohne sie zu überzeugen.

Das ist der Punkt, wo wir sensibel hinschauen und unterscheiden müssen. Sich

zum Beispiel um irgendwelche Pegida-Leute zu bemühen, die sowieso vernagelt sind, halte ich für falsch. Da kann man nur sagen: Liebe Leute, so geht das nicht!

Gibt es in der Flüchtlingsfrage Grenzen der Barmherzigkeit? Wo muss der Realismus beginnen, damit unsere Gesellschaft überhaupt barmherzig sein kann?

Ulrike Trautwein: Von meiner Theologie her steht an erster Stelle der Satz: „Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Land, den sollt ihr nicht bedrücken.“ Das ist die Wertebasis, von der wir als Kirche ausgehen müssen. Wie dieser Anspruch konkret umzusetzen ist, ist eine Frage, die im politischen Konsens ausdiskutiert werden muss – vor allem also eine Sache der Politik. Wir als Kirche stehen für diese Werte, für diesen Glauben, für dieses Vertrauen. Und darüber hinaus wollen wir konkret alles tun, was wir unsererseits tun können. Da passiert sehr viel: die Flüchtlingskirche, die im Oktober eröffnet wird, beispielsweise.

Die Frage, wie es zu organisieren ist, dass nicht alles zusammenbricht oder verrückt wird, ist noch mal ein nächster Schritt. Da hat die Kirche ein Stück weit die prophetische Aufgabe, zu mahnen, wenn Dinge schief laufen, und zu sagen: Leute, guckt noch mal genauer hin! Aber klar, wir müssen auch sehen, dass die Situation nicht umkippt. Richtig!

Der Kirchensprengel Berlin blickt auf eine Teilungsgeschichte zurück. Ist in der jetzigen Situation Ihre Aufforderung, genauer hinzusehen, im Osten schwieriger zu vermitteln als im westlichen Teil?

Ulrike Trautwein: Diese Frage wird mit Blick auf das vereinte Deutschland heftig diskutiert. Vonseiten der Kirche kann ich sagen, dass unsere Kirchengemeinden im einstigen Ostteil der Stadt, etwa in Helldorf, unglaublich engagiert sind. Der Kirchenkreis, der am meisten Geld für die Willkommensarbeit mit Flüchtlingen investiert, ist Lichtenberg-Oberspree im Südosten von Berlin. Aber natürlich bleiben die unterschiedlichen historischen Entwicklungen nicht ohne Folgen. Wer in Frankfurt am Main aufgewachsen ist, hat ein anderes „Training“, mit Menschen aus vielen Nationen zusammenzuleben als jemand, der in der DDR aufgewachsen ist, wo es nach meinem Wissen eine relativ starke Separierung gab – zu den russischen Soldaten, zu den Menschen aus Vietnam, Kuba oder Mosambik. Das heißt nicht, dass es heute „im Osten“ weniger Engagement gäbe, das Gegenteil ist der Fall: Im Sprengel Potsdam möchten so viele Freiwillige etwas tun, dass die Organisation kaum nachkommt, sie einzusetzen. Aber natürlich gibt es das schon auch, dass wir mit Leuten zu tun haben, die ängstlich sind, die nicht wissen, was da auf uns zukommt, die bisweilen die Befürchtung haben, mir nimmt man etwas weg. Und da können wir nur intensiv informieren, reden und Räume der Verständigung schaffen.

Ihre Kirche beruft sich in ihrem Engagement für Flüchtlinge auch auf das Prinzip des Kirchenasyls. Worauf fußt dieser Anspruch, sich gegebenenfalls über staatliches Recht zu stellen?

Ulrike Trautwein: Das ist eine sehr diffizile Frage, aber man kann gewiss sagen, dass das Kirchenasyl einen biblischen

Ursprung hat: Im alten Israel hat es, wie im dritten Buch Mose nachzulesen ist, sechs Asylstädte gegeben. Gewaltfreie Städte, wo Menschen Schutz finden sollen und wo nicht mit Waffen agiert werden darf. Genug Wasser soll dort zur Verfügung stehen, Arbeit soll es da geben und so weiter. Das muss man sich einmal überlegen: Solche detaillierten Forderungen über einen Schutzbereich für fremde Menschen stammen aus dem kleinen Israel, haben eine Tradition, die jahrtausendealt ist und bis heute fortgeführt wird.

Wichtig beim Kirchenasyl ist: Es geht nicht darum, das Recht zu beugen, sondern darum, einen Moment anzuhalten, Zeit zur genaueren Prüfung und zum Überdenken zu gewinnen. Aktuell gibt es in Deutschland wohl unter 200 Fälle von Kirchenasyl. Weil wir um die Besonderheit wissen, handelt es sich um ein kompliziertes Verfahren. Kirchenasyl wird keinesfalls leichtfertig vergeben.

Können Sie für uns den Ablauf des Verfahrens beim Kirchenasyl schildern?

Ulrike Trautwein: In der Regel kommen die Flüchtlinge oder deren Vertreter auf die Kirchengemeinden zu. Danach setzen sich diese mit unseren Stellen wie „Asyl in der Kirche“ zusammen, holen Beratung ein. Vor allem wird intensiv geprüft, inwieweit Gefahr für Leib und Leben besteht. Dann werden jede Menge kirchliche Ebenen einbezogen, der Kirchenkreis, die Beauftragte in dieser Frage. Am Ende stimmt der Gemeindekirchenrat demokratisch darüber ab.

Dabei ist zu bedenken, dass die Konsequenzen für die Gemeinde erheblich sind: Eine Familie über vielleicht eineinhalb

Jahre zu versorgen und zu betreuen, braucht viel Kraft und Aufwand.

Inwiefern ist die Gewährung von „Kirchenasyl“, die eine unmittelbare Bedrohung von Leib und Leben voraussetzt, angemessen, wenn Asylbewerber aus sogenannten „sicheren Drittstaaten“ oder „sicheren Herkunftsländern“ nach Deutschland kommen?

Ulrike Trautwein: Das sind Fragen, bei denen man sehr genau und individuell hinsehen muss. Es gibt Situationen, die sich einfachen Kategorien entziehen. Ein Kollege hat mir von Tschetschenen erzählt, die nach Polen abgeschoben werden sollten, dort aber, weil die tschetschenische Mafia sie im Land bedroht, vor einer hochproblematischen Situation stehen würden. Oder denken Sie an Italien, wohin jetzt, Gott sei Dank, keine Frauen und Kinder mehr zurückgeschickt werden, weil es die dortige Lage einfach nicht zulässt!

Bitte geben Sie uns Ihre Sicht auf die Vorgänge am Berliner Oranienplatz!

Ulrike Trautwein: Das ist eine lange und komplexe Geschichte. Was ich wichtig finde, ist, dass diese Flüchtlinge, die vor zwei Jahren gekommen sind, sozusagen einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingssituation eingeleitet haben. Plötzlich haben Flüchtlinge selbstbewusst Position bezogen – gegen die Residenzpflicht etwa. Es gab vor dem Brandenburger Tor, dem Symbol der Freiheit, einen Hunger- und Durststreik, der unter Vermittlung unseres Bischofs abgebrochen wurde. Ebenso hat sich unsere Kirche engagiert, als die

Flüchtlinge über Monate auf dem Oranienplatz in Kreuzberg kampiert haben. Im März 2014 kam es zu einer Vereinbarung mit dem Senat, die im Gegenzug zur Räumung des Platzes unter anderem eine Prüfung der ausländerrechtlichen Verfahren vorsah.

Die allermeisten sind abgelehnt worden. 85 dieser Flüchtlinge suchten daraufhin Zuflucht in der St.-Thomas-Kirche am Mariannenplatz. Seitdem befinden sie sich in Notunterkünften in unserer Obhut. Wie es jetzt weitergeht, muss man sehen. Die Gemeinden haben sich jedenfalls unter sehr großen Anstrengungen gekümmert.

Es handelt sich teils um Flüchtlinge, die sich rechtlich nicht in Berlin aufhalten dürften. Alle haben ein rechtstaatliches Verfahren bekommen. Niemand ist an Leib und Leben bedroht. Es hat also nichts mit Kirchenasyl zu tun, oder?

Ulrike Trautwein: Kirchenasyl ist etwas anderes. Wir haben es „Inobhutnahme“ genannt. Das muss man betonen, denn es ist uns mehrfach unterstellt worden, dass wir das Kirchenasyl missbrauchen würden. Es war und ist aber explizit kein Kirchenasyl. Sondern es war – nachdem alles scheiterte und abgelehnt worden war – unser Versuch, zu sagen: Okay, wir versorgen euch noch mal für vier Wochen und setzen uns noch einmal politisch ein. Dann waren diese vier Wochen um, aber wir hatten nicht das Herz, die Menschen auf die Straße zu setzen. So gab es die Entscheidung: Wir bringen euch über den Winter, und so ist bis heute geblieben.

Mit welchem Ziel hat man sich immer wieder neu entschlossen, die „Inobhutnahme“ zu verlängern?

Ulrike Trautwein: Damit noch einmal richtig geprüft wird. Denn alles ging sehr schnell damals. Wir machen gerade den Versuch, mit dem Senat noch Möglichkeiten zu finden. Deshalb sehen Sie es mir bitte nach, wenn ich mich dazu jetzt nicht weiter äußern möchte.

In Anbetracht der jetzigen Lage – es kommen zurzeit etwa 250 Flüchtlinge am Tag nach Berlin – fragt man sich, wo es hinführt, wenn man immer wieder neu prüft, wie Sie es für die Flüchtlinge vom Oranienplatz verlangen.

Ulrike Trautwein: Am Oranienplatz gab es eine spezielle Situation, mit einer langen Vorgeschichte. Das lässt sich nicht verallgemeinern. Wir haben damals mit unserem Ruf dafür geworben, dass die Flüchtlinge Vertrauen haben, also sich auf die Vereinbarung einlassen und den Platz räumen. Weil wir diese Verantwortung übernommen haben, müssen wir jetzt sehen, wie diese wirklich komplexe Geschichte zu Ende geht.

„Abschieben“ ist ein fürchterliches Wort, das niemand gerne in den Mund nimmt. Dennoch die Frage: Muss „abgeschoben“ werden, wenn die Verfahren abschlägig beschieden werden?

Ulrike Trautwein: Dafür haben wir einen Rechtsstaat, und natürlich, wenn das so ist, dann werden die Menschen abgeschoben. Das macht mich nicht glücklich. Eine Kollegin hat es neulich in einem Rundfunkbeitrag so ausgedrückt: dass einem in einer solchen Situation „das Herz knackt“. Es tut einem weh, und ich weiß auch von einem Kollegen, der in der Abschiebehaft gearbeitet hat, was es individuell bedeutet, welche dramatischen Geschichten hinter jedem Menschen stehen, der abgeschoben werden soll. Je näher man hinguckt, umso schmerzhafter wird es. Trotzdem weiß ich, dass es das geben muss und dass wir als Kirche nicht außerhalb des Rechtsstaates leben und uns natürlich da einfügen.

*Das Gespräch führte Bernd Löhmann
am 1. September 2015.*

Mehr als ein Dach über dem Kopf

Die Unterbringung von Flüchtlingen als kommunale Aufgabe

GÜNTHER-MARTIN PAULI

Geboren 1965 in Saulgau, seit 2001
Mitglied der CDU-Fraktion im
Landtag Baden-Württemberg, seit
2007 Landrat des Zollernalbkreises.

Die Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge läuft auf Hochtouren. Die akute Not der Menschen zu lindern, ist sehr wichtig, reicht aber nicht aus. Was es bedeutet, Heimat und Angehörige zurückzulassen und

in einem fremden Land neu anzufangen, kann man nur erahnen. Die Betroffenen sind angewiesen auf Solidarität und Mitmenschlichkeit, aber auch auf zielgerichtete Begleitung und zeitnahe, realistische Perspektiven. Hierbei stoßen derzeit bestehende Strukturen und veraltete Verfahren an ihre Grenzen. Kommunalpolitische Verantwortungsträger sind besonders gefordert, denn vielseitige Wechselwirkungen, zum Beispiel mit der Bevölkerung

und örtlichen Infrastruktureinrichtungen, werden fatalerweise häufig ausgeblendet.

„Wir ducken uns nicht weg“, lautet der Tenor im Landratsamt des Zollernalbkreises. Hier sind inzwischen knapp 4.000 Flüchtlinge in diversen Einrichtungen untergebracht: Im Herbst 2014 wurde eine Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (LEA) eingerichtet, die aktuell um eine Notunterkunft erweitert wurde. Parallel leben Asylsuchende in Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises, bevor sie auf die Städte und Gemeinden zur Anschlussunterbringung verteilt werden.

UNKONVENTIONELLE KOOPERATION

In unkonventioneller, behördenübergreifender Kooperation ist es 2014 innerhalb von nur sechs Wochen gelungen, auf einem ehemaligen Kasernengelände eine Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge einzurichten. Das Landratsamt – originär nur im Bereich des Gesundheitsamtes verantwortlich – hat tatkräftig dazu beigetragen. Neben der Behördenleitung haben Mitarbeiter des Sozialdezernates, von Straßenbauamt, Bauamt, Forst, Landwirtschaft oder Wirtschaftsförderung ihr Fachwissen eingebracht und tatkräftig geholfen. Das Verwaltungsreformgesetz war dabei sehr von Nutzen. Die große Toleranz, Hilfsbereitschaft und Solidarität der Menschen der Umgebung hat ein bundesweites Zeichen gesetzt. Stadt- und Landkreisverwaltung war es von Anfang an wichtig, dass Entscheidungen und Entwicklungen von lokalem Sachverstand begleitet und transparent gehandhabt werden. Dafür sind Bürgerinformationsveranstaltungen, wöchentliche Information in lokalen Medien, Besichtigungstermine für die Öffentlichkeit und ein kontinuierlicher Dialog wichtig.

Das Land hatte eine zeitliche Befristung der LEA bis 2016 angekündigt und die Aufnahmekapazität auf regulär 500, maximal jedoch 1.000 Personen begrenzt. Aktuell aber sind dort über 3.000 Asylsuchende untergebracht. Diese Überfrachtung ist schlichtweg unverantwortlich. Sie hat dramatische Auswirkungen auf die Qualität der Unterbringung, birgt erhebliches Konfliktpotenzial unter den Flüchtlingen und führt zu Personalengpässen im Betrieb und in der Betreuung.

Die Situation in der Kernstadt Meßstetten (rund 5.400 Einwohner) ist angespannt. Die Kommunen müssen sicherstellen, dass die Bevölkerung mit Sorgen, Ängsten und Unmut nicht alleingelassen wird. Wachsame, wirkungsvolle und kreative Begleitung der Menschen inner- und außerhalb der Flüchtlingsunterkunft ist geboten. Dazu gehören eine soziale Betreuung und der Einsatz von Streetworkern ebenso wie öffentliche Toilettenanlagen dort, wo sich Flüchtlinge in der Stadt aufhalten. Das Landratsamt hat in Kooperation mit dem Deutschen Roten Kreuz und Ehrenamtlichen ein Begegnungszentrum

in unmittelbarer Nähe der LEA eingerichtet. Mit viel Herzblut werden ein Begegnungs-Café mit Kegelbahn und ein Internet-Café betrieben. Helfer organisieren Sprachunterricht und Freizeitangebote und nehmen Kleider- und Sachspenden entgegen. Dieses eindrucksvolle Beispiel bürgerschaftlichen Engagements wird jedoch von der drastisch steigenden Personenzahl förmlich überrollt. Die gelebte Mitmenschlichkeit kommt an ihre Grenzen und droht zu verschleißen.

Zur kurzfristigen Entlastung für die LEA hat die Kreisverwaltung dem Land einen Flügel des ehemaligen Krankenhauses im dreißig Kilometer entfernten Hechingen als befristete Notunterkunft für 125 Personen bereitgestellt. Gemeinsam mit der Stadt wurde eine Bürgerinformationsveranstaltung durchgeführt und die Sozialbetreuung durch Ehrenamtliche, allen voran durch den örtlichen Arbeitskreis Asyl, angestoßen.

BESONDERS SCHUTZBEDÜRFTIG

Erstaufnahme von Flüchtlingen ist eine Aufgabe des Landes. Kommen jedoch Minderjährige ohne sorgeberechtigte Erwachsene an, haben sie nach internationalen Konventionen und nationalem Recht Anspruch auf besonderen Schutz. Sie werden vom Jugendamt in Obhut genommen. Gegebenenfalls bestellt das Familiengericht einen Vormund. Zuständig sind bisher die Jugendämter am Ankunftsort, also in grenznahen Kreisen oder in Kreisen mit einer LEA. Die Einhaltung der geforderten Standards in der Kinder- und Jugendhilfe bedeutet angesichts der explodierenden Fallzahlen eine enorme Herausforderung. Das Jugendamt im Zollernalbkreis hat allein in der ersten Hälfte dieses Jahres über 100 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge betreut. Hierfür wurden zwei zusätzliche Personalstellen notwendig. Die ungleiche Lastenverteilung unter den Stadt- und Landkreisen ist inakzeptabel.

Um dem abzuhelpen, hat das Bundeskabinett im Juli das „Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher“ verabschiedet. Dieses soll eine bundesweite Umverteilung der Jugendlichen nach Quote regeln. Jedoch kann es das Dilemma der Kommunen nur bedingt lösen und eine Einhaltung der Kinderrechte nicht garantieren. Für die zum Teil traumatisierten Jugendlichen werden im Zollernalbkreis Möglichkeiten zur dezentralen Unterbringung in Gastfamilien oder kleineren Einheiten gesucht. Ältere Jugendliche werden zum Teil in der LEA betreut, insbesondere wenn Angehörige (entfernte Verwandte oder Bekannte) sich dort aufhalten. Die dezentrale Unterbringung bietet bessere Möglichkeiten zur frühzeitigen Integration, zum Spracherwerb und zur Vermittlung gesellschaftlicher Normen. Eine umgehende Einbindung ist entscheidend, da unbegleitete minderjährige Flüchtlinge faktisch ein Bleiberecht in Deutschland haben.

DEZENTRAL UNTERGEBRACHT

Bei der vorläufigen Unterbringung von Asylsuchenden ist im Zollernalbkreis „Dezentralität“ ebenfalls Grundsatz. Durch mehrere kleinere Gemeinschaftsunterkünfte und bedarfsorientierte Lösungen wurden Alternativen zur großen Sammelunterkunft geschaffen. Dies bietet insbesondere Kindern, Jugendlichen und Familien bessere Wohnbedingungen, ein friedvolleres Miteinander und mehr Möglichkeiten der Teilhabe an einer örtlichen Gemeinschaft. Wie Integration gelebt werden kann, belegen Projekte und Erfahrungen in zahlreichen Kreisgemeinden. Dorthin kommen Asylbewerber zur sogenannten Anschlussunterbringung nach Beendigung des Asylverfahrens, Erteilung eines Aufenthaltstitels oder nach spätestens zwei Jahren. Viele Gemeinden haben Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden zur Chef-sache erklärt und so auf örtlicher Ebene Vorbildliches ermöglicht.

DURCH SPRACHE UND BILDUNG EINGEBUNDEN

Bildung und Sprache sind der Schlüssel für erfolgreiche Integration. Häufig sind Flüchtlinge jedoch zum Nichtstun verdammt, weil Ressourcen, rechtliche Voraussetzungen oder treibende Kräfte fehlen. Ein regelmäßiger verpflichtender Sprachunterricht für Erwachsene muss dringend ausgebaut werden. Neben Spracherwerb ist ein Austausch der gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Wertvorstellungen unerlässlich. Dazu gehören auch grundsätzliche Verhaltensregeln in Sachen Hygiene, Abfallentsorgung, Pünktlichkeit oder Verlässlichkeit. Bildung und Spracherwerb müssen so früh wie möglich gefördert werden. Vorbereitungsklassen an Grund- und weiterführenden Schulen unterstützen dabei, schnell Deutsch zu lernen, und ermöglichen die Integration in eine reguläre Klasse. An den beruflichen Schulen des Landkreises wird ein Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen angeboten. Die regionale Wirtschaft ist durch Praktikumsangebote zum wertvollen Partner geworden.

Erfolgreiche Begleitung von Flüchtlingen gelingt nur durch Einbindung der Bevölkerung, denn Integration findet vor allem vor Ort statt: Bildungseinrichtungen, Arbeitgeber, kirchliche und soziale Organisationen, Vereine und Ehrenamtliche übernehmen Funktionen, die von einer Kommunalverwaltung nicht zu leisten sind. Beispiele sind das Begegnungszentrum LEA, die örtlichen Arbeitsgruppen Asyl oder private Initiativen. Wichtig ist dabei für Kommunen, die Helfenden von Anfang an einzubinden, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen und sie dabei gleichzeitig nicht zu überfordern. Zur Koordination dieser Arbeit wurde im Landratsamt Zollernalbkreis eine ressortübergreifende Stabsstelle Integration geschaffen.

Den enormen Herausforderungen der Flüchtlingsströme kann nur gemeinsam von Bund, Land und Kommunen, Kirchen und Verbänden sowie vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern begegnet werden. Auf nationaler Ebene ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Erhöhung der Geldleistungen für Flüchtlinge zumindest in Erstaufnahmeeinrichtungen zu hinterfragen. Im Zollernalbkreis wurden jahrelang gute Erfahrungen mit Sachleistungen (Shops in Einrichtungen) gemacht. Eine Beschleunigung der Asylverfahren durch personelle Aufstockung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und gleichzeitige Verfahrensvereinfachungen sollte machbar sein, die Gesundheitschecks in der LEA etwa könnten auch an Wochenenden durchgeführt werden. Auf Landesebene muss eine weitere Bündelung von Kräften, Bürokratieabbau und Vereinfachung von Kommunikationswegen erfolgen. So können finanzielle, personelle und vor allem zeitliche Synergien genutzt und Effizienz erhöht werden.

Die Bewältigung der Flüchtlingssituation ist eine humanitäre – und nicht zuletzt eine christliche – Pflicht. Darüber hinaus bedeutet Zuwanderung auch eine Chance, nicht nur angesichts der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels. Integration bleibt ein dynamischer Prozess, den wir nicht fürchten, sondern offenherzig gestalten müssen!

Hetze, Hass und Gewalt

Wie die rechte Szene auf steigende Asylbewerberzahlen reagiert

MARC BRANDSTETTER

Geboren 1978 in Ottweiler (Saar),
Politikwissenschaftler, seit 2011
Redaktionsleiter der Informations-
und Beteiligungskampagne
ENDSTATION RECHTS.

Gegen Ende des Jahres 2014 gingen in Dresden immer mehr Asylgegner unter dem Banner „Für Euch. Für Eure Familie. Für Euer Vaterland“ auf die Straße. Sie demonstrierten gegen „Glaubenskriege auf deutschem Boden“. Zur Jahreswende fanden sich nach Polizeian-

gaben circa 17.500 Menschen beim zehnten Protestmarsch des Bündnisses „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) ein. Die Feindbilder der „Patrioten“ waren zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr allein auf Islamisten beschränkt. Vielmehr schossen sich die Demonstranten auf Politik, Medien, Islam oder Asylbewerber allgemein ein. Wer die Sprechchöre hörte, konnte kaum glauben, dass sich die Hetze einzig und allein gegen „Wirtschaftsflüchtlinge“ richtete, wie seinerzeit ein Pegida-Papier glauben machen wollte.

2015 hat Pegida zunächst merklich an Anziehungskraft verloren. Verantwortlich hierfür sind nicht zuletzt die Führungsquerelen im Organisationsteam des Bündnisses. Nachdem rassistische Kommentare und eine Adolf-Hitler-Parodie des Bündnis-Gründers Lutz Bachmann auf Facebook öffentlich bekannt geworden waren, sagten sich gemäßigte Pegida-Mitglieder von ihrem bisherigen Engagement los. Eine Gruppe um Kathrin Oertel, die zeitweise öffentlich als Gesicht von Pegida in Erscheinung trat, gründete einen neuen Zusammenschluss, welcher aber bald in der Versenkung verschwand. Geblieben sind die Hardliner um Bachmann. Selbst nachdem die Behörden Ende Juli 2015 in der Elbmetropole eine Zeltstadt für Flüchtlinge über Nacht aus dem Boden gestampft hatten, zogen nur noch knapp 3.500 Demonstranten durch die Straßen der sächsischen Landeshauptstadt und machten ihrem Unmut mit lautstarken Parolen Luft.

Die Pegida-Macher haben die Grenzen ihrer Bewegung erkannt. Als reine Demonstrations-Kultur verliert sie stetig an Attraktivität, zumal sich keine sichtbaren Erfolge einstellen. Deshalb schickte Pegida bei der Dresdner Oberbürgermeisterwahl mit Tatjana Festerling eine frühere AfD-Frau ins Rennen. Gut jeder zehnte Wähler gab der von der NPD unterstützten Hamburgerin seine Stimme (9,6 Prozent). Beflügelt von diesem Ergebnis, kündigte das Bündnis Einzelkandidaturen für die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern an. Da die Personaldecke dünn ist und wahlkampffähige Strukturen fehlen, ist zu vermuten, dass die Resultate überschaubar bleiben werden. Mittlerweile ist sogar die Gründung einer eigenen Partei im Gespräch.

Trotzdem erfordert die Situation weiter Aufmerksamkeit. Sie erinnert stark an die frühen 1990er-Jahre, als viele, einschließlich der Medien, in den simplifizierenden Slogan „Das Boot ist voll“ mit einstimmten. Ihr Hass entlud sich in einer rassistischen Gewaltwelle, die bis heute unerreicht ist. Die Bilder eines grölenden Mobs, der Brandsätze auf das „Sonnenblumenhaus“ in Rostock-Lichtenhagen warf, haben sich tief in das Gedächtnis der jüngeren Bundesrepublik eingebrannt. Nach wie vor sind rassistische, antisemitische und homophobe Ressentiments und Vorurteile in der Gesellschaft weit verbreitet; das belegen die „Mitte“-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung jedes Jahr auf erschreckende Weise.¹

STRASSENKAMPF ALS AGITATIONSFELD

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres zählte das Bundesinnenministerium 202 Angriffe auf Unterkünfte von Asylbewerber*innen. 22 Übergriffe waren Gewaltdelikte wie Körperverletzungen oder Brandstiftungen. Damit ist schon jetzt das Niveau des Vorjahres erreicht. Es zeichnet sich ein Trend ab,

denn bereits 2014 waren die Zahlen dramatisch angestiegen – sie hatten sich im Vergleich zu 2013 verdreifacht.

Die unabhängigen Opferberatungsstellen registrierten im letzten Jahr eine besorgniserregende Zunahme rassistischer Gewalt. Ihre gemeinsame Statistik weist 782 Fälle für die fünf ostdeutschen Bundesländer und Berlin aus. Das entspricht einem Anstieg um sechs Prozent im Vergleich zum Vorjahr (2013: 737 Angriffe). Dabei wurden mindestens 1.156 Personen verletzt oder massiv bedroht. In sechzig Prozent der erfassten Fälle waren die Taten rassistisch motiviert. „Ein Ende der Welle rassistischer Gewalt ist nicht absehbar“, fasst Antje Arndt, Vorstandsmitglied des Bundesverbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, die Einschätzung der Beratungsprojekte zusammen.²

In den letzten Jahren hielt sich die Neonazi-Szene bedeckt. Insbesondere in den ostdeutschen Ländern schien aufgrund günstiger Gelegenheiten die politische Strategie der NPD erfolgversprechend. Mit einem ausgeprägten „Kümmerer-Image“, das das vorgebliche soziale Engagement der Rechtsextremisten in den Mittelpunkt rückte, wollten die führenden Köpfe der Partei die gesellschaftliche Stigmatisierung unterlaufen. Allerdings ist der kleine Höhenflug der NPD, basierend auf dem Einzug in die Landesparlamente von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie dem Gewinn von einigen Hundert kommunalen Mandaten in der gesamten Bundesrepublik, mittlerweile vorbei. Skandale, leere Kassen, ausbleibende Wahlerfolge und anhaltende Flügelkämpfe haben dazu beigetragen, dass sich viele Neonazis von der Partei abgewandt haben. Die Abtrünnigen suchen heute verstärkt den von der NPD derzeit ihrer Meinung nach vernachlässigten „Kampf um die Straße“.

HASS UND GEWALT STATT DIALOG

Anfang Juli 2015 wühlte ein Brand in leerstehenden Flüchtlingswohnheimen im sächsischen Meißen die Öffentlichkeit auf. In der Stadt mit knapp 28.000 Einwohnern macht seit geraumer Zeit die „Initiative Heimatschutz“ Stimmung gegen Flüchtlinge. Der Besitzer der Unterkunft wurde zuvor bedroht und sprach nach dem Übergriff von einem „Anschlag mit Ansage“.³ In Freital, einem Ort unweit von Meißen, stehen sich seit Wochen rassistische Gruppen und Flüchtlings-Unterstützer gegenüber. Die Stimmung in dem kleinen Ort ist aufgeheizt. Auf das Auto des Fraktionsvorsitzenden der Linken im örtlichen Stadtrat verübten mutmaßlich Neonazis einen Anschlag. An einer Diskussion oder einer Lösung der Problematik sind die Initiative und ihre Unterstützer nicht interessiert. Dies beweist eine Bürgerversammlung zum Thema „Asyl“ mit Sachsens Innenminister Markus Ulbig, bei der es zu tumultartigen Szenen kam.⁴ Der Initiative geht es allein darum, ihren Hass zu artikulieren. Zunächst wurde Freital zum Sinnbild für ein feindliches Klima. Den vorläufigen

Höhepunkt fremdenfeindlicher Auseinandersetzungen erreichte man Ende August im sächsischen Heidenau.

NEONAZI- UND NPD-DEMOS MACHEN ASYL ZUM LEITTHEMA

Anders als die Demonstrationen von Pegida wurden die früheren rassistischen Demonstrationen von Neonazis ins Leben gerufen. Vom Berliner Stadtteil Marzahn-Hellersdorf ausgehend, organisierte beispielsweise eine vermeintliche Bürgerinitiative, in deren Hintergrund Rechtsextremisten die Strippen ziehen, Aktionen gegen ein Asylbewerberwohnheim.

Bei den sogenannten „Schneeberger Lichtelläufen“ zogen um die Jahreswende 2013/2014 mehr als 1.500 Personen durch Schneeberg, darunter neben Einwohnern der sächsischen Kleinstadt zahlreiche eigens angereiste Neonazis. Der NPD-Kommunalpolitiker Stefan Hartung hatte zum Protest aufgerufen. Diese „Nein zum Heim“-Kampagnen nahmen ihren Beginn vor ungefähr drei Jahren, jedoch mit mäßiger Resonanz. Erst mit dem starken Anstieg der Flüchtlingszahlen erhielten die Gruppen, die sich schnell in Deutschland verbreiteten, neue Impulse. Zunächst agierten die Gruppen insbesondere in den sozialen Netzwerken, später auf der Straße. Das gemeinsame Ziel und der gemeinsame Feind – „die Asylanten“ und die zuwanderungsfreundliche Politik – vereinen alle Schattierungen des rechten Randes, die sich sonst oft ablehnend gegenüberstehen – von national-konservativen „Wutbürgern“ über Pegida-Anhänger, Verschwörungstheoretiker und neu-rechte Ideologen bis hin zu militanten Neonazis.

Die NPD ihrerseits erklärte das „Ausländerthema“ prompt zu ihrem Schwerpunkt. Zunächst hatte der damalige Parteichef Holger Apfel auf die Eurokrise und die weitverbreiteten Ressentiments gegen die Europäische Union gesetzt, blieb damit aber erfolglos. Die Kurskorrektur zahlte sich am Ende nicht aus. Aggressive Plakate wie „Geld für die Oma statt für Sinti und Roma“ sorgten zwar für mediale Aufmerksamkeit, doch der erhoffte Wählerzuspruch blieb nicht nur aus, er nahm sogar ab. Bei den Landtagswahlen in Sachsen scheiterte die NPD erstmals seit 2004 an der Fünf-Prozent-Hürde.

Der Führungsriege der NPD war bewusst, dass sie in einer Sackgasse steckte. Für sie muss das Aufkommen der Pegida-Bewegung wie ein Silberstreif am Horizont gewesen sein. Während in den meisten Städten NPD-Vertreter selten über die Rolle von Zaungästen hinaus kamen, war die Partei in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur auf den sich damals noch in voller Fahrt befindenden Pegida-Zug aufgesprungen, sondern stand mit an der Spitze. Landeschef Stefan Köster reihte sich genauso in die „Spaziergänge“ ein wie der Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs. Gleichzeitig dirigierte ein Fraktionsmitarbeiter den Demonstrationzug, während weitere Kader zum Mikrofon

griffen. Diese Dominanz schreckte Pegida-Sympathisanten aus dem nicht extrem rechten Milieu ab. In Mecklenburg-Vorpommern teilte die Bewegung das Schicksal der meisten anderen „Giden“: Die Aktivitäten wurden eingestellt.

Jüngst gaben 62 Prozent der Befragten im ZDF-Politbarometer an, Flüchtlinge seien für sie das wichtigste Thema.⁵ Gleichzeitig steigt die Ablehnung in der Bevölkerung, weiterhin so viele Menschen aufzunehmen. 38 Prozent der Befragten in der Bundesrepublik machten sich an anderer Stelle für eine Reduzierung der Flüchtlingszahlen stark, in den ostdeutschen Bundesländern sogar 47 Prozent. Im Januar waren noch 21 Prozent dieser Meinung.⁶

Trotzdem konnte die extreme Rechte aus dieser Stimmung bislang kein Kapital schlagen. Die NPD scheiterte bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen deutlich an der wichtigen Ein-Prozent-Marke, die zur Teilnahme an der staatlichen Parteienteilfinanzierung berechtigt. Die Anzahl der Anhänger an Kundgebungen vermeintlicher Bürgerinitiativen gegen geplante oder bestehende Asylbewerberwohnheime bleibt überschaubar. Dafür agieren die Demonstrationsteilnehmer umso aggressiver. Einzig die AfD, die im letzten Jahr mit ihren wohlstandschauvinistisch-fremdenfeindlichen Wahlkämpfen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg Erfolge verbuchte, konnte aus der Situation Profit schlagen. Nach dem Abgang ihres Gründers Bernd Lucke und seiner marktliberalen Anhänger dürfte die AfD künftig noch mehr auf diese Karte setzen.

¹ Andreas Zick / Anna Klein (Hrsg.): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer, Bonn 2014.

² Gemeinsame Pressemitteilung der Unabhängigen Opferberatungsprojekte: 782 Fälle politisch rechts motivierter Gewalt in Ostdeutschland und Berlin: <http://www.lobbi-mv.de/achrichten/782-faelle-politisch-rechts-motivierter-gewalt-in-ostdeutschland-und-berlin/> [3. August 2015].

³ SPIEGEL ONLINE: Asylbewerber in Meißen: Besitzer spricht von „Anschlag mit Ansaage“: <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/brand-in-asylbewerberheim-in-meissen-brumm-spricht-von-anschlag-mit-ansage-a-1041099.html> [3. August 2015].

⁴ Vgl. Cornelius Pollmer: Auftritt der pöbelnden Schaummünder (Süddeutsche Zeitung): <http://www.sueddeutsche.de/politik/freital-ausdauernd-aufgeheizt-1.2554805> [3. August 2015].

⁵ ZDF-Politbarometer: Mehrheit sieht Flüchtlinge als wichtiges Problem: <http://www.heute.de/politbarometer-fuer-mehrheit-der-buerger-sind-fluechtlinge-das-wichtigste-thema-39414776.html> [3. August 2015].

⁶ ARD-DeutschlandTrend vom August 2015: <https://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/crbilderstrecke-215.html> [3. August 2015].

Flucht weltweit

Kurze Bestandsaufnahmen aus drei Weltregionen

Naher Osten und Nordafrika: Rund ein Drittel aller Asylbewerber in Deutschland kommt derzeit aus der Krisenregion des Fruchtbaren Halbmondes, Syrien und Irak. Vier von fünf anerkannten Flüchtlingen, die bislang nach Deutschland kamen und hier bleiben werden, stammen allein aus diesen beiden Ländern. Wenn es um das Herkunftsland der Flüchtlinge geht, nimmt Syrien laut der offiziellen Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge dabei den traurigen Spitzenplatz ein. Andere Schauplätze von Gewalt und Vertreibung in der Region sind der Jemen oder Libyen.

Allein aus Syrien kamen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres knapp

35.000 Asylbewerber nach Deutschland. Dies ist nur ein Bruchteil der humanitären Katastrophe, die sich dort insgesamt abspielt. Mehr als die Hälfte der rund 21 Millionen Syrer ist auf der Flucht: Neben den vier Millionen vom UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) registrierten syrischen Flüchtlingen außerhalb des Landes gibt es mindestens knapp acht Millionen Binnenflüchtlinge. Die Dunkelziffer dürfte noch höher sein, da längst nicht alle Flüchtlinge registriert sind.

Syriens Nachbarländer Libanon, Jordanien und Türkei sind die Aufnahmeländer mit den höchsten Flüchtlingszahlen. Besonders stark betroffen ist der Libanon, der bei einer Gesamtbevölkerung von circa 4,3 Millionen Libanesen offiziell

bislang etwa 1,2 Millionen Flüchtlinge aufgenommen hat. Das entspricht knapp 28 Prozent der libanesischen Gesamtbevölkerung. Man stelle sich vor, Deutschland hätte zwanzig bis 25 Millionen Flüchtlinge aufzunehmen – eine Zahl, die im Verhältnis selbst die Situation in Westdeutschland nach Ende des Zweiten Weltkriegs dramatisch übersteigt.

In Jordanien haben 630.000 Flüchtlinge Zuflucht gefunden. Das entspricht bei einer derzeitigen Gesamtbevölkerung von 6,7 Millionen Jordanern knapp 9,4 Prozent. In der Türkei ist die Zahl der syrischen Flüchtlinge mit 1,8 Millionen am höchsten, trifft aber auf eine wesentlich größere türkische Bevölkerung von 77,7 Millionen. Hier machen syrische Flüchtlinge 2,3 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Trotzdem ist diese Zahl absolut gesehen sehr hoch und übersteigt die Situation in Europa bei Weitem. Außerdem konzentrieren sich die syrischen Flüchtlinge auf die grenznahen südlichen Teile der Türkei und machen dort einen wesentlich höheren Bevölkerungsanteil aus.

Auch aus dem Irak und aus Libyen versuchen viele Menschen, in Nachbarländer zu flüchten. Hier erleben die Nachbarländer ebenfalls einen großen Ansturm: Die Autonome Region Kurdistan (ARK) im Nordirak dürfte sich in einer ähnlichen Situation befinden wie Jordanien oder gar der Libanon. Nachprüfbare Zahlen sind jedoch kaum verfügbar. Vor allem die Angehörigen der verschiedenen religiösen Minderheiten aus den vom „Islamischen Staat“ (IS) eroberten Gebieten des Irak sind ins sichere Erbil, die Hauptstadt der ARK, und in die nähere Umgebung geflohen. Hinzu kommt, dass sich die ARK im Kriegszustand mit dem IS befindet.

Schließlich muss auch Tunesien eine hohe Zahl von Flüchtlingen aus dem benachbarten Libyen verkraften. Auch hier gibt es kaum gesicherte Zahlen, da viele wohlhabende Libyer nicht als Flüchtlinge registriert sind. Besorgnis erregt in Tunesien die Durchlässigkeit der Grenze, denn die islamistischen Attentäter von Sousse (Juni 2015) ebenso wie diejenigen von Tunis wurden offenbar in Libyen ausgebildet.

Dieser kurze Überblick verdeutlicht das dramatische Ausmaß der Flüchtlingskrise in der arabischen Welt – kaum ein Land am südlichen Rand des Mittelmeeres, das nicht auf seine je eigene Weise betroffen ist. Auch die Folgen des Krieges im Jemen sind noch nicht absehbar. Dies hat auch Auswirkungen auf die innenpolitische Situation der Aufnahmeländer. Vor allem im Libanon trifft die gewaltige Zahl der Flüchtlinge auf eine sehr heterogene einheimische Bevölkerung. Zwischen Schiiten, Sunniten, den unterschiedlichen christlichen Konfessionen sowie weiteren religiösen Gruppen, wie beispielsweise den Drusen, existiert eine fragile Balance, die sich in einem ebenso starren wie komplizierten Proporzsystem bei der Regierung des Landes widerspiegelt.

Durch die vielen größtenteils sunnitisch-syrischen Flüchtlinge droht diese Balance aus dem Gleichgewicht zu geraten, insbesondere da die Spannungen zwischen den religiösen Gruppen, die sich fast alle auch in Syrien wiederfinden, durch den Konflikt dort ohnehin zunehmen. Viele befürchten ein Überschwappen des Krieges auf weitere Länder, was nicht zu Verbesserung der Situation der Flüchtlinge beiträgt.

Nicht nur den Libanon stellt die Flüchtlingskrise vor eine Herkulesaufgabe. Die Perspektiven bleiben düster: In Syrien

und in weiten Teilen des Irak ist die Infrastruktur weitgehend zerstört und jedes Vertrauen zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zerbrochen. Mit einer sofortigen Rückkehr der Flüchtlinge im Falle eines Waffenstillstandes ist somit keineswegs zu rechnen. Die Aufnahmeländer des Nahen Ostens und darüber hinaus müssen sich auf eine lang andauernde Flüchtlingskrise einstellen. Die betroffenen Zufluchtsländer bewegen sich selbst in wirtschaftlich schwierigem Fahrwasser und haben erheblichen Reformbedarf im Hinblick auf politische Teilhabe und ihre Wirtschafts- und Sozialordnung.

Um die Bedeutung der Situation in der arabischen Welt für die Flucht nach Europa vollständig zu erfassen, muss man auch die Menschen hinzuzählen, die aus Afrika südlich der Sahara über die Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens nach Europa kommen. Dies gelingt nun nach dem „Arabischen Frühling“ leichter, da aufgrund von Krieg oder Schwäche der Zentralgewalt die Durchlässigkeit der „Transitländer“ für Flüchtlingsströme größer geworden ist.

Im Gegensatz zu den meisten Flüchtlingen aus dem Nahen Osten, die gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben wurden und deren Leben dort in unmittelbarer Gefahr wäre, sind viele dieser Menschen

auf der Suche nach einem besseren Leben in Europa. So unterschiedlich beide Gruppen sind, wenn es um ihr Recht auf Aufnahme in Europa geht: Sie sitzen gemeinsam in den Flüchtlingsbooten auf dem Mittelmeer und setzen sich den gleichen Gefahren aus.

Im Hinblick auf beide Flüchtlingsgruppen hat die Instabilität der Länder, die von den Umbrüchen in der Arabischen Welt in den letzten Jahren betroffen waren, die Flucht verursacht, ermöglicht oder zumindest erleichtert. Diese Länder benötigen unsere Unterstützung: kurzfristig, um mit der akuten Flüchtlingskrise fertigzuwerden; mittel- und langfristig, um ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen so zu reformieren, dass sie auch einer gestiegenen Anzahl von Menschen Perspektiven bieten können. Dies kann nur gelingen, wenn alle Gruppen der Bevölkerung politisch und wirtschaftlich beteiligt werden. Versuche, die Probleme auf despotische und autoritäre Weise zu lösen, führen lediglich zu einer Verstetigung von Flucht und Gewalt.

*Thomas Birringer
Leiter des Teams Naher Osten und Nordafrika
Hauptabteilung Europäische und Internationale
Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Asien: Langanhaltende Konflikte und Krisen, die Eskalation von Gewalt, beispielsweise in Afghanistan und Pakistan, Naturkatastrophen wie auf den Philippinen sowie ethnische Auseinandersetzungen, etwa in Myanmar, haben die Anzahl der Flüchtlinge in Asien in den letzten Jahren signifikant ansteigen lassen. In Zahlen ausgedrückt, gab es 2014 einen Zuwachs an Binnenvertriebenen und Flüchtlingen um 31 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im Verantwortungsbereich des UN-Flüchtlingshilfswerkes (UNHCR) in der Region Asien-Pazifik lebten Ende 2014 rund 3,85 Millionen Menschen in einer flüchtlingsähnlichen Situation.

Weltweit steht Afghanistan (neben Syrien) an der Spitze der Herkunftsländer, aus denen Menschen geflohen sind. Die afghanischen Flüchtlinge halten sich zu neunzig Prozent im benachbarten Iran und in Pakistan auf. Dabei gibt es auf regionaler Ebene einen umfassenden strategischen Rahmen – die „Solutions Strategy for Afghan Refugees to Support Voluntary Repatriation, Sustainable Reintegration and Assistance to Host Countries“ (SSAR) –, um einerseits die freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge in das Herkunftsland und ihre Wiedereingliederung zu fördern sowie andererseits die Aufnahmeländer zu unterstützen. Der Abzug der ISAF-Truppen aus Afghanistan, die problematische sozio-ökonomische Situation sowie die unvorhersehbare und prekäre Sicherheitslage im Land bilden für die afghanische Regierung nach wie vor die größten Hindernisse bei der Repatriierung der Geflüchteten.

Fortdauernde Flüchtlingsbewegungen werden in und aus Myanmar registriert – trotz des seit 2011 eingeleiteten politischen Öffnungsprozesses des Landes. Hintergrund sind die Anfälligkeit für Naturkatastrophen (Zyklon Nargis 2008), vor allem jedoch die andauernden ethnischen Konflikte. Seit 2012 haben die gewaltsamen Zusammenstöße zwischen den Rohingya (einer nicht anerkannten muslimischen Minderheit, deren Zahl auf eine Million geschätzt wird) und der mehrheitlich buddhistischen Bevölkerung zu mehr als 240.000 Binnenvertriebenen geführt – aus dem westlichen Rakhine-Staat

und aus den Kachin- und nordöstlichen Shan-Regionen. Menschenrechtsorganisationen haben die Rohingya wiederholt als „die am meisten verfolgte Minderheit der Welt“ eingestuft.

Die Bilder der Flüchtlingsboote mit aus Myanmar stammenden Rohingya und Migranten aus Bangladesch, die im Mai dieses Jahres vor den Küsten Thailands, Malaysias und Indonesiens trieben, sowie der Fund von Massengräbern mit den Leichen von Hunderten Rohingya-Flüchtlingen in Malaysia erregten internationale Empörung und markierten die vorläufigen Höhepunkte der Flüchtlingskrise in Südostasien. Auf diese reagierten die Regierungen in der Region, indem sie den Flüchtlingen zunächst die Aufnahme verweigerten. Laut UNHCR wird die Zahl der Flüchtlinge aus dem Golf von Bengalen im ersten Quartal 2015 auf 25.000 beziffert – eine Verdopplung der Zahlen aus den beiden Vorjahren.

Auf dem kurzfristig einberufenen Flüchtlingsgipfel in Bangkok auf Einladung der thailändischen Regierung am 29. Mai („Special Meeting on Irregular Migration in the Indian Ocean“) kamen Vertreter aus sieben Ländern der Region sowie Repräsentanten der UNHCR, der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und des UN Office on Drugs and Crime zusammen, um die Flüchtlingskrise in Südostasien zu diskutieren und ein Regelwerk zur Lösung zu implementieren. Auf dem Gipfel hat die IOM die aktuelle Flüchtlingskrise in Südostasien als einen Teil der weltweit größten irregulären Migrationswelle der Menschheitsgeschichte eingestuft: „A significant share of the migratory flows in the Asia-Pacific Region is irregular. The region hosts the largest undocumented flows of migrants in the world, mainly between neighbouring countries“ (International Organisation for Migration: Regional Strategy for Asia and the Pacific 2012–2015, Seite 5). Der Gipfel begann mit einem verbalen Schlagabtausch zwischen dem Repräsentanten Myanmars und dem beigeordneten UN-Flüchtlingshochkommissar Volker Türk, der die myanmarische Regierung aufforderte, Verantwortung für alle seine Einwohner zu übernehmen; dennoch gelang es, ein Zehn-Punkte-Papier zu verabschieden. In diesem sprechen sich die beteiligten Staaten unter anderem dafür aus, die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge zu verbessern.

Indonesien und Malaysia hatten kurz vor dem Gipfel ihre Politik geändert und den mehreren Tausend teils monatelang auf See treibenden Flüchtlingen vorübergehend Schutz angeboten – unter der Bedingung, dass

die internationale Gemeinschaft binnen eines Jahres den Rückführungsprozess organisiere. Der Politikschwenk der beiden ASEAN-Staaten ist sowohl auf internationalen als auch auf innenpolitischen Druck zurückzuführen. Malaysia steht mit seinem aktuellen ASEAN-Vorsitz international in der Pflicht, die Spannungen zwischen den Mitgliedern zu entschärfen. In Indonesien hat der Appell von Vertretern der islamischen Parteien zu einer veränderten Haltung beigetragen.

Die jüngsten Ereignisse offenbaren gravierende Defizite in der Flüchtlingspolitik. In erster Linie fehlt es in den meisten Ländern Südostasiens an rechtlichen Rahmenbedingungen. Weder Malaysia noch Thailand oder Indonesien gehören zu den Unterzeichnerstaaten der Genfer Flüchtlingskonvention. Mit Ausnahme der Philippinen und Kambodschas hat kein ASEAN-Staat die UN-Flüchtlingskonvention unterzeichnet. Damit gibt es keine Möglichkeit zur formalen Anerkennung der Flüchtlinge auf der Basis der Konvention. Auch wenn Artikel 16 der ASEAN-Menschenrechtsdeklaration konstatiert: „Every person has the right to seek and receive asylum in another State in accordance with the laws of such State and applicable international agreements“ – eine gemeinsame Asyl- oder Flüchtlingspolitik der ASEAN-Staaten ist nicht erkennbar.

Die Flüchtlingsproblematik in Südostasien ist ein komplexes Phänomen wirtschaftlicher, politischer, moralisch-ethischer Faktoren, gekoppelt mit humanitären Problemen, und geht normalerweise einher mit wenig medialer Beachtung und öffentlicher Aufmerksamkeit. Während die Flüchtlingsproblematik in Europa kontrovers diskutiert wird, flammt das Thema in Südostasien nur dann auf, wenn dramatische Szenen medial um die Welt gehen und der internationale oder innenpolitische Druck zu groß wird. Auf den ersten Blick scheint es, als ließe sich die Situation in Südostasien einfacher bewältigen als in Europa, da die von den Flüchtlingen angestrebten Zielländer in der Region selbst liegen und die meisten der betroffenen Länder zum ASEAN-Verbund gehören. Aufgrund der begrenzten offiziellen Bekenntnisse zu Menschenrechten und zu Rechten von Flüchtlingen im Besonderen – gepaart mit der traditionellen ASEAN-Politik der Nichteinmischung – ist die Situation indes komplexer.

Die südostasiatischen Regierungen sind bislang zu keiner gemeinsamen Politik gegenüber der bereits seit Jahrzehnten andauernden Flüchtlingsproblematik gelangt. Dieser „state of denial“ führt zu einer Paralyse

nationaler und regionaler Politikinstrumente – das Ergebnis sind Ad-hoc-Entscheidungen beziehungsweise vorübergehende Lösungen.

Regionalorganisationen wie die ASEAN stehen vor großen Herausforderungen. Aktuell sind Flüchtlinge unter dem politischen Euphemismus „irreguläre Migration“ kategorisiert – darunter fallen politische wie auch Wirtschaftsflüchtlinge. Der erneute Anstieg der südostasiatischen Flüchtlingsströme trägt zu Verschärfung der Flüchtlingskrise bei – mit der Gefahr, die ethnisch-religiöse Balance innerhalb oder zwischen den Ländern aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Das jüngste außerordentliche „Emergency“-ASEAN-Ministertreffen zum Thema „Transnational Crime concerning irregular Movement of Persons in Southeast Asia“ ist ein Beispiel dafür, dass die Länder der Region inzwischen bemüht sind, eine konzertierte regionale Strategie zur Bewältigung der Lage herbeizuführen. Der Aufbau einer Taskforce wie auch die Gründung eines Treuhandfonds für humanitäre Hilfe werden angestrebt. Darüber hinaus haben die Regierungsvertreter der ASEAN-Staaten beschlossen, durch regelmäßigen Informationsaustausch – auch der Nachrichtendienste – sowie durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den ASEAN-Dialogpartnern und internationalen Organisationen die intraregionale Transparenz zu erhöhen. Die Tatsache, dass „irregular movement of persons“ mit Menschenhandel in Verbindung gebracht wird, kann zudem ein wirksamer Beitrag zur Rechtsdurchsetzung und damit Strafverfolgung von Schleusern sein.

Wenn dies in der Implementierung gelingt, dann war die jüngste „Boatpeople“-Krise in Südostasien eine Chance für einen politischen Neuanfang, für eine transparentere Politik zwischen den ASEAN-Staaten, eine mögliche Rückbesinnung auf eine Mandatsausweitung vorhandener Instrumente der ASEAN – beispielsweise der ASEAN Intergovernmental Commission on Human Rights (AIHCR) – sowie für die Ausübung einer stärker koordinierten Rolle der ASEAN insgesamt. Die Übernahme kollektiver politischer Verantwortung in der Flüchtlingsfrage und auch die Sensibilisierung mit Blick auf die Fluchtursachen könnten somit zur Stärkung des ASEAN-Bündnisses beitragen.

Beatrice Gorawantschy

Leiterin Team Asien und Pazifik

*Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Subsahara-Afrika: 2014 überquerten mehr als 220.000 Menschen aus Subsahara-Afrika das Mittelmeer, meist über die zentrale Route von Libyen Richtung Italien und Malta. In der Mehrzahl stammen sie aus Eritrea, Nigeria, Mali, Gambia und Somalia. Ihr Anteil an den Menschen, von denen man weiß, dass sie ihr Leben auf der Flucht über das Mittelmeer verloren haben, beträgt 86 Prozent (von Januar bis April 2015). Für die Flüchtenden aus diesen Ländern ist die Abwesenheit jeglicher staatlicher Strukturen in Libyen Fluch und Segen zugleich. Zwar ist es seit dem Sturz des Gaddafi-Regimes relativ leicht, von der libyschen Küste aus nach Europa überzusetzen (83 Prozent der Boote, die Italien erreichten, hatten Libyen als Ausgangspunkt), doch erzeugt das politische Chaos in Libyen neuen Migrationsdruck. Denn für die Flüchtlinge, die Tripoli oder Benghazi erreichen, gibt es kein Zurück mehr. Zu unübersichtlich und gefährlich ist die Situation im Landesinneren.

Die erschreckenden Bilder aus der Mittelmeer-Region täuschen darüber hinweg, dass Afrika als Ganzes ein Kontinent der Flucht und der Migration ist. Seit Jahrzehnten lastet dieser Druck auf den afrikanischen Staaten – auf Nachbarländern, mit Blick auf die große Zahl von intern Vertriebenen auch auf lokalen Gemeinschaften.

Zuletzt hat die Krise im Norden Malis die Flüchtlingsproblematik weiter angeheizt. Nach der Gewaltwelle im Mai 2015 stieg die Zahl der intern Vertriebenen (IDPs) auf geschätzt 100.000 Menschen an. In Niger haben seit 2013 mehr als 100.000 Nigerianer Schutz vor Boko Haram gesucht. Schätzungsweise 43.000 befinden sich in Flüchtlingscamps in Kamerun und circa 2.700 im Tschad. Hinzu kommen mehr als 650.000 intern Vertriebene. Für Kamerun und Niger stellen diese hohen Flüchtlingszahlen nicht nur eine ökonomische Bürde dar. Sie bedeuten auch ein Sicherheitsrisiko, da eine Infiltration von Boko Haram über die Flüchtlingscamps befürchtet wird.

In Zentralafrika spielen sich seit Jahrzehnten Flüchtlingsdramen ab. So hat der Konflikt im Osten der Demokratischen Republik Kongo mehr als 2,75 Millionen Menschen zu Binnenflüchtlingen gemacht. Die 670.000 Flüchtlinge, die im Zuge des Genozids in Ruanda und Burundi 1994 in den Osten des Landes kamen, wurden zu einem politischen Faktor. Die von der früheren Mobutu-Regierung in Kinshasa zunächst tolerierten Aktivitäten

der *Forces Démocratiques de Libération du Rwanda* (FDLR) – Anhänger des Hutu-Regimes in Ruanda – im Ostkongo führten letztlich zu einer Unterstützung der von Laurent-Désiré Kabila angeführten Revolution durch Ruanda und zu einem Sturz Mobutus.

In Ostafrika sind es vor allem die Länder Kenia, Äthiopien und Djibouti, die Flüchtlinge aus dem Südsudan, aus Darfur, Somalia und Eritrea in Camps beherbergen. Während die Fluchtursachen im Südsudan, in Darfur und Somalia aus der desaströsen Sicherheitslage resultieren, sind es in Eritrea vor allem die gravierenden Menschenrechtsverletzungen des Regimes. Zwangsarbeit, willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen sowie Folter und außergerichtliche Hinrichtungen sind Bestandteile der Herrschaftspraxis: „It is not law that rules Eritreans, but fear“ (UN Human Rights Council). Obgleich allein im ersten Halbjahr 2015 11.025 Eritreer in der Europäischen Union Asyl beantragt haben, flüchten Eritreer in erster Linie in die Nachbarländer Sudan und Äthiopien.

Die instabile Sicherheitslage in Somalia erlaubt nicht, dass das bereits 2013 geschlossene Repatriierungsabkommen zwischen Somalia, Kenia und dem UNHCR umgesetzt wird. Nach wie vor lebt mehr als eine Million Somalier in kenianischen Flüchtlingscamps. Vor dem Hintergrund der von muslimischen Al-Shabab-Extremisten verübten Terroranschläge hat die kenianische Regierung ihre großzügige humanitäre Unterstützung somalischer Flüchtlinge radikal reduziert. Seit Langem wird vermutet, dass Flüchtlingscamps von den Milizen kontrolliert würden. Der mörderische Angriff auf die Universität in Garissa, bei der rund 150 Menschen ihr Leben verloren, gab den Anlass, die Schließung des mit 330.000 Somalis belegten Flüchtlingslagers Dadaab anzukündigen.

Das Beispiel Kenia zeigt, wie die bislang unvergleichliche Offenheit afrikanischer Regierungen, Flüchtlinge aus Nachbarländern aufzunehmen, weicht. Immer häufiger gibt es Berichte über die Zurückweisung von Flüchtlingen (*refoulement*), humanitären Organisationen wird der Zugang zu Flüchtlingscamps erschwert. Im Falle Südafrikas, das Zielland für Flüchtlinge und Migranten des ganzen Kontinents ist, gab es wiederholt Ausschreitungen gegen Flüchtlinge.

Insbesondere in den afrikanischen Ländern, in denen es notwendig wäre, sich den Fluchtursachen zuzuwenden, scheint

kein wirkliches Problembewusstsein zu existieren. Nicht selten stellen afrikanische Medien das Flüchtlingsthema als ein europäisches Problem dar. Nur vereinzelt gibt es Stimmen, die eine afrikanische Mitverantwortung sehen. So fragte der ugandische *The Observer* im April 2015: „Where and when is Africa’s own summit on this crisis? Where is the African Union’s master plan on migration? Where’s the collective commitment of African leaders to end the suffering of their peoples?“ Auf dem letzten Gipfel der Afrikanischen Union (14. bis 15. Juni 2015) wurde zwar eine Deklaration zum Thema Migration verabschiedet und dem Menschen-smuggel der Kampf angesagt. Vom Thema der Fluchtursachen ist darin aber nicht die Rede.

Die Komplexität des Problems „Flucht und Migration in Subsahara Afrika“ erfordert daher einen umfassenden, sowohl sicherheits- und entwicklungspolitischen als auch humanitären Ansatz. Dies bedeutet: Konfliktursachen bekämpfen und fragile Staaten stärken. Wie im Falle Eritrea, das systematisch seine Bevölkerung unterjocht, müssen die Menschenrechte wirkungsvoll eingefordert werden – auch mit Sanktionen gegen das Regime. Um irreguläre Migrationsströme mittelfristig einzudämmen, gilt es, Perspektiven für die afrikanische Jugend zu schaffen. Bildung bleibt ein Schlüsselement. Dies beinhaltet sowohl die Schaffung von elementaren Bildungschancen als auch die Möglichkeit zum Erwerb beruflicher Fachqualifikationen wie auch des tertiären Bildungswegs vor Ort. Insbesondere die universitäre Bildung im Ausland ist häufig der erste Schritt zur legalen Migration und trägt zum Braindrain auf dem afrikanischen Kontinent bei.

Entscheidend für Fortschritte bei der Bewältigung des komplexen Phänomens Flucht und Migration ist jedoch der politische Wille aufseiten der afrikanischen Entscheidungsträger, sich dieser Problematik zu stellen. Auf europäischer Seite sollte man sich kritisch fragen, ob die Initiativen, die zur Sicherung von Frieden und Stabilität lanciert wurden, einen effizienten Beitrag leisten. Häufig werden Mandate mit viel Rücksicht auf die eigene Bevölkerung definiert und sowohl materielle als auch personelle Ressourcen zurückhaltend eingesetzt.

Eine ausführliche Fassung des Beitrages zur Region Subsahara-Afrika ist ab dem 23. Oktober 2015 online unter www.politische-meinung.de abrufbar.

Andrea E. Ostheimer
Leiterin Team Afrika

Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
der Konrad-Adenauer-Stiftung

Kein Mensch flieht freiwillig

Deutschlands Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen

GERD MÜLLER

Geboren 1955 in Krumbach
(Schwaben), seit 2013 Bundes-
minister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung.

Es ist ein Erlebnis, das sich tief in mein Gedächtnis eingebrannt hat. Bei einem Besuch in einer Zeltstadt in der libanesischen Bekaa-Ebene bittet mich eine Mutter von neun Kindern in ihre Behausung. Sie lebt unter einer Plastikplane, ein paar Habseligkeiten sollen das Gefühl von Zuhause geben. Doch das Wort mag und kann hier keiner in den Mund nehmen. Die Familie hat ihr Zuhause im syrischen Homs verloren. Ausgebombt, in allergrößter Not in den Libanon geflohen. Tagsüber sammeln die Kinder Plastikflaschen, denn sie müssen für den Platz, auf dem ihr Zelt steht, monatlich 100 Dollar zahlen. „Wenn nur eines meiner älteren Kinder die Flucht nach Europa schafft, geht es uns allen vielleicht besser“, erzählt die Frau.

Es ist eine der Geschichten, die sich derzeit täglich tausendfach wiederholen. Fast zwölf Millionen Syrer sind vor dem Krieg in ihrem Land auf der Flucht. Mehr als vier Millionen haben Schutz in den Nachbarländern Jordanien, Libanon, in der Türkei und im Irak gesucht. Mit insgesamt über einer Milliarde Euro hat die deutsche Bundesregierung die Region seit Ausbruch der Krise unterstützt. Allein das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat im Umfeld der Syrien-Krise 180 Projekte umgesetzt und wird sein Engagement im kommenden Jahr noch einmal nahezu verdoppeln.

Seit meinem Besuch in den kurdischen Gebieten im Nordirak vor einem knappen Jahr ist auch dort viel geschehen. Mit deutscher Unterstützung sind die Flüchtlinge, die bereits den zweiten Winter überleben müssen, immerhin besser gerüstet als im vergangenen Jahr. In der Provinz Dohuk entstehen für 6.000 Menschen winterfeste Unterkünfte, neun Schulen wurden eröffnet, sieben Gesundheits- und sechs Sozialzentren, in denen psychologische Hilfe und auch berufliche Bildung angeboten werden. Aktuell werden drei weitere Schulen und ein Krankenhaus gebaut. Insgesamt erreichen wir damit 50.000 Kinder und Jugendliche in den Flüchtlingscamps und auch viele Kinder in den aufnehmenden Gemeinden.

Von Jordanien über den Libanon bis in die Türkei ist die Welle der Hilfsbereitschaft berührend. Manche Gemeinde hat inzwischen genauso viele Flüchtlinge aufgenommen, wie das Dorf bislang Einwohner zählte. So mancher Bauer hat seinen Ziegenstall ausgeräumt und einer Flüchtlingsfamilie dort Herberge gegeben – das sind Eindrücke für mich, die ich nicht mehr vergesse. Ich gewann sie, als ich in einer jordanischen Gemeinde Wasserleitungen und Abwassersysteme anschaute, die mit deutscher Unterstützung verlegt worden waren. Beeindruckend ist auch zu sehen, wie mit deutschen Mitteln im Libanon 100.000 Flüchtlingskinder in die Schule gehen können oder was türkische Gemeinden an der syrischen Grenze jetzt auch mit deutscher Hilfe leisten, um das Zusammenleben in ihren Dörfern zu organisieren.

DIE URSACHEN SIND HUMANITÄRE KATASTROPHEN

Warum erzähle ich von diesen Begegnungen und dem, was Deutschland mit seinen hervorragenden Partnern und den Nichtregierungsorganisationen vor Ort Tag für Tag eindrucksvoll umsetzt – mit engagierten Menschen, Experten, vielen Ehrenamtlichen?

Diese Arbeit beschreibt den Weg, den wir in Europa mit unseren Partnern in den kommenden Monaten und Jahren beschreiten müssen. Die humanitäre Katastrophe in Syrien, die schwierige Situation in Afghanistan,

die Perspektivlosigkeit für viele junge Menschen in Somalia, im Sudan, im Südsudan, in Eritrea oder im Norden Nigerias – das sind die Ursachen für die Massenflucht.

Wir brauchen deshalb eine gemeinsame Kraftanstrengung in Europa. „Mein“ Europa, das ich mir vorstelle, setzt zunächst ein starkes Zeichen mit einem zehn Milliarden Euro umfassenden Notprogramm für die Nachbarstaaten Syriens, die die Hauptlast der syrischen Kriegsflüchtlinge tragen. Unterstützung brauchen auch Griechenland, Italien, Malta und alle, an deren Küsten im Sommer täglich Tausende an Land gegangen sind. Auch entlang der Fluchtrouten über den Balkan ist unsere Humanität gefragt.

Damit ist den Menschen, die noch unschlüssig sind, ob sie eine Flucht nach Europa über das Mittelmeer riskieren sollen, aber noch längst nicht geholfen. Wir brauchen dringend eine diplomatische Offensive der Vereinten Nationen, um das Leiden in Syrien zu beenden. Die Iran-Gespräche haben gezeigt, dass politischer Wille Krisen bewältigen kann. Nach diesem Vorbild muss auch eine Lösung im Syrienkonflikt gefunden werden. Auch die Entwicklungen in Afghanistan zeigen: Entwicklung braucht Sicherheit. Nicht alles in Afghanistan ist schlecht, und das gilt es zu schützen. Vieles hat sich seit dem Sturz der Taliban verbessert. Neun Millionen Kinder können heute zur Schule gehen, vierzig Prozent davon Mädchen. Das Pro-Kopf-Einkommen hat sich versechsfacht. Das Rad der Geschichte darf nicht zurückgedreht werden. Deshalb müssen die internationalen Truppen länger bleiben. Sonst riskieren wir einen Massen-Exodus aus Afghanistan. Kein Mensch macht sich freiwillig auf die Flucht, verlässt Heimat, Freunde und Familie. Es ist der Wunsch nach Frieden und einem besseren Leben. Und genau darin liegt unsere europäische Herausforderung. Wann, wenn nicht jetzt, kann Europa seine Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen? Wir brauchen einen Masterplan zur Bekämpfung der Fluchtursachen. An erster Stelle stehen hier die Bildung und Ausbildung der jungen Menschen. Es darf nicht sein, dass wir an den Syrien-Krieg eine Generation verloren geben. Kinder und Jugendliche brauchen Bildung, Ausbildung und Fähigkeiten, nach einem Ende des Krieges in Syrien ihr Land wieder aufzubauen.

Auch in Afrika liegt der Schlüssel zur Bekämpfung der Fluchtursachen in der Bildung und Ausbildung der jungen Menschen. Die Jugend ist Afrikas Zukunft. Zusammen mit meinen Kolleginnen in Frankreich und den Niederlanden habe ich Außenkommissarin Federica Mogherini ein Jugendprogramm für Afrika vorgeschlagen, in dem wir all unsere Erfahrungen und Projekte für die Ausbildung von afrikanischen Jugendlichen bündeln. In Ghana ist Deutschland sehr erfolgreich mit einem Ausbildungszentrum für Schweizer und für Gesundheitsberufe. Sechzehn Millionen Euro investieren wir hier, bestens angelegtes Geld für die Zukunft junger Menschen, die sich in Ghana eine Existenz aufbauen wollen.

REGIERUNGEN DER KRISENREGIONEN IN DIE PFLICHT NEHMEN

Was wir im Entwicklungsministerium in einer Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren“ gebündelt haben, kann auch für die Europäische Kommission eine Blaupause sein. Für eine Welt ohne Hunger bringen wir außerdem zwölf „grüne Zentren“ in Afrika auf den Weg, im Klimabereich fördern wir erneuerbare Energien und setzen auf grünes Wachstum auch in Afrika. Nach Ebola haben wir unsere Zusammenarbeit im Gesundheitssektor nochmals verstärkt, dank der auch von Deutschland kraftvoll unterstützten Impfallianz GAVI konnte Polio nahezu ganz und konnten viele andere tödliche Kinderkrankheiten vollständig zurückgedrängt werden. Starke Partner haben wir auch, wenn es um die Zukunft der Digitalisierung in Afrika geht, ein Zukunftsmarkt, der nicht zuletzt viele Arbeitsplätze für junge Menschen bringt.

Jetzt geht es beim gemeinsamen Gipfel der Europäischen Union mit der Afrikanischen Union im November auf Malta darum, auch die afrikanischen Regierungschefs in die Pflicht zu nehmen. Auch sie müssen den Beweis erbringen, dass sie den Exodus nicht hinnehmen. Viele der 54 afrikanischen Staaten sind wirtschaftlich auf einem guten Weg. Afrika ist ein reicher Kontinent und besitzt Bodenschätze. Hier bleiben zu viele Regierungen den Beweis schuldig, dass deren Ausbeutung nicht nur einigen wenigen zugutekommt. Gute Regierungsführung und staatliche Ordnung sind nachweisbar die Grundlagen auch für wirtschaftlichen Erfolg. Hier beraten wir viele Regierungen in Afrika und unterstützen beim Aufbau von Verwaltung und Steuersystemen, denn auch das ist ein wichtiger Schlüssel für Entwicklungsfinanzierung.

Überprüfen wir also unsere Entwicklungsprojekte auf Zielgenauigkeit und Wirksamkeit, steuern wir um, wo es nötig ist, und begeistern wir alle Politikfelder für ein Mehr an Entwicklungspolitik. Denn Entwicklungspolitik ist der beste Weg zur Bekämpfung von Fluchtursachen.

AUF KOSTEN ANDERER

Die Bundesregierung beschreitet diesen Weg mit dem größten Entwicklungsetat aller Zeiten. Doch wir alle wissen, dass Geld allein nicht alles ist. Es kommt darauf an, wie wir es einsetzen, und vor allem kommt es darauf an, dass wir unseren Lebensstil grundsätzlich überdenken.

Denn Fluchtursachen sind neben Krieg und Krisen auch die ungleichen Lebensverhältnisse. Es ist ein Skandal, dass es auf unserem Planeten immer noch extreme Armut und Hunger gibt. Zwanzig Prozent der Menschheit verbrauchen achtzig Prozent der Ressourcen auf unserem Planeten. Auch

der Klimawandel gehört inzwischen zu den Hauptfluchtursachen. Klimaexperten warnen vor 200 Millionen Klimaflüchtlingen, wenn es uns nicht gelingt, die Erderwärmung zu stoppen. Angesichts von derzeit sechzig Millionen Flüchtlingen weltweit wagt kaum jemand, dieses Szenario offen auszusprechen.

Was ist also zu tun? Die Weltgemeinschaft hat sich im September in New York neue Nachhaltigkeitsziele gesetzt. Was vielen zu komplex und kompliziert erscheinen mag, ist im Kern die Antwort für ein friedliches Miteinander unserer Völkergemeinschaft ohne Krieg, Hunger, Flucht und Elend. Nie waren wir auf unserem Planeten so eng miteinander verbunden und voneinander abhängig wie heute. Mussten Kinder den Kaffee pflücken, den ich heute früh zum Frühstück getrunken habe? Wie ist mein Handy hergestellt, wie wurden die dafür nötigen Mineralien in der Mine im Kongo abgebaut? Ist mir bewusst, dass ich auch mit meiner Kleidung Verantwortung trage für die Näherin und ihre Familie in Bangladesch? Wie kommen wir zu einem fairen Handel, in dem unser Wohlstand nicht auf dem Rücken der Entwicklungsländer ausgetragen wird?

Das ist eine der größten Herausforderungen für internationale Politik im 21. Jahrhundert. Wir zeigen auch hier mit dem ersten Textilbündnis seiner Art Lösungswege auf. Dieses gilt es jetzt mit unseren Partnern gemeinsam vor Ort umzusetzen. Denn richtig ist auch: Wir müssen alle an einem Strang ziehen. Es gibt nämlich nicht mehr eine erste, zweite oder dritte Welt, es gibt nur noch eine Welt, und für die tragen wir alle gemeinsam Verantwortung.

Mit eigenen Augen

Die Situation der Flüchtlinge auf Lesbos

SERAP GÜLER

Geboren 1980 in Marl, integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen und Mitglied im Bundesvorstand der CDU Deutschlands.

Auf Einladung der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Evangelischen Kirche im Rheinland habe ich mich Anfang Juni mit Politikerinnen und Politikern aller Fraktionen des Landtags Nordrhein-Westfalen auf den Weg zu den Flüchtlingen gemacht, um Informationen aus erster Hand zu bekommen und mir ein unmittelbares, eigenes Bild zu verschaffen.

Unser Ziel war es, die Erfahrungen vor Ort in die Beurteilung künftiger Entscheidungen zur Flüchtlingspolitik einfließen zu lassen. Während einige von uns nach Süditalien reisten, gehörte ich der Gruppe an, die sich in Athen mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und auf der griechischen Insel Lesbos mit Flüchtlingen, Hilfsorganisationen, der Polizei und der Küstenwache getroffen hat.

Schon meine ersten Eindrücke auf Lesbos waren erschütternd. Den dortigen Strand teilen sich Touristen und Flüchtlinge: Während die einen am Tag ihren Urlaub genießen, kommen die Flüchtlinge ausgezehrt nach oft wochenlanger

Reise meist in der Nacht an. Manchmal gibt es auch ein Zusammentreffen von Touristen und Flüchtlingen, das für Erstaunen auf beiden Seiten sorgt.

2014 erreichten über 43.000 Flüchtlinge Griechenland auf dem Seeweg, was einer Steigerungsrate von 280 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Bis Mai dieses Jahres haben bereits über 48.000 Menschen Griechenland erreicht, in Italien waren es im gleichen Zeitraum 52.000 Personen. Die Route über Griechenland entwickelt sich derzeit zum Hauptfluchtweg nach Europa. Die meisten Flüchtlinge stammen aus Syrien und dem Irak, Afghanistan, Somalia und Eritrea.

DIE TORTUR GEHT WEITER

Lesbos hat etwa 86.000 Einwohner und liegt in der nördlichen Ägäis. Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres sind über 20.000 Bootsflüchtlinge angekommen. Wenn sie es bis zur Insel geschafft haben, brechen sie zunächst in Jubel aus oder tanzen mit letzter Kraft auf den steinigen Felsen der Küste. Viele weinen auch, weil sie glauben, nun endlich in Sicherheit zu sein. Doch ihre Tortur geht weiter: Je nachdem, wo sie an Land gegangen sind, wartet ein über sechzig Kilometer langer Fußmarsch zum Erstaufnahmelager auf sie. Bei größter Hitze und ohne Versorgung mit Wasser und Nahrung ist dies selbst für gesunde Menschen kaum zu bewältigen, geschweige denn für ausgemergelte Körper, allein reisende Kinder, Kranke und Ältere.

Wer sich zu diesem Zeitpunkt der Flüchtlinge annimmt und sie beispielsweise mit dem eigenen Auto zu einer An-

laufstelle bringt, um ihnen den zwei- bis dreitägigen Fußmarsch zu ersparen, macht sich nach geltendem Recht strafbar. Trotzdem ist die Solidarität der griechischen Zivilgesellschaft sehr groß, und auch Touristen wollen helfen.

Viele Flüchtlinge brechen auf dem Weg ins Erstaufnahmelager zusammen. Für die, die es dorthin schaffen, zeichnet sich ein Schreckensbild ab: Eigentlich sollten die Flüchtlinge hier nur wenige Tage bleiben, mit dem Nötigsten versorgt, untersucht und behördlich registriert werden. Doch die Realität zeigt, dass sich dieser Zwischenstopp über viele Monate hinziehen kann. Das Lager ist mit bis zu viermal so vielen Flüchtlingen belegt, wie es eigentlich aufnehmen kann.

Auf Lesbos fehlt es den Flüchtlingen daher an allem: Sie haben weder eine Unterkunft noch ein Zelt, das ihnen Schutz vor Hitze oder Regen gibt. Sie müssen ohne sanitäre Einrichtungen und medizinische Versorgung auskommen. Es gibt weder ausreichend frisches Trinkwasser noch genügend Polizisten und Beamte, die sich um die Registrierung und die geordnete Weiterversorgung der Flüchtlinge kümmern. Die desolate Situation der vielen traumatisierten Menschen in den Lagern wirkt sich auf die ohnehin schon angespannte Atmosphäre aus.

„WIR WOLLEN JA HELFEN ...“

Sowohl die Kommunen als auch die nationalen und internationalen Hilfsorganisationen geben zwar ihr Bestes, doch sie sind durch die gewaltige Zahl der Flüchtlinge schlichtweg überlastet. Der Polizeidirektor von Moria und der Chef der



Syrische Flüchtlinge am 23. September 2015 auf Lesbos. © ullsteinbild – Reuters / Yannis Behrakis

Küstenwache vermitteln mir glaubhaft, dass sie das Leid der Flüchtlinge nicht unberührt lässt: „Wir wollen ja helfen und tun dies auch bis zur Erschöpfung, aber wir haben von Behördenseite einfach zu wenig Leute“, sagen beide unabhängig voneinander.

Ein trauriges Bild zeigt sich auch am Hafen von Lesbos: Hunderte Menschen schlafen hier unter freiem Himmel und wissen nicht, was am nächsten Morgen mit ihnen passieren wird. Und so stehen sie dann in langen Schlangen, freiwillig und ungeduldig darauf wartend, dass sie in das Erstaufnahmelager gebracht werden, das eigentlich mehr einem Gefängnis gleicht. Dort haben sie zumindest theoretisch die Chance darauf, registriert zu werden und ein Formular zu erhalten, das ihnen für sechs Monate den Aufenthalt in der EU sichert.

Hier an der Außengrenze der EU, wo viele Touristen auch aus Deutschland die „schönste Zeit des Jahres“ verbringen, kann ich mich des erschütternden Eindrucks nicht erwehren, dass die Würde des Menschen praktisch begrenzt ist: Ein Paradies aus „All-you-can-eat-Buffets“ und einer großzügigen Rundumversorgung für die Gäste am Strand befindet sich nur wenige Kilometer Luftlinie entfernt von ausgelaugten, fast ohnmächtigen Körpern, die mit nichts als der Hoffnung auf ein besseres Leben kommend in Europa gestrandet sind – in einem versagenden Europa!

Noch härter formulierte es der Erzbischof von Athen, Hieronymos II., der gleichzeitig das Oberhaupt der autokephalen orthodoxen Kirche von Griechenland ist und sich Zeit für ein Treffen mit unserer Delegation nimmt: „Die Menschen haben

Gott vergessen.“ Und sein Credo lautet fast flehentlich: „Die EU muss gemeinsam die Konsequenzen dieser Situation tragen.“ Das Treffen mit Hieronymos II. ist eine von vielen bewegenden Begegnungen an diesem Tag.

Wir selbst, Politikerinnen und Politiker aus Nordrhein-Westfalen, leben in Deutschland im Wohlstand, und es mag uns schon in Unruhe versetzen, wenn sich nur der Akku unseres Telefons dem Ende zuneigt. Viele Menschen in Westeuropa empfinden bereits die kleinste Abweichung in ihrem Alltag als eine mögliche Bedrohung: Die Ungewissheit und das Nicht-Geregelte sind Faktoren, die wir in Deutschland gerne ausmerzen wollen. Vielleicht ist gerade das der Grund dafür, dass das Leid der Flüchtlinge jenseits unserer eigenen Vorstellungskraft liegt und wir es – aus scheinbar sicherer Entfernung – auszublenden versuchen, weil es uns emotional überfordert.

Deutlich wird auf dieser Reise, dass die Regelung für Flüchtlinge, nur in dem EU-Land Asyl beantragen zu können, in dem sie angekommen sind, die südlichen Aufnahmeländer massiv überfordert. Dabei ist das Ziel der Bootsflüchtlinge nicht Griechenland oder Italien, sondern vor allem Deutschland.

APPELL FÜR EINE EUROPÄISCHE SOLIDARITÄT

Die südeuropäischen Länder müssen umgehend mehr Geld und Personal erhalten, damit die Flüchtlinge würdig versorgt werden können. Menschen mit Krankheiten müssen behandelt werden, allein schon, um die Ansteckungsgefahr zu minimieren.

Alle verfügbaren EU-Nothilfefonds und Katastrophenschutzmaßnahmen sollten schnellstens aktiviert werden, um die humanitären Krisen in Griechenland und Italien abzuwenden. Die Kosten der Flüchtlingsversorgung sind dabei solidarisch auf alle EU-Länder zu verteilen, genauso wie die Flüchtlinge selbst. Dieser Appell richtet sich besonders an die jungen EU-Mitgliedsstaaten, die Solidarität nicht nur für sich selbst einfordern, sondern sie auch dort leisten sollten, wo die Not unerträglich ist. Wer sich als Wertegemeinschaft versteht, darf in seinem Anspruch bei den Schwächsten nicht nachlässig werden.

Die Flüchtlinge sollten außerdem bereits in ihrem Heimatland die Möglichkeit erhalten, legal nach Europa einreisen zu können. Einige internationale Fragen müssen dringend gelöst werden: Libyen, von wo aus viele Flüchtlinge ihre waghalsige Überfahrt nach Europa starten, muss stabilisiert werden, und auch die Bekämpfung der Schleuserbanden muss mit stärkerem Nachdruck geschehen.

Unsere Reise zu den Flüchtlingen hat bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern bleibende Eindrücke hinterlassen. Nicht Griechenland und Italien versagen im Umgang mit den Flüchtlingen, sondern Europa. Viel zu viele Menschen sind bereits gestorben. Weiteres Leid zu verhindern, ist unsere humanitäre Verantwortung. Wenige Tage nach unserem Besuch eskalierte die Situation auf der Insel, weil die Flüchtlinge nicht einmal mehr mit Nahrung versorgt werden konnten.

Balkan



Kurzberichte aus drei Ländern

Serbien: Die meisten serbischen Asylbewerber verlassen ihr Heimatland aus wirtschaftlichen Gründen. Generell gilt Serbien als ein sogenanntes sicheres Herkunftsland. Die monatliche Unterstützung in Deutschland ist bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 380 Euro in Serbien – in Südserbien sogar nur von 150 Euro – eine nachvollziehbare Motivation vieler Flüchtlinge. Der serbische Premierminister Aleksandar Vučić kritisiert seine flüchtenden Landsleute: Für ihn sind serbische Flüchtlinge lediglich an deutschem Geld interessiert; Serbien unternahme selbst doch einiges, um den Lebensstandard im eigenen Land zu verbessern. Die serbische Regierung hat mit der Umsetzung von Reformen begonnen, um die Staatsverschuldung abzubauen. Die Gehälter im öffentlichen Dienst wurden gekürzt, Staatsunternehmen wurden privatisiert und die Korruption wird spürbar bekämpft.

Erste Erfolge sind sichtbar: So sollen die zu Jahresbeginn wiederholt gekürzten Renten zum Jahresende moderat erhöht werden. Bei einem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel im Juli 2015 verkündete Vučić, dass seine Regierung das Haushaltsdefizit von 6,6 auf 1,6 Prozent verringern konnte. Diese Zahlen belegen die positive wirtschaftliche Entwicklung Serbiens. Man habe einen anderen Weg als Griechenland eingeschlagen, betonte Premierminister Vučić nicht ganz ohne Stolz.

Analysiert man die serbischen Asylanträge genauer, fällt auf, dass zwei Drittel der Anträge von Roma gestellt werden, deren soziale Situation in Serbien schwierig ist. Sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch im Bildungsbereich sind Roma benachteiligt. Besonders jene, die in informellen Siedlungen leben, haben Schwierigkeiten, einen Zugang zu Sozialhilfe, Gesundheitsvorsorge, Arbeit und angemessenem Wohnraum zu erhalten. Die serbische Politik ist bemüht, ihre Situation zu verbessern, etwa durch die Beteiligung Serbiens an der Dekade zur Inklusion der Roma. In Belgrad wurden mehrere Slums aufgelöst und die Bewohner in Containerdörfer umgesiedelt. Diese Maßnahmen finden sowohl auf serbische Eigeninitiative hin statt als auch auf Drängen der Europäischen Union. Die erste Verhandlungsrunde zum EU-Beitritt Serbiens ist in Vorbereitung. Eine der wichtigsten EU-Auflagen für einen erfolgreichen Beitritt Serbiens ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der Romabevölkerung.

Nach der Abschiebung versuchen die meisten Rückkehrer, sich eine Existenz in Belgrad oder in Gemeinden in Südserbien, die eine höhere Romapopulation verzeichnen (etwa Vranje, Leskovac, Niš) aufzubauen. Die Perspektiven eines solchen Neubeginns sind nach der Rückkehr nicht rosig. Viele Rückkehrer leben in Armut, besitzen keine Ausweisdokumente und bleiben häufig arbeits- und mittellos.

Um wirtschaftliche Anreize für eine Flucht zu minimieren, bedarf es weiterer wirtschafts- und sozialpolitischer Anstrengungen, einer Straffung und Reduzierung der Verwaltungsbükratie, verlässlicher Rechtsgrundlagen und einer Entwicklung, die das ganze Land, die ganze Region in den Blick nimmt. Das kann Belgrad allein nicht leisten, hier sind die Hilfe und die Solidarität Europas notwendig.

Die Menschen in Serbien haben Verständnis für die Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan, die Erinnerung an Krieg und Flucht ist bei ihnen selbst noch sehr lebendig. Doch wie lange das Flüchtlingsdrama in Serbien oder in Europa noch friedlich bleibt, ist fraglich. Die Zahl der Schleuser und anderer Menschen, die aus

der Notsituation der Flüchtlinge durch kriminelle Machenschaften Kapital schlagen, wird immer größer. Viele Menschen in Serbien stellen sich der aktuellen Situation; personelle, finanzielle und technische Hilfe ist auf lange Sicht gefordert.

Für Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, aber auch aus afrikanischen Ländern, ist Serbien lediglich ein Transitland auf dem Weg in die EU. Als Ziele gelten etwa Deutschland und Schweden. Nach ihrem Weg durch Griechenland und Mazedonien überqueren die Flüchtlinge die serbisch-mazedonische Grenze und kommen im Aufnahmezentrum in Preševo, im Süden Serbiens, an. Dort werden sie, nach einer Sicherheitskontrolle und einer medizinischen Untersuchung, registriert und darüber informiert, dass es auch die Möglichkeit gibt, in Serbien Asyl zu beantragen. Die wenigsten aber stellen ihren Antrag hier, denn sie wollen weiter in Richtung EU.

In Preševo ist man sichtlich bemüht, den Flüchtlingen in ihrer Situation so gut wie möglich zu helfen. Auf Aushängen im Aufnahmezentrum wird beispielsweise darüber informiert, wie viel die Weiterfahrt mit dem Zug oder Bus nach Belgrad kostet. Sollte es jemandem nicht möglich sein, die Fahrkarte zu bezahlen, so trägt das Zentrum Sorge dafür, dass er dennoch eine Karte erhält. Die humanitäre Versorgung hat in Preševo oberste Priorität. Die Flüchtlinge können sich waschen und ausruhen; für Mütter und Kinder gibt es einen separaten Ruheraum. Es ist beachtlich, wie friedlich und ruhig sich die Flüchtlinge in ihrer doch angespannten Situation verhalten. So gab es in Preševo bisher keinen Vorfall, bei dem die Polizei eingreifen musste.

Hilfsorganisationen stellen Nahrungs- und Hygienepakete bereit, und es wird sogar geplant, einen Spielplatz für die große Zahl von Kindern zu bauen. Ärzte aus der Umgebung tun alles dafür, die medizinische Versorgung in der Einrichtung zu gewährleisten. Die Kapazitäten sind jedoch begrenzt, und zusätzliche medizinische Unterstützung ist notwendig. Um die Situation insgesamt zu verbessern, wird viel mehr praktische Hilfe von der internationalen Gemeinschaft benötigt.

*Norbert Beckmann-Dierkes
Auslandsbüro Serbien der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Kosovo: Deutschland spricht über die Ausweitung des Kreises sicherer Herkunftstaaten, der Kosovo über Visa liberalisierung. Beide Debatten treffen nicht den Kern: die Hoffnungslosigkeit Hunderttausender Menschen. Kein Plädoyer für das Verbleiben kann wirtschaftliche Perspektive und demokratischen Fortschritt schaffen und damit die schwerwiegendsten Fluchtgründe beseitigen. Es gilt, ebendiese zu bekämpfen und den Flüchtlingen zu verdeutlichen, dass es kein Menschenrecht auf Einwanderung gibt und Asyl Schutz vor politischer Verfolgung meint.

Die Kosovaren stimmen mit ihren Füßen ab, nicht aufgrund politischer Verfolgung oder staatlicher Repressalien, sondern weil sich seit der Beendigung des Krieges (1999) und der Unabhängigkeit (2008) die Lebensbedingungen nach wie vor nicht verbessert haben. Politik und Gesellschaft gelten immer noch als durch und durch korrupt. Die Mehrheit der Bürger wünscht sich einen spürbaren politischen Machtwechsel. Sie sind von der Demokratie und der zähen Integration in die Europäische Union (EU) enttäuscht. Noch immer erkennen fünf EU-Staaten den Kosovo nicht als souveränen Staat an. Es bedarf einer einheitlichen Haltung Europas zum Kosovo.

Inzwischen hat sich im Kosovo die geringe Aussicht auf Asyl in Deutschland

herumgesprochen. Die Regierung in Priština, aber auch die in ihrer Heimat gebliebenen Familien sind mit den Rückkehrern heillos überfordert. Viele haben Haus und Hof verkauft, um mithilfe von Schleppern die gelobten Länder zu erreichen. Das Innenministerium versucht zusammen mit der Internationalen Organisation für Migration, Notunterkünfte zur Verfügung zu stellen. Hier könnte die EU kurzfristig helfen.

Langfristig braucht es jedoch mehr. Der richtige Anfang wurde mit der Einrichtung des „Deutschen Informationspunktes für Migration, Ausbildung und Karriere“ (DIMAK) bei der Deutschen Botschaft gemacht. Der DIMAK klärt über die Möglichkeiten einer legalen Einwanderung nach Deutschland auf.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung kann unter anderem mit dem Ausbau ihres Stipendienprogramms ihren eigenen kleinen Beitrag leisten, um die Situation im Land zu verbessern. Alle geförderten Auslands- und Surplace-Stipendiaten sind zurückgekehrt oder im Kosovo geblieben und helfen beim Aufbau der Gesellschaft tatkräftig mit. Aber zuallererst bedarf es ausländischer Direktinvestitionen, basierend auf mehr Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung. Neben politischer Stabilität wird für die Bürger die wirtschaftliche Entwicklung zum wichtigsten Schlüsselfaktor, ihr eigenes Land nicht zu verlassen.

Mazedonien: Das Innenministerium hat am 20. August 2015 den Ausnahmezustand ausgerufen und versperrte an der Südgrenze zu Griechenland circa 5.000 Flüchtlingen den Weg durch Mazedonien. Das erlaubte der Regierung, geltende Bestimmungen außer Kraft zu setzen und der Polizei durch den Einsatz des Militärs zu helfen. Doch schon am Samstag musste die Grenze wieder geöffnet werden. Selbst mit vereinzelt Einsatz von Blendgranaten konnte der massive Andrang der Flüchtlinge nicht aufgehalten werden. Die Regierung hat nach anfänglicher Unsicherheit nun einen pragmatischen Weg eingeschlagen: Endlich werden Sonderbusse und -züge für einen geordneten Weitertransport nach Serbien zur Verfügung gestellt. Ein Fahrchein kostet pro Person zehn Euro.

Vor Ausrufung des Ausnahmezustandes spielten sich auf dem Bahnhof der Grenzstadt Gevgelija dramatische Szenen ab, die in Bildern um die Welt gingen. In den Medien wurde einhellig von der Überforderung der Behörden vor Ort berichtet. Zum damaligen Zeitpunkt stimmte das nicht, da die Polizei die Situation schlichtweg ignorierte und gar nicht gewillt war, ordnend einzugreifen. Für die Registrierung von etwa 2.000 Flüchtlingen standen nur fünf Polizeibeamte und vier Helfer des UN-Flüchtlingshilfswerks zur Verfügung, die am Tag „nur“ 400 bis 500 Anträge bearbeiten konnten. Das im Juni verabschiedete Gesetz, welches den Flüchtlingen nach der Registrierung 72 Stunden Zeit gibt, legal durch Mazedonien zu reisen, geriet so zur Farce. Nach offiziellen Angaben reisten allein in den letzten drei Monaten über 100.000

registrierte Flüchtlinge durch Mazedonien. Die reale Zahl ist nicht greifbar. Die Vereinten Nationen rechnen in den nächsten Monaten mit 3.000 Flüchtlingen pro Tag. Momentan überqueren täglich circa 2.000 die Grenze. Damit hat sich Mazedonien zu einem Transitland entwickelt. Die Behörden sind jetzt redlich bemüht, der Situation Herr zu werden. An der Grenze zu Griechenland gibt es inzwischen ein „Empfangszentrum“ für die Registrierung, und ein Auffanglager ist im Entstehen. Die Versorgung der Flüchtlinge mit Wasser und Nahrung hat sich deutlich verbessert.

Die Regierung und die Bürger Mazedoniens fühlen sich von der EU im Stich gelassen. Sie fragen sich, warum die Behörden in Griechenland keine Verpflichtung verspüren, die Flüchtlinge zu registrieren, und Griechenland als EU-Mitgliedsland die Grenzen öffnen darf. Am Abend des 26. August verbreitete sich die Nachricht rasch, dass die EU 1,5 Millionen Euro und Deutschland eine Million Euro für die Transitländer der Balkanroute als Soforthilfe zur Verfügung stellen. Hinzu kommen weitere acht Millionen Euro an Flüchtlingshilfe der EU für den Westbalkan und für die Türkei. Ende August wurden auf der Balkankonferenz in Wien (Infrastrukturprojekte, Kooperation der Jugendwerke) weitere Millionen zur Ursachenbekämpfung der Flüchtlingswelle angekündigt; Mazedonien soll außerdem 24 Millionen Euro aus dem Instrument für Heranführungshilfe (Instrument for Pre-Accession Assistance, IPA) erhalten.

*Johannes D. Rey
Auslandsbüro Mazedonien und Kosovo
der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Europäischer Spaltpilz?

Die Flüchtlingsfrage und die Europäische Union

MANFRED WEBER

Geboren 1972 in Niederhatzkofen, Bezirksvorsitzender der CSU Niederbayern, seit 2014 Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

Die erschreckenden Bilder reißen nicht ab, lassen niemanden kalt: ganze Flüchtlingsfamilien, hoffentlich gerettet aus überfüllten und oftmals schrottreifen Booten. Männer, Frauen, Kinder. Das Bild des ertrunkenen syrischen Jungen, dessen Leiche an einen türki-

schen Strand geschwemmt wurde, oder die Flüchtlinge, die über Ungarn oder den Balkan nach Deutschland kommen.

Angesichts der Herausforderung ist klar: Dies ist ein gesamteuropäisches Problem, das nur auf europäischer Ebene gelöst werden kann. Denn kein Mitgliedsstaat Europas, auch nicht ein so starkes Land wie Deutschland, kann diesen Zustrom allein bewältigen. Europa muss seiner Verantwortung gemeinsam gerecht werden. Wir sind der Kontinent der Humanität.

Deutschland steht als eines der Hauptaufnahmeländer im besonderen Fokus. Bundesinnenministerium und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge rechneten mit bis zu 800.000 Asylsuchenden in diesem Jahr. Diese Kalkulation entstand Ende August. Niemand weiß, wie viele es am Ende tatsächlich werden.

Dabei haben die Helfer bei Polizei und Behörden sowie vor allem die vielen Freiwilligen mit ihrer spontanen Hilfsbereitschaft gezeigt, was unser Land alles leisten kann. Aber wir müssen uns jetzt Gedanken darüber machen, wie wir diese Herausforderung gesamteuropäisch und langfristig in den Griff bekommen. Denn nur über einen koordinierten europäischen Ansatz können wir die Ursachen angehen und verhindern, dass die Flüchtlingsströme weiter anschwellen.

Die EU-Kommission hat dazu konkrete Vorschläge vorgelegt, wie die Europäische Union dieses Problem umfassend angehen kann. Um es mit den Worten von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zu sagen: „Wir brauchen mehr Europa, und wir brauchen mehr Union.“ Die Kernfrage ist dabei die Verteilung von Flüchtlingen. So will die EU-Kommission einerseits über einen schnellen Notfallmechanismus die direkt betroffenen Staaten Griechenland, Italien und Ungarn entlasten, indem die restlichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sich ebenfalls bereit erklären, Flüchtlinge aufzunehmen. Nötig ist dabei ein permanenter Verteilerschlüssel für Flüchtlinge. Auch dazu hat die EU-Kommission einen Vorschlag vorgelegt. Angelehnt an den in Deutschland üblichen „Königsteiner Schlüssel“ sieht dieser Mechanismus unter anderem eine Orientierung an der Einwohnerzahl und der Wirtschaftskraft vor.

Ein solcher permanenter Verteilerschlüssel ist wichtig, denn wir müssen hin zu einem festen System. Nur so können wir verhindern, dass sich die Mitgliedsstaaten von Woche zu Woche über die Anzahl der aufzunehmenden Flüchtlinge zerstreiten. Nur mit einer festen Quote verhindern wir, dass die Asylpolitik zum Spaltpilz Europas wird.

Aber auch eine solche Quote ist nur ein erster Schritt auf dem langen Weg hin zu einem kohärenten Umgang mit der Flüchtlingsfrage. Wir brauchen mehr Ehrlichkeit und eine offene Debatte, wie wir die Flüchtlingsfrage angehen. Dies schließt mit ein, dass Europa den Mut haben muss, klar zu sagen, dass wir nicht die Fähigkeit zur Aufnahme aller Wirtschaftsmigranten haben. Wir können nicht jeden in Europa aufnehmen, der zu uns will.

Flüchtlingen, die aus einem Kriegsgebiet wie Syrien zu uns fliehen, muss Europa Schutz bieten, das steht außer Frage. Aber in der Europäischen Union ist jeder fünfte Jugendliche ohne Ausbildungsplatz oder Arbeitsstelle.

Ein langfristiger Umgang mit der Flüchtlingsfrage erfordert zudem, dass wir endlich bestehendes europäisches Asylrecht konsequent umsetzen. Es gibt in Europa bereits umfangreiche Mindeststandards über den Umgang mit Asylbewerbern. Dazu gehört, dass Flüchtlinge zuerst in dem Mitgliedsstaat registriert und menschenwürdig untergebracht und versorgt werden, wo sie erstmals europäischen Boden betreten. Wir müssen deshalb alles daran setzen, dass wir die betroffenen Länder – vor allem Griechenland und Italien, in jüngster Zeit auch Ungarn – bei der Umsetzung dieser Rechtsstandards unterstützen.

Auch hierzu hat die EU-Kommission ein Konzept vorgelegt. In „Hotspots“ sollen Flüchtlinge registriert werden und eine Erstversorgung bekommen. Die betroffenen Staaten müssen hierzu finanzielle und administrative Hilfe bekommen, insbesondere auch über die bestehenden Strukturen der EU-Grenzschutzagentur Frontex und des EU-Asylbüros EASO. Um dies zu gewährleisten, müssen die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden. Die EU benötigt dazu eine Debatte im Rahmen des nächsten EU-Jahreshaushaltes sowie der mittelfristigen Finanzplanung.

Zu einer entschlossenen Umsetzung des Asylrechts zählt zudem die Rückführung abgelehnter Asylbewerber. Auch hier gibt es viele Möglichkeiten, die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu verstärken. Die EU-Kommission hat mit ihrem Vorschlag für eine gemeinsame Liste sicherer Drittstaaten eine gute Ausgangsbasis geschaffen. Dies gilt vor allem für den Westbalkan. Denn Staaten, die über den Beitritt zur EU verhandeln und teils sogar NATO-Mitglied sind, müssen auch als sichere Drittstaaten gelten. Wir dürfen uns dieser Debatte nicht verweigern, denn nur so erhalten wir in unserer Bevölkerung eine positive Akzeptanz für die Flüchtlinge, die vor Krieg und Zerstörung fliehen und denen Europa Schutz bieten muss.

Aber Europa muss auch über die unmittelbare Nachbarschaft des Balkans hinausblicken auf die Ursachen der Instabilität in Nordafrika und dem Nahen Osten. Die EU kommt nicht umhin, endlich entschlossener und mit einer klaren Strategie nach außen aufzutreten, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren und so neue Flüchtlingswellen zu verhindern. Dazu gilt es, nationale Egoismen zu überwinden und endlich zu einer echten, kraftvollen, europäischen Außenpolitik zu finden. Dass dies möglich ist, hat nicht zuletzt die Geschlossenheit der Europäischen Union im Umgang mit Russland im Zuge der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim gezeigt.

Das bisherige Scheitern der europäischen Flüchtlingspolitik ist also nicht einem Scheitern Europas zuzuschreiben, sondern einem Mangel an gemeinsamer europäischer Initiative. Wir müssen nationale Egoismen überwinden, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.

Die EU-Kommission hat dazu den richtigen ersten Schritt gemacht und entsprechende Gesetzgebungsvorschläge vorgelegt. Im Europäischen Parlament zeichnet sich für diese Initiativen eine breite Mehrheit ab. Jetzt müssen auch die EU-Mitgliedsstaaten im EU-Ministerrat zeigen, dass nur eine gemeinsame europäische Kraftanstrengung eine langfristige Lösung der Flüchtlingsfrage bietet. Nur so kann verhindert werden, dass die Flüchtlingsfrage zum Spaltpilz Europas wird. Stattdessen hat Europa die Möglichkeit, der Flüchtlingsfrage entschlossen entgegenzutreten und eine langfristige Lösung zu finden.

„Ein Weltproblem“

Vor siebzig Jahren begann die Vertreibung von Deutschen

BERND FABRITIUS

Geboren 1965 in Agnetheln (Siebenbürgen), Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV).

„Die Völker müssen erkennen, daß das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen wie aller Flüchtlinge, ein Weltproblem ist, dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert.“¹

Was wie eine mit historischem Wissen unterfütterte Aussage auch zur aktuellen Weltlage wirkt, offenbart sich bei näherer Betrachtung als Zitat aus der Charta der deutschen Heimatvertriebenen aus dem Jahr 1950. Ein 65 Jahre alter Satz von ungebrochener Aktualität. Bis zu sechzig Millionen Menschen verloren infolge des von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieges ihre Heimat, davon allein rund fünfzehn Millionen Deutsche aus den damaligen deutschen Reichsgebieten im Osten und aus den Siedlungsgebieten in Ost-

Ostmittel- und Südosteuropa. Heute, siebzig Jahre nach dem Ende dieses grauenvollen Krieges, sind weltweit erneut etwa sechzig Millionen Menschen heimatlos und auf der Flucht – so der letzte Bericht des UN-Flüchtlingshilfswerks. Es steht zu erwarten, dass diese Zahl weiter steigen wird.

Diese globale Entwicklung geht an Deutschland nicht vorbei: Immer mehr Menschen, die ihre von Bürgerkriegen zerstörten, von massiven Menschenrechtsverletzungen geplagten Heimatländer verlassen oder aus ethnischen beziehungsweise religiösen Gründen aus ihnen vertrieben werden, flüchten hierher. Immer mehr Menschen aus Ländern, in denen es an fast allem mangelt, was wir in Europa im Überfluss genießen können, suchen ihr Lebensglück in Ländern der Europäischen Union. Die Zahl der Asylanträge in Deutschland könnte in diesem Jahr die Marke von 800.000 überschreiten und damit den höchsten bisher erreichten Wert um das Doppelte übersteigen. Die nackten Zahlen und die mit ihnen verbundenen Einzelschicksale machen deutlich: „Höchste sittliche Verantwortung“ und „gewaltige Leistung“ werden Deutschland und der Weltgemeinschaft auch heute abverlangt, wenn es gilt, die enormen Flüchtlingsströme zu bewältigen und die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen.

GEMEINSAME ERFAHRUNG DER ENTWURZELUNG

Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen gehört zu den Gründungsdokumenten des Bundes der Vertriebenen (BdV). Aus vielen ihrer Worte spricht die persönliche Erfahrung des Heimatverlustes, der Entwurzelung. Jene Erfahrung ist es, die Vertriebenenenschicksale aller Zeiten und Orte „auf eine ganz existenzielle Art und Weise“ miteinander verbindet, wie es Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Rede zum ersten nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2015 in Berlin treffend gesagt hat.² Und die aus dieser gemeinsamen Erfahrung von Entwurzelung resultierende Empathie der deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge und ihrer Nachkommen gegenüber den heute hier ankommenden Vertreibungsopfern bewirkt ein besonderes Engagement bei deren Ankunft und für deren Aufnahme in unserem Land und in unserer Gesellschaft.

Über diese nicht zu verleugnende gemeinsame Basis hinaus sind beim Vergleich von Vertreibungen, ethnischen Säuberungen oder gar von Einzelschicksalen Betroffener große Sorgfalt und Differenzierung unabdingbar. Aktuell werden oft allzu pauschale Urteile gefällt – Fluchterfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit mit heutigen gleichgesetzt und Strategien aus der Vergangenheit als einfache Schablone für die heutige Zeit genutzt. Ein Beispiel: „Flüchtlingsstadt lehnt Flüchtlinge ab“,³ war unlängst in einer großen, linken deutschen Tageszeitung zu lesen. Ohne besondere Mühe um eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema aufzuwenden, empörte sich eine

Journalistin über die aus ihrer Sicht unzureichende Aufnahmebereitschaft für heutige Flüchtlinge in einer Stadt, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Siedlung von „Flüchtlingen aus Ost- und Südosteuropa“ entstanden sei.

Dies ist ein untauglicher Versuch, mehr Verständnis für Flüchtlinge hervorzurufen, indem Einheimischen ein schlechtes Gewissen eingeredet wird; er klingt, als wären nach Kriegsende polnische, ungarische oder jugoslawische Bürger nach Deutschland geflohen, hätten hier Asyl beantragt und wären dann vom Staat oder vom Land an diesem Ort angesiedelt worden. Vertreibungsschicksale werden ohne Rücksicht auf die Herkunft undifferenziert nebeneinandergestellt und historische mit aktuellen weltpolitischen Vorgängen in einen Topf geworfen. Ein genauerer Blick hätte erkennen lassen, dass die Situation der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge über die Erfahrung der Entwurzelung hinaus nur schwer mit der derzeitigen Lage vergleichbar ist: Die damaligen Vertriebenen – und im Übrigen auch die später kommenden Aussiedler und Spätaussiedler – waren Deutsche. Menschen mit der gleichen Sprache, aus dem gleichen Kulturkreis und mit den gleichen Wertvorstellungen. Mehrheitlich waren sie sogar deutsche Staatsbürger.

VERTRIEBENE WAREN DEUTSCHE KRIEGSOPFER

Rund fünfzehn Millionen der etwa achtzehn Millionen Deutschen im Osten flüchteten vor der herannahenden Roten Armee oder wurden aufgrund von Unrechtsdekreten beziehungsweise völkerrechtlich fragwürdige Protokollnotizen gewaltsam aus ihrer zum Teil seit Jahrhunderten angestammten Heimat vertrieben – etwa neun Millionen davon aus den damaligen deutschen Ostgebieten. Mehr als zwei Millionen Menschen kamen auf ihrer Flucht zu Tode: Sie verhungerten, erfroren, wurden erschossen, von Panzern überrollt oder von Flugzeugen bombardiert. Hunderttausende Zivilisten wurden als Zwangsarbeiter deportiert, unzählige Frauen vergewaltigt, und auch vor Kindern machte die Gewalt keinen Halt. Mit der Vertreibung wurden die Betroffenen gleichsam stellvertretend für die grauenvollen Verbrechen der Nationalsozialisten bestraft. Und sie mussten dem Machtstreben der nächsten Diktatur weichen, denn Stalin verfolgte von Beginn an keine geringeren Ziele, als sämtliche ost-, ostmittel- und südosteuropäischen Staaten zumindest unter seine ideologische, vornehmlich aber unter seine militärische Kontrolle zu bringen. Die Vertriebenen waren auch deutsche Kriegsopfer, und als solche fielen sie ganz selbstverständlich unter die Verantwortung des deutschen Staates, ja der gesamten Gesellschaft.

Trotzdem war ihre Ankunft schwierig. Sie kamen in vom Krieg zerstörte Städte und Landschaften, deren Bewohner kaum selbst genug zum Leben hatten. Lebensmittel, Kleidung und Wohnraum – alles war knapp. Nun sollte dieses Wenige auch noch mit den Millionen geteilt werden, die

eine neue Bleibe suchten. Ablehnung war die Folge, oft aus Angst um das eigene Überleben. Wenn die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge rückblickend als Erfolgsgeschichte gesehen wird, ist dies maßgeblich der Leistungsbereitschaft geschuldet, mit der sich die Betroffenen in den Wiederaufbau des eigenen Landes einbrachten. Selbst mitgestaltete, verbesserte wirtschaftliche und politische Bedingungen waren ein möglicher Weg zu neuem persönlichen Wohlstand und sollten eine friedliche Zukunft sichern. Auch von diesem Geist zeugt die Charta der deutschen Heimatvertriebenen.

SPRACHLICHE UND KULTURELLE BARRIEREN HEUTE

Die heute nach Deutschland kommenden Vertriebenen und Flüchtlinge stammen trotz ähnlicher Schicksalserfahrungen aus fremden Ländern, Sprachräumen und Kulturen. Sie bringen abweichende Wertvorstellungen mit. Manche vertreten Auffassungen, die mit unserem gesellschaftlichen Grundkonsens kaum vereinbar sind. Gerade aus diesem Grundkonsens aber leitet sich unsere Verantwortung für die Flüchtlinge ab: Weil wir international geltende, unteilbare Menschenrechte und das Recht auf die Heimat für unentbehrliche Voraussetzungen des menschlichen Miteinanders halten, nehmen wir sie auf und versuchen, ihre Not zu lindern. Diesen Zusammenhang gilt es den Ankommenden zu vermitteln.

Heutige Flüchtlinge stellen Deutschland also vor ganz andere Integrationsherausforderungen als die deutschen Heimatvertriebenen. Heute gilt es etwa, Sprachbarrieren abzubauen sowie die Geschichte, die Kultur und die Grundwerte unserer Gesellschaft verständlich und nachhaltig zu vermitteln, um den Ankommenden überhaupt eine Teilhabe am Leben in unserem Land zu ermöglichen. Nur so können auch die Sorgen vieler Bürger aufgenommen werden, die um die Errungenschaften unserer Demokratie bangen und befürchten, aus dem eigenen Wertesystem verdrängt zu werden. Zugleich müssen Fremdenhass, Hetze oder gar Gewalttaten unabhängig vom Hintergrund entschieden verurteilt und verfolgt werden.

ASYLMISSBRAUCH EINHALT GEBIETEN, FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN

Einhalt geboten werden muss auch dem Asylmissbrauch. Bundespräsident Joachim Gauck hat in seiner bereits zitierten Rede darauf hingewiesen, dass Deutschland aufgrund der „Dimension des Problems“ „mehr aufnehmen und mehr helfen, zugleich aber besser steuern, schneller entscheiden, und ja, auch konsequenter abweisen“ muss, „damit wir aufnahmefähig bleiben für diejenigen, zu deren unbedingtem Schutz wir uns verpflichtet haben und die

unserer Hilfe stärker bedürfen als andere.“ Bei rund der Hälfte der Asylbewerber handelt es sich um Menschen, die sich – ohne jede Aussicht auf eine Anerkennung als Flüchtling – bei uns einen höheren Lebensstandard versprechen. Und so viel Verständnis man ganz persönlich auch für ihre Motivation haben kann, so sehr wünscht man sich doch, dass sie aktiv für den Aufschwung in ihren Heimatländern tätig würden – so wie es die Vertriebenen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg getan haben.

Daher fordert gerade der BdV: Fluchtursachen weltweit bekämpfen – europäische Solidarität zur Bewältigung der verbleibenden Flüchtlingsproblematik einfordern – Missbrauch verhindern. Das geschieht am wirkungsvollsten, wenn Migrationsanreize beseitigt und unberechtigt zuziehende Menschen schnell wieder in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden. Allen anerkannten Flüchtlingen hingegen sollte Deutschland Rahmenbedingungen bieten, unter denen sie vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft werden können. Wenn sie sich unsere freiheitlichen und demokratischen Grundwerte zu eigen machen und ihre Integration selbst mitgestalten, um hier einen Neuanfang für eine sichere Zukunft zu wagen, können sie zu einer wirklichen Chance für unser Land werden.

¹ [Http://www.bund-der-vertriebenen.de/charta-der-deutschen-heimatvertriebenen/charta-in-deutsch.html](http://www.bund-der-vertriebenen.de/charta-der-deutschen-heimatvertriebenen/charta-in-deutsch.html).

² [Http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/06/150620-Gedenktag-Flucht-Vertreibung.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/06/150620-Gedenktag-Flucht-Vertreibung.html).

³ [Http://www.sueddeutsche.de/bayern/streit-um-erstaufnahmeeinrichtung-wenn-eine-fluechtlingsstadt-angst-vor-fluechtlingen-hat-1.2507727](http://www.sueddeutsche.de/bayern/streit-um-erstaufnahmeeinrichtung-wenn-eine-fluechtlingsstadt-angst-vor-fluechtlingen-hat-1.2507727).



„Wir wollen nicht vergessen, daß das Flüchtlingsproblem ein Weltproblem ist, und daß nicht nur Deutsche ihre Heimat verloren haben. Die Zahl der Flüchtlinge in der Welt ist heute größer als vor zehn Jahren. Auch ihrer Not, ihrer Sorge wollen wir gedenken, wenn wir jetzt von dem Schicksal der Vertreibung sprechen, das vor zehn Jahren über Millionen Deutsche hereingebrochen ist. Erst eine allgemeine Befriedung in der Welt und die Beachtung der allgemeinen Menschenrechte in allen Ländern wird den Flüchtlingsstrom zum Versiegen bringen.“

Konrad Adenauer in seiner Ansprache über den Sender RIAS, 3. April 1955. Bulletin 65/55.

Foto: © ullsteinbild – ullsteinbild

Schritte aus dem Krisenmodus

Konsequenzen aus der Perspektive einer Politischen Stiftung

MICHAEL THIELEN

Geboren 1959 in Prüm (Eifel),
Generalsekretär der
Konrad-Adenauer-Stiftung.

Aktuell werden immer wieder Vergleiche mit der Zuwanderungsentwicklung Anfang der 1990er-Jahre gezogen. Damals hat Deutschland Zuwanderung in erheblicher Größenordnung –

vor allem aus den Balkanstaaten – gemeistert. Mit dem sogenannten Asylkompromiss wurde die politische Steuerungsfähigkeit zurückgewonnen. In der Folge endeten auch die punktuellen Wahlerfolge rechtsextremer Parteien.

Der plötzliche Zustrom von so vielen Flüchtlingen ist gewiss eine neue Qualität der Herausforderung. Doch sind die Voraussetzungen, damit fertigzuwerden, heute andere als damals: Im Gegensatz zu heute hatte Deutschland die unmittelbaren Teilungslasten zu schultern, der Arbeitsmarkt war angespannt. Die Parteien stritten erbittert um das Asylrecht, heute dagegen gibt es einen Vorrang der gemeinsamen Problemlösung in weiten Teilen des politischen Spektrums bis hin zu den Grünen – jedenfalls, soweit sie politische Verantwortung tragen. Damals erschrakten die Deutschen vor der kulturellen Herausforderung der Integration. Heute attestieren Sozialforscher dem Land, eine „gelassene Nation“ (Renate Köcher) geworden zu sein, deren Fähigkeit zum Umgang mit kultureller Differenz deutlich gewachsen sei. Ausschreitungen gegen Flüchtlinge, Hass und Gewalt gibt es heute leider auch, allerdings mit dem Unterschied, dass aktuell „das freundliche Gesicht“ das Bild unseres Landes dominiert.

Der Umgang mit dem Flüchtlingszuzug bezeugt, dass der „normative Kern“ unserer Gesellschaft – die Verpflichtung auf die Würde des Menschen – intakt und vital ist. Ehrenamtliche Helfer haben, wie die Polizei oder die

Verwaltung, den „Normalmodus“ weit hinter sich gelassen und alle Kräfte mobilisiert, um der Situation Herr zu werden. Dieser „Krisenmodus“ kann aber kein Dauerzustand sein. Mehr noch als die Größenordnung der Flüchtlingszuwanderung stellt der Eindruck eines Kontrollverlustes eine Gefährdung dar. Was nützt, ist deshalb – vor allem auch dort, wo zur Abwendung einer humanitären Katastrophe notgedrungen Unordnung in Kauf genommen wurde – die Ordnung wiederherzustellen.

Es geht um die Ordnung in der Debatte: Selbstverständlich ist es wichtig, Flüchtlinge, die bei uns bleiben, so schnell wie möglich in Ausbildung und Arbeit zu integrieren. Aber der Flüchtlingszuzug ist nicht die Antwort auf das Thema Fachkräftemigration. Zuwanderung nach dem Bedarf des Aufnahmestaates einerseits und Hilfe für Flüchtlinge andererseits zu vermischen, hieße, die Tatsache zu verdecken, dass wir es bei den Flüchtlingen zu einem beträchtlichen Teil mit Menschen zu tun haben, um deren Qualifikation wir uns intensiv werden kümmern müssen. Auch der Hinweis darauf, dass die Flüchtlinge im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung überdurchschnittlich jung seien und eine Lösung unserer demografischen Herausforderungen darstellten, geht in der Debatte fehl. Denn eine Gesellschaft, die für ihre Zukunftszugewandtheit und Dynamik nur auf Zuzug setzt, wird nicht erfolgreich sein.

Der Ordnung der Begriffe muss die Ordnung im Rechtsvollzug entsprechen. Es gibt einen Konsens darüber, das Grundrecht auf Asyl zu sichern und geordnete und rasche Verfahren zu garantieren. Auch besteht Einigkeit darin, dass die Verfahren im Falle der politischen Verfolgung mit einem Bleiberecht und im anderen Falle mit einer Ablehnung enden sollen. Ausreisen finden gleichwohl oft nicht oder mit großer Verzögerung statt – meist ohne nachvollziehbare Gründe. Eine so deutliche Differenz zwischen Recht und Realität tut nicht gut – vor allem dann nicht, wenn Moral gegen den Rechtsstaat instrumentalisiert wird. Hier liegt eine praktische Aufgabe, die zunächst die Bundesländer in die Pflicht nimmt. Und es gibt eine geistig-politische Führungsaufgabe, zu der beispielsweise die Kirchen beitragen sollten.

Das Recht wird der Flüchtlingsrealität nur standhalten, wenn in das Grenzregime wieder dauerhafte Ordnung kommt. Der Bundestagspräsident hat am 8. September darauf hingewiesen, viele Bürger sorgten sich, der Staat könne die Kontrolle über das eigene Land, seine Grenzen oder seine Rechtsordnung verlieren. Die Rückgewinnung dieser Hoheit setzt gesicherte Außengrenzen der Europäischen Union und eine faire Lastenteilung voraus. Stärkere Außengrenzen bedeuten nicht Abschottung, sondern geregelte Aufnahme. Dabei wird ethnische und kulturelle Homogenität nicht die Basis des europäischen Umgangs mit dem Flüchtlingszuzug sein können. Humanitäre Gründe sprechen ebenso dagegen wie praktische Gesichtspunkte. Weltoffenheit ist zu einer wichtigen Voraussetzung von internationaler Attraktivität für Talente geworden. Sie entscheidet mit über Innovationskraft und Wohlstand. Vielfalt wird gegenüber Homogenität kulturell, ökonomisch und sozial das

erfolgreichere Modell sein – allerdings nur dann, wenn Vielfalt nicht mit Multikulturalismus, also dem Nebeneinander sich widersprechender Werteordnungen, verwechselt wird.

Integration – dazu gehören etwa Sprachförderung, Ausbildung, Arbeitsplätze. Dazu gehört aber ebenso sehr, diese Menschen mit den geschriebenen und ungeschriebenen Regeln dieser Gesellschaft vertraut zu machen und ihnen die Geschichte und die politischen Institutionen des Landes zu vermitteln. Dabei ist unsere Verfassung und Rechtsordnung essenziell, aber das reicht nicht: Die Beherrschung der Sprache, die Achtung der Gesetze, vielleicht sogar ein Stück „Verfassungspatriotismus“ – all das anzustreben, ist elementar. Die Ordnung der Werte, die unser Zusammenleben prägen, findet sich jedoch nicht allein in rechtlichen Kodizes. Die Gleichberechtigung von Frau und Mann zum Beispiel ist in den vergangenen Jahrzehnten eine über Rechtsgleichheit hinausreichende Ligatur dieser Gesellschaft geworden. Der Respekt vor den christlich-jüdischen Fundamenten unserer Kultur geht über die Achtung der Verfassungsartikel und Staatsverträge hinaus. Die fortwährende Verantwortung für das historische Erbe der Deutschen – zum Beispiel die besondere Verantwortung für das Existenzrecht Israels, die Verankerung Deutschlands in der westlichen Gemeinschaft – kommt hinzu. Eine große Anstrengung zur kulturellen und politischen Integration ist geboten – und zwar von Beginn an. Sie ist nicht nur das Tüpfelchen auf dem „i“, das folgt, wenn alles andere erledigt ist. Sie muss bei denen, die längerfristig bleiben, von Beginn an einsetzen, und die Politischen Stiftungen müssen ihren Beitrag dazu leisten.

Selbstverständlich bleibt der entscheidende Punkt, die Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen. Darauf können sich alle rasch einigen, allein die Umsetzung fällt schwer. Das liegt nicht am fehlenden Elan, sondern an komplizierten Gemengelagen. Der bescheidene Beitrag der Arbeit der Politischen Stiftungen im Ausland besteht nicht zuletzt in der Unterstützung friedlichen Zusammenlebens und vernünftiger Regierungsarbeit und in der Expertise, die wir in Deutschland anbieten können. Es ist eminent wichtig, sich darauf zu besinnen, was Deutschland und Europa tun können, um das Los der Flüchtlinge zu bessern. Aber wir müssen auch ein stärkeres Engagement der politischen und gesellschaftlichen Eliten in den Entwicklungs- und Schwellenländern einfordern, Rupert Neudeck hat jüngst eindringlich darauf hingewiesen.

In vielen Bereichen werden wir um eine gelingende Integration kämpfen müssen – sei es bei der Sprachvermittlung, bei der Ausbildung und Arbeit, in der Vermittlung der Werteordnung oder bei der Gewährleistung von Sicherheit. Und wir müssen die Werteordnung, die Kultur, die uns prägt, aktiv vertreten. Das Gesicht unseres Landes wird sich zweifellos an manchen Stellen verändern. Doch seinen Charakter soll es bewahren können. Das Zutrauen der Menschen darin zu stärken, ist bedeutsam für das Gelingen von Integration und für die Bindungskraft der christlich-demokratischen Idee.

Flüchtling oder Fachkraft?

Die Sphären von Asyl und gelenkter Einwanderung
folgen verschiedenen Prinzipien

KATHARINA SENGE

Geboren 1982 in Erfurt, Koordinatorin
für Zuwanderung und Integration,
Hauptabteilung Politik und Beratung
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Fachkräftemangel, Flüchtlingskrise, Bevölkerungsrückgang – brauchen wir angesichts dieser Herausforderungen ein neues Einwanderungsgesetz? Eine neue gesetzliche Regelung würde zunächst nichts zur Lösung der aktuel-

len Flüchtlingskrise beitragen. Bei der Aufnahme von politisch Verfolgten und Flüchtlingen geht es ausschließlich um deren Schutz. Jeder Asylbewerber hat das Recht auf eine individuelle Prüfung seines Falles. Das Recht auf Asyl ist als Grundrecht im Grundgesetz verankert und hat damit in Deutschland einen so hohen Rang wie in wenigen anderen Ländern. Das war und ist ein starkes und wichtiges Zeichen.

Jedoch: Nur einer von hundert Asylbewerbern erhält Asyl nach Artikel 16a Grundgesetz. Viel größer ist die Zahl derer, die internationalen Schutz erhalten, also als Flüchtlinge gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention in Deutschland bleiben können. Auf diese Konvention bezieht sich auch der Vertrag von Lissabon. Sie ist damit die Grundlage der Flüchtlingspolitik der

Europäischen Union. Die Verpflichtung zur Aufnahme von Verfolgten ist also anders als das Grundrecht auf Asyl mitnichten eine deutsche Besonderheit. Entscheidend ist, dass der Schutz vor Verfolgung – außer bei Kriegsverbrechen – nicht eingeschränkt werden kann. Er gilt nicht etwa nur für die gut Ausgebildeten, die die Unternehmen als Arbeitskräfte brauchen. Er gilt auch nicht nur für Familien mit Kindern und ebenso wenig nur für Christen. Das Kriterium ist ausschließlich, ob ein Mensch verfolgt wird und daher nicht ohne Gefahr für Leib und Leben in sein Heimatland zurückkehren kann. Derzeit liegt bei 37 Prozent der Asylbewerber eine Verfolgung vor, etwa ebenso viele Anträge werden aber auch abgelehnt. Ganz anders funktioniert die Zuwanderung von Arbeitskräften, Studierenden oder Auszubildenden. Hier erfolgt die Auswahl nach bestimmten Kriterien. Der Staat kann steuern, und um die Mechanismen dieser Steuerung geht es bei einem möglichen neuen Einwanderungsgesetz.

ORIENTIERUNG AM ARBEITSMARKT

Durch ein Einwanderungsgesetz lassen sich zwar die Flüchtlingszahlen nicht regulieren. Es kann jedoch bei entsprechender Ausgestaltung dazu beitragen, dass Menschen, die über eine in Deutschland gesuchte Qualifikation verfügen, in Zukunft als Fachkraft einreisen statt als Asylbewerber. Dazu müssen sie vor allem von dieser Möglichkeit wissen und sollten nicht von bürokratischen Hürden behindert werden. Transparenz, Flexibilität mit Blick auf den regionalen Bedarf des Arbeitsmarktes, guter Service für Migranten und Unternehmen und ein internationales Migrationsmarketing sind also die migrationspolitischen Entwicklungsziele. Diese bedürfen einer Ergänzung durch ein ineinandergreifendes System von Integrationsangeboten, die durchaus verpflichtenden Charakter haben; Beispiele sind Integrationshilfen durch persönliche Paten beziehungsweise im Arbeitskontext Mentoren, Integrationskurse (Politik, Gesellschaft, Kultur und deutsche Sprache) und besondere Angebote für neu einreisende Kinder. Dieses System ist auch für anerkannte Asylbewerber sinnvoll, die ebenfalls in Deutschland bleiben werden. Ohne Integration funktioniert auf Dauer weder die Aufnahme der Flüchtlinge noch die gesellschaftliche Inklusion von Einwanderern.

Nach geltendem deutschen Recht ist Voraussetzung für ein Arbeitsvisum, dass der Migrant einen Arbeitsvertrag mit einem deutschen Unternehmen vorweisen kann. Ein klassisches Punktesystem funktioniert nach einem anderen Prinzip. Es vergibt Punkte für Merkmale wie Ausbildung, Sprache, Alter und Vorerfahrungen im Zielland. Wer genügend Punkte hat, kann zuwandern und sich vor Ort um einen Job bemühen. Das Ziel muss sein, dass Einwanderer tatsächlich eine Arbeit finden, die ihren Qualifikationen entspricht und sie davor bewahrt, von Transferleistungen leben zu müssen.

Es ist daher wichtig, Einwanderung mit den tatsächlichen Bedarfen auf dem Arbeitsmarkt zu verknüpfen. Kanada hat erst dieses Jahr sein Punktesystem um das Kriterium eines Arbeitsvertrages ergänzt. Auch Deutschland hat sein System gelockert: Wer über eine gesuchte Ausbildung verfügt und seinen Lebensunterhalt in dieser Zeit selbst bestreiten kann, darf für ein halbes Jahr in Deutschland leben und hier auf Jobsuche gehen. Von dieser Möglichkeit wissen leider zu wenige Menschen.

Aber muss Deutschland wirklich noch Migranten anwerben? In einer Zeit, in der schon so viele Flüchtlinge ankommen? Ja, denn für innovative Forschung und wettbewerbsfähige Industrie bedarf es qualifizierter Fachleute, die gezielt ausgebildet werden oder aus dem Ausland zuwandern. Dabei ist eben nicht entscheidend, wie viele Menschen zuwandern, sondern wer genau nach Deutschland kommt.

„SPURWECHSEL“ IM VERFAHREN

Viele Syrer haben in den letzten Jahren die Möglichkeiten genutzt, über legale Wege nach Deutschland einzureisen, beispielsweise als IT-Fachleute, die keinen Asylantrag benötigten. Für diejenigen aber, die in Deutschland Asyl beantragen, steht derzeit die Möglichkeit eines „Spurwechsels“ in der Diskussion. Damit könnten sich Asylbewerber unabhängig vom Ausgang ihres Asylverfahrens als Arbeitskräfte bewerben und gegebenenfalls in den Arbeitsmarkt eintreten. Bei der Idee des Spurwechsels geht es also nicht so sehr um den Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber. Sie dürfen nach drei Monaten arbeiten, auch während des Asylverfahrens. Die erfolgreiche Arbeitsaufnahme verhindert allerdings nicht die Ausweisung, sollte der Antrag auf Asyl abgelehnt werden. Im Falle der Anerkennung dürfen Flüchtlinge ohne Einschränkung arbeiten. Ihr Aufenthalt ist damit sogar sicherer als der einer Fachkraft, die einen Arbeitsvertrag nachweisen muss. Vielmehr geht es beim Spurwechsel darum, ob und in welcher Weise eine bestimmte Qualifikation oder eine Arbeitstätigkeit in einem deutschen Betrieb Einfluss auf sein Bleiberecht haben sollten. Ein solches Kriterium könnte möglicherweise die Kriterien der Verfolgung und Schutzbedürftigkeit aufweichen und in Richtung Qualifikation und Nutzen für den Arbeitsmarkt verschieben. Worin besteht der Vorteil? Die Unternehmen hoffen, unter den Asylbewerbern Fachkräfte und Auszubildende zu finden. Im letzten Ausbildungsjahr blieben 37.000 Ausbildungsplätze unbesetzt. Vom Zugehen der Betriebe auf Flüchtlinge profitierten also alle Beteiligten: Die Unternehmen finden motivierte Mitarbeiter, die Flüchtlinge können sich sinnvoll einbringen und sind nicht auf Sozialleistungen angewiesen, und sie alle zeigen, wie Integration ganz selbstverständlich funktioniert.

MIGRATION LENKEN UND CHANCEN ERHÖHEN

Trotz der zweifellos positiven Effekte stellt sich die Frage, ob es überhaupt einer grundsätzlichen Durchlässigkeit zwischen den Aufenthaltstiteln bedarf und ob diese langfristig ein sinnvolles migrationspolitisches Instrument ist. Das migrationspolitische Fernziel lautet: Migration in legale, steuerbare und für die Menschen sichere Bahnen zu lenken. Nach Berichten aus den Aufnahmezentren hegen nicht wenige der Asylbewerber, die trotz geringer Chancen auf Asyl einen Antrag stellen, die Hoffnung, während des Asylverfahrens einen Job finden und dann doch irgendwie bleiben zu können. Bei allem Verständnis dafür, dass die äußerst schwierigen Lebensumstände in den Herkunftsländern diese Hoffnungen nähren: Die Botschaft sollte nicht sein, dass das Asylsystem die erfolgsversprechendste Möglichkeit bietet, nach Deutschland einzuwandern. Andersherum wird ein Schuh daraus: Wer über die Voraussetzungen verfügt, als Arbeitskraft nach Deutschland zu kommen, soll das auch tun können, mit einem Visum und auf sicherem und legalem Wege. Nur eine grundsätzliche Trennung von humanitärer und gesteuerter Zuwanderung in Verbindung mit einem besseren Migrationsmarketing kann dies leisten.

Pragmatische Ausnahmen von dieser Trennung müssen an Voraussetzungen gebunden sein, die den oben beschriebenen Pull-Effekt ausschließen. Dies wäre beispielsweise über eine Begrenzung der Möglichkeit eines Spurwechsels auf bestimmte Herkunftsgruppen abhängig von der Verfahrensdauer und der Schutzquote möglich. Bleiben Asyl und gesteuerte Zuwanderung grundsätzlich getrennt, kann auch die Einwanderung von Personen mit mittlerer und niedriger Qualifikation weiter erleichtert werden, wenn die Lage auf dem Arbeitsmarkt es erfordert. Sie muss allerdings von Schutzmechanismen flankiert werden, damit weder Lohndumping entsteht noch die Arbeitsmarktintegration von Menschen leidet, die schon in Deutschland leben.

Ein Hauptargument der Wirtschaft für den Spurwechsel ist die Planungssicherheit für die Unternehmen. Sie sind bereit, in die Ausbildung und Integration von Asylbewerbern und Geduldeten zu investieren, zögern aber, weil diese am Ende doch abgeschoben werden könnten. Dieses Risiko können sie verringern, wenn sie bevorzugt bereits anerkannte Flüchtlinge einstellen, deren Aufenthaltsperspektive gesichert ist. Für Geduldete ist seit diesem Sommer eine neue Bleiberegulation in Kraft, die dem unsicheren Aufenthaltsstatus nach einer gewissen Frist ein Ende setzt. Da dennoch ein paar Jahre bis zur unbefristeten Niederlassungserlaubnis vergehen, bleibt für die Unternehmen ein gewisses Risiko bestehen. Der Staat sollte seinerseits die Beschleunigung der Asylverfahren weiter vorantreiben. Je kürzer die Verfahren, desto

früher haben die Asylbewerber eine dauerhafte Lebensperspektive und die Unternehmen Gewissheit.

MAMMUTAUFGABEN DER ZUKUNFT

Wie Pilotprojekte zeigen, haben Flüchtlinge trotz der rechtlichen Erleichterungen beim Arbeitsmarktzugang noch ganz andere Hürden zu meistern. Meist sind Praktika und Arbeitsproben hilfreich, um die Fähigkeiten der geflohenen Menschen einschätzen zu können. Zeugnisse, die sie sich anerkennen lassen könnten, haben viele auf der Flucht dabei. Auch ausreichende aktive und passive Deutschkenntnisse sind Voraussetzungen, die man – je nach Anforderung der Tätigkeit – erst nach ein paar Monaten bis Jahren meistert. Bis ein Flüchtling sicher in den Arbeitsmarkt integriert ist und von seinem eigenen Verdienst leben kann, vergehen nach Schätzungen von Experten ein bis drei Jahre. Manchen gelingt es aufgrund von erlittenen Traumata vielleicht nie. Eine flächendeckende Unterstützung für Flüchtlinge und Arbeitgeber, allgemeine und berufsbezogene Sprachkurse, die Feststellung der Qualifikation und Angebote zur Nachqualifikation sowie ein erheblicher Ausbau der psychologisch-medizinischen Hilfen, und zwar mit dafür geeigneten Dolmetschern: Hier liegen die Mammutaufgaben, damit die Flüchtlinge von heute zu Fachkräften von morgen werden können.

Willkommen in Deutschland

Katrin Göring-Eckardt und Peter Tauber diskutieren über
die „Zukunft der Einwanderungsgesellschaft“

KATRIN GÖRING-ECKARDT

Geboren 1966 in Friedrichroda (Thüringen), von 2009 bis 2013 Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), seit 2013 Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

PETER TAUBER

Geboren 1974 in Frankfurt am Main, Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Generalsekretär der CDU Deutschlands.

Frau Göring-Eckardt, Deutschland ist das zweitbeliebteste und größte Einwanderungsland innerhalb der OECD,

und dennoch, so sagen Prognosen, werden bis 2030 circa fünf Millionen Fachkräfte in diesem Land fehlen. Bei der Integrationskonferenz des Bundesinnenministeriums wurde diskutiert, ob Deutschland ein neues Zuwanderungsgesetz braucht. Ist Deutschland für qualifizierte Zuwanderer nicht attraktiv genug?

Katrin Göring-Eckardt: Deutschland hat sich immer noch nicht entschieden, ob es ein Einwanderungsland sein will – also ob es Zuwanderung zulassen oder sie begrenzen will. Das Gesetz heißt „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der



V.l. n. r.: Katrin Göring-Eckardt, Ali Aslan, Peter Tauber, Foto: Roos Mulders, Berlin

Zuwanderung“. Es geht also um Begrenzung von Einwanderung. Auch würde ich den Begriff „Zuwanderung“ streichen, da er unterscheidet – zwischen denen, die dazukommen, und denen, die schon dazugehören. Ein Einwanderungsgesetz würde eine Einladung sein, die vermittelt: Wir wollen euch, brauchen euch!

Dabei würde es auch bedeuten, dass wir eine Verantwortung tragen. Denn man kann die Leute nicht hierherbestellen und dann nur sagen: Bitte arbeitet hier, weil bei uns Fachkräfte fehlen!

Entscheidend ist, ob es gelingt, eine gemeinsame Gesellschaft zu gestalten. Oder anders gesagt: ob es eine „Wir“- und eine „Die“-Veranstaltung wird. Wenn wir das „Wir“ wollen, brauchen wir ein Einwanderungsgesetz und nicht 48 verschiedene Türen, durch die man hierherkommen kann – so viele Varianten gibt es heute! Das ist absurd und damit lädt man niemanden ein.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière sprach sich gegen ein neues Einwanderungsgesetz aus, weil die existierenden Mechanismen ausreichend seien. Würden Sie dem zustimmen?

Peter Tauber: Thomas de Maizière hat recht, denn wir haben vielfältige Regelungen. Aber wird es leichter, nach Deutschland zu kommen, wenn man von den bestehenden 48 Türen zwanzig zumacht?

Ich habe nichts dagegen, Gesetzesänderungen in einem Einwanderungsgesetz zusammenzufassen, aber es kann dabei nicht um die Frage von mehr oder weniger Zuwanderung gehen. Sondern es muss darum gehen, Zuwanderung so zu organisieren, dass sie unsere Gesellschaft voranbringt. Ich glaube, es ist klug, die Dinge, die eine Gesellschaft braucht, auch über Einwanderung zu regeln. Und eben nicht pauschal zu sagen: Mehr oder weniger Einwanderung ist gut.

Also ist das deutsche Einwanderungsgesetz zu bürokratisch?

Peter Tauber: Darüber lässt sich streiten. Wo man vereinfachen kann, sollte man das tun. Aber nach meiner Erfahrung liegt es nicht allein am Gesetz, sondern vor allem daran, wie mit ihm gearbeitet wird. Wenn wir unsere Auslandsvertretungen, unsere Institutionen – wie die Deutsche Welle bis zu den deutschen Auslandsschulen – nicht nutzen, um zu vermitteln, welche Perspektiven Fachkräfte und Wissenschaftler in Deutschland haben, dann nützt das schönste und neueste Gesetz nichts.

Katrin Göring-Eckardt: Ich würde nicht sagen, dass es nur um Zuwanderung geht, die uns nützt: Wir haben auf der einen Seite diejenigen, bei denen wir auf Qualifikationen und Abschlüsse schauen und die wir als Einwanderer gewinnen wollen. Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die geflohen sind und auch länger hierbleiben werden. Da können wir nicht nur eine Nutzendebatte führen, sondern wir müssen darüber reden, wie wir das als Gesamtheit bewältigen.

Wo würden Sie als Erstes ansetzen, wenn Sie sich an ein neues Einwanderungsgesetz machen müssten?

Katrin Göring-Eckardt: Bei der Staatsbürgerschaft qua Geburt. Da muss man nur einen Satz im Gesetz ändern. Und es wäre ein echtes Zeichen, zu sagen: Wer hier geboren ist, ist Deutscher – und Punkt!

„Willkommenskultur“ ist ein Begriff, der oftmals in die Debatte geworfen wird. Aber gibt es nicht bei zehn

verschiedenen Leuten zehn verschiedene Definitionen dafür?

Katrin Göring-Eckardt: Diese Ungenauigkeit ist gut und schlecht zugleich. Eine Mehrheit der Deutschen sagt: Wir wollen, dass mehr Menschen hierherkommen. Das ist anders als in den 1990er- und 2000er-Jahren. Da gab es noch den Slogan „Kinder statt Inder“ in NRW und die Debatte über die „doppelte Staatsbürgerschaft“ in Hessen – das ist die alte Hypothek der CDU. Aber die Frage ist: Erkennen wir an, dass die Deutschen mehrheitlich mehr Zuwanderung wollen?

Auch das Wort Integration passt nicht. Wohin soll sich eigentlich jemand integrieren? Wer einmal in den Vereinigten Staaten war, der sieht: Die Menschen, die dort hingekommen sind, haben alles mitgebracht – ihre Kultur, ihre Sprache. In den USA sind wir gerührt, wenn es dort deutsche Bäckereien gibt, wo noch Deutsch gesprochen wird. Aber in Deutschland soll das nicht so sein dürfen?

Nur damit kein Missverständnis entsteht: Ich finde, dass alle, die hierherkommen, sofort Deutsch lernen müssen. Aber es geht nicht darum, sich in eine Mehrheitsveranstaltung zu integrieren. Diese alte Leitkulturdebatte hilft uns nicht.

Peter Tauber: Zu den angeblichen Hypothesen ist anzumerken: Als es aus der CDU hieß, es solle nur jemand eingeschult werden, der ausreichend Deutsch spreche, weil das der Zugang zu unserer Gesellschaft sei, da empörten sich die Grünen und riefen: „Zwangsgermanisierung!“

Wenn Sie sagen, 74 Prozent der Deutschen seien für ein Einwanderungsgesetz, dann bin ich mir nicht sicher, ob sie damit automatisch mehr Einwanderung meinen.

Der Begriff Einwanderung sagt das nicht aus. Was die Zahlen zeigen, ist aber, dass sich unsere Gesellschaft mit dem Thema auseinandersetzt.

Volker Bouffier hat neulich einen Satz von Max Frisch aufgegriffen: „Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen.“ Das ist sicher richtig. Nur reicht es, um Identität mit einer Gesellschaft zu stiften, auch nicht aus, einfach nur die Staatsbürgerschaft weiterzugeben. In Kanada ist der Zugang zur Staatsbürgerschaft ähnlich geregelt wie bei uns. Aber da ist es nicht so, dass man den Pass im Amt rübergeschoben bekommt wie sonst einen Hundesteuerbescheid oder eine Kfz-Anmeldung. Die Kanadier inszenieren dieses „Bürgerwerden“. Da hat Deutschland noch Nachholbedarf.

Es leben auch qualifizierte Deutsche im Ausland – viele davon mit Migrationshintergrund. Etwa drei Millionen, besagt eine OECD-Statistik. Warum schaffen wir es nicht, diese Deutschen vom Bleiben zu überzeugen?

Peter Tauber: Ich bin nicht sicher, ob das so ganz stimmt. Denn registriert wird jede Form von Migration – also auch, wenn jemand nur für ein Semester als ERASMUS-Student ins Ausland geht. Diese Studierenden gehen genauso in die Statistik ein wie die Menschen, die mit der festen Absicht kommen, hier einen neuen Lebensmittelpunkt zu suchen. Wenn aber feststellbar ist, dass wir bei der türkischstämmigen Bevölkerung einen Negativsaldo haben – also mehr abwandern als zuziehen –, und wenn sich dann noch zeigt, dass besonders die gut Qualifizierten abwandern, müssen wir natürlich nach Gründen fragen.

Anders als es ein ängstlicher Teil in unserer Gesellschaft vermutet, ist Einwanderung nicht mit Einwanderung aus muslimischen Ländern gleichzusetzen. Es gibt, wie die OECD-Statistik besagt, eben auch eine Auswanderung in muslimische Länder, die Nachteile für Deutschland hat. Von „Islamisierung“, einem Begriff, der ohnehin fehlleitend ist, kann auch auf der Grundlage der Zahlen keine Rede sein. Dann müsste man eher von einer „Rekatholisierung“ der Republik sprechen, weil die meisten Zuwanderer aus katholischen Ländern stammen.

Die positive Bewertung durch die OECD hängt übrigens damit zusammen, dass sich in Deutschland während der letzten zehn Jahre unheimlich viel verändert hat. Nach der Studie sind wir eine der modernsten und offensten Einwanderungsgesellschaften.

In der Debatte werden die Begriffe Migranten und Flüchtlinge vermischt. Die Zahl der Flüchtlinge ist stark gestiegen, vielleicht erreichen wir sogar Rekordzahlen in diesem Jahr. Brauchen wir neue politische Instrumente, um das zu bewältigen?

Katrin Göring-Eckardt: Ja, vor allem in den Kommunen. Die haben das zu tragen und zu gestalten. Ich würde nicht sagen, das ist ein „Problem“ oder eine „Last“. Ich würde auch ungern von „Flüchtlingsströmen“ reden, das wird den Menschen nicht gerecht. Aber natürlich sind Prognosen von 400.000 oder auch 500.000 Flüchtlingen in diesem Jahr für Länder und Kommunen eine echte Herausforderung.

Neulich waren Vertreter von hundert Kommunen, die sich in Haushaltsnotlage

befinden, bei mir. Sie fragen natürlich: Wie sollen wir das finanziell stemmen? Es kommt darauf an, zu erkennen, dass das eine nationale, das heißt eine Bundesaufgabe ist und dass diese Kommunen ganz praktisch und schnell unterstützt werden müssen. Das geht aber nicht, indem wir sagen: Da tun wir noch mal ein paar Millionen drauf. Und wenn das Geschrei dann wieder laut genug ist, kommen noch ein paar Millionen dazu. Nein, man muss sagen: Die Erstaufnahmekosten werden übernommen, die Gesundheitskosten und die Deutschkurse.

Auch müssen wir uns darauf einstellen, dass diese Menschen zum Teil länger bleiben. Deshalb ist wichtig, dass es die Möglichkeit gibt, den Status zu wechseln. Man kommt also als Flüchtling und wird vielleicht Einwanderer, weil man einen Beruf hat, der hier dringend gebraucht wird.

Peter Tauber, würden Sie dem beipflichten?

Peter Tauber: Bei neuen Instrumenten denke ich an die Ausweitung der Regelung für die sicheren Drittstaaten. Da brauchen wir eine neue Regel. Ansonsten tagt jetzt der Flüchtlingsgipfel. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird das Personal aufgestockt, um die Verfahren zu beschleunigen, damit die Menschen schneller wissen, ob sie den Aufenthaltsstatus – eine Anerkennung oder eine Duldung – bekommen oder eben nicht.

Ich kenne die Probleme der Kommunen aus meinem Wahlkreis. Ich erlebe aber auch, dass es jedes Bundesland anders macht. Es gibt Bundesländer, die für die Kommunen die kompletten Kosten übernehmen, während andere die

Mittel, die der Bund ihnen jetzt gegeben hat, nicht annähernd an die Kommunen weiterreichen.

Ob es der allein selig machende Weg ist, zu sagen, das muss der Bund komplett übernehmen – das weiß ich nicht. Für mich gibt es eine nationale Aufgabe, bei der jeder sein eigenes Päckchen schultern muss – der Bund mit schnelleren Verfahren, vielleicht auch mit einer entsprechenden finanziellen Ausstattung. Eine Milliarde mehr hat er ja schon gegeben. Dass Kommunen und Länder am Ende immer nur nach dem Bund rufen, ist aber auch ein bisschen wenig, wenn es darum geht, dass sich jeder seiner Verantwortung stellt.

Katrin Göring-Eckardt: Nur nach dem Bund rufen würde ich auch nicht. Die Unterbringung muss nicht vom Bund bezahlt werden, aber die Erstaufnahme – das heißt, solange diese Verfahren dauern. Dabei müssen wir ein großes Interesse daran haben, dass die Leute von Anfang an Deutsch lernen – unabhängig davon, wie lange sie dableiben. Das Asylrecht ist kein sinnvolles Recht für Leute, die eigentlich Einwanderer werden wollen. Da wäre ein Einwanderungsgesetz, das seinem Namen gerecht wird, ein guter Weg. Im Moment haben Einwanderer das Gefühl, sie könnten nur über das Asylrecht hierherkommen.

Stichwort: Politische Partizipation. Wie wollen Sie, Herr Tauber, Migranten davon überzeugen, in die CDU einzutreten und dort mitzuwirken?

Peter Tauber: Ich könnte frech sagen: Bei einem Altersdurchschnitt von 59 in meiner Partei und bei der Zahl von Deutschen, die im „Mittelalter“ von 59 einen

Migrationshintergrund haben, liegen wir mit fünf Prozent vielleicht nicht schlecht. In der jüngeren Generation haben wir in Deutschland viele Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte. Die ist in der CDU noch nicht so stark repräsentiert, wie ich mir das wünsche. Das hat auch etwas mit Willkommenskultur zu tun – bei allen Parteien.

Es gibt viele Bürger, die skeptisch sind, ob es lohnt, sich in einer politischen Partei zu engagieren. Diejenigen mit einer Einwanderungsgeschichte fragen es sich wohl noch einmal verstärkt – vielleicht auch, weil nicht jede Äußerung in der Vergangenheit das Gefühl vermittelt hat, dass sie wirklich gefragt sind. Wir haben jetzt auch sehr viele neue Mitglieder muslimischen Glaubens in der CDU. Da ändert sich etwas.

Frau Göring-Eckardt, für eine Partei wie die Grünen, die sich zumindest nach außen hin sehr offen und bunt gibt, ist da auch noch viel Luft nach oben. Oder nicht?

Katrin Göring-Eckardt: Wenn ich richtigliege, gibt es bei uns elf Prozent Mitglieder mit einem Migrationshintergrund. Das ist nicht wenig. Aber das kann natürlich mehr werden. Im vergangenen Jahr haben wir uns mit Religionspolitik intensiver beschäftigt. Da merkt man, wie gut es ist, wenn in einer Partei nicht nur die Säkularen und die Christinnen und Christen sitzen, sondern auch Menschen jüdischen und muslimischen Glaubens.

Zugehörigkeit und Identifikation sind ja sehr schwammige Begriffe. Jetzt stören sich mittlerweile viele Leute am

Begriff Integration. Aber – was nehmen wir dann?

Peter Tauber: Man lehrt mich, dass ich jetzt „Bio-Deutscher“ wäre – im Vergleich zu einem „Neudeutschen“. Ehrlich gesagt, ich denke dann immer an meine grüne Komposttonne und fühle ich mich nicht so wohl dabei. Aber – Sprache und Begriffe sind wichtig. Selbst wenn Fußballvergleiche abgedroschen sind, ist die Nationalmannschaft ein gutes Beispiel für das, was ich sagen will: Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Prägungen spielen nach einem System. Wenn die Mannschaft kein einheitliches Spielsystem akzeptieren würde, funktionierte sie nicht. Das ist der Charme an der Sache: zu sagen, wir akzeptieren diese Diversität, wir finden sie sogar gut. Aber am Ende gibt es ein paar Dinge – die Grundlinien des Spielsystems –, auf die wir uns verständigen. Und danach spielen wir – nicht nur auf dem Rasen, auch in der Gesellschaft.

Einfach als deutsch bezeichnet zu werden – ist das so schwer?

Katrin Göring-Eckardt: „Wo kommst du her?“, ist ein blöde Frage. Ich bin als „Ossi“ ja auch Migrantin. Ich weiß, dass Integration schwierig ist, wenn man nichts mitbringen darf oder es zumindest verdächtig ist, wenn man etwas mitbringt. So eine Diskussion führt nicht weiter. Eher schon die, ob wir eine gemeinsame Idee haben, wo die Gesellschaft hinsoll. Bei den Spielregeln reicht die Verfassung aus. Da müssen wir uns nichts ausdenken – über Kultur oder Leitkultur. Die haben wir ohnehin schon.

Es ist entscheidender, darüber zu reden, wie wir zusammen leben wollen, wenn wir vielfältiger, multireligiöser werden. Ewig darüber zu sprechen, wer, wann und von wo hierhergekommen ist, führt dagegen nicht weiter.

Peter Tauber: Ich bin dezidiert der Meinung, dass wir eine Leitbilddebatte brauchen. Natürlich auf der Grundlage des Grundgesetzes. Aber auch mit dieser unumstrittenen Basis verändert sich die Gesellschaft mit der Zeit – auch Verfassungsfragen stellten sich 1950 anders als 2015. Und weil das so ist, sollten wir offen darüber diskutieren, was unsere Gesellschaft eint.

Können Sie mit dem Begriff „Leitbild“ leben?

Katrin Göring-Eckardt: Nein. Woran soll ich mich anpassen und orientieren? Wir können gern über gemeinsame

Identität reden, die wahrscheinlich weniger national als europäisch ist. Aber auch dann sage ich, eine Mainstream-Vorgabe, der alle nacheifern sollen, möchte ich nicht. Alles ist sehr unterschiedlich, und das sollte auch so bleiben. Halten müssen sich alle an die Verfassung.

Peter Tauber: Unterschiede in einer gewissen Bandbreite gut zu finden, kann doch ein Aspekt dieses Leitbilds sein. Und genauso würde es dazugehören, dass wir nicht akzeptieren wollen, wenn diese Unterschiede zur Diskriminierung von Frauen oder zu religiösem Fanatismus führen.

„Die Politische Meinung“ dokumentiert Auszüge aus einem Podiumsgespräch, das im Rahmen der Veranstaltung „Willkommen in Deutschland! Die Zukunft der Einwanderungsgesellschaft“ am 8. Juni 2015 stattfand. Eingeladen hatten die Heinrich-Böll-Stiftung und die Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Fragen stellte der Journalist Ali Aslan.

Rückkehr zur „Gastarbeiterpolitik“

Ein (kleiner) Beitrag zur Lösung der
gegenwärtigen flüchtlingspolitischen Krise?

HOLGER KOLB

Geboren 1977 in Fürstentfeldbruck,
Leiter des Arbeitsbereichs Jahres-
gutachten des Sachverständigen-
rates deutscher Stiftungen
für Integration und Migration.

Es gibt ein Unwort in der deutschen migrations-
politischen Diskussion: das der „Gastarbeiter-
politik“. Diese gilt – je nach politischem Stand-
punkt – als bedauerlicher Ausgangspunkt des
Wandels von Deutschland zu einem Einwande-
rungsland oder als Beginn eines (bis heute an-

dauernden) staatlichen Versagens im Umgang mit Integration und Migration. Hier soll aber nicht auf die Berechtigung dieser Vorwürfe eingegangen, sondern das „politisch links wie rechts“ geächtete Konzept der „Gastarbeiterpolitik“ neu und mit Bezug auf eine der zentralen innen- und europapolitischen Herausforderungen dieser Zeit diskutiert werden.

Als gesichert kann mittlerweile gelten, dass 2015 der bisherige Höchstwert der Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern aus dem Jahr 1992 deutlich übertroffen werden wird; das Bundesministerium des Innern geht von bis zu 800.000 Asylbewerbern aus, gegenüber dem Wert von 1992 wäre dies fast eine Verdopplung. Unter den Antragstellern sind zahlreiche Menschen aus Herkunftsländern mit hohen Anerkennungsquoten (etwa Syrer und Eritreer), daneben aber auch immer mehr Personen ohne realistische Aussicht, in einem Verfahren als schutzbedürftig anerkannt zu werden. Die Herkunftsländer dieser Gruppe liegen hauptsächlich auf dem Westbalkan.

Wie soll man nun politisch mit einer Zuwanderergruppe umgehen, die offensichtlich (fast zu 100 Prozent) nicht schutzbedürftig im Sinne des Asylrechts ist, aber angesichts der (ebenfalls offensichtlichen) Armut und der wirtschaftlich desaströsen Lage in den Herkunftsländern sich gezwungen sieht, den (scheinbar) alternativen Asylpfad als Exit-Route aus ihren Herkunftsländern zu wählen? Politisch diskutiert werden neben eher defensiv angelegten Instrumenten wie einer Ergänzung der Liste sicherer Herkunftsländer zur Verfahrensbeschleunigung auch Maßnahmen, Personen aus diesen Ländern unabhängig von ihrem Qualifikationsniveau und ihrer Branchenzugehörigkeit bei Vorliegen eines Arbeitsvertrags ohne weitere Beschränkungen nach Deutschland zuwandern zu lassen. Gerade dieser Vorschlag ist allerdings bei genauerer Betrachtung mit einigen Problemen verbunden.¹ Nicht zuletzt würde damit die Systematik des in den letzten Jahren umfassend reformierten deutschen Aufenthaltsgesetzes, das im Bereich der Arbeitsmigration laut OECD mittlerweile zu den offensten der gesamten OECD-Welt gehört, infrage gestellt.

AUS DEN FRÜHEREN ERFAHRUNGEN MIT ARBEITSMIGRANTEN LERNEN

Vielversprechender und auch realistischer erscheint deshalb eine Rückkehr zu einer echten und auf zwei Grundsätzen basierenden „Gastarbeiterpolitik“, in deren Rahmen Menschen aus wirtschaftlich armen Ländern, die die Bedingungen des in Deutschland in den letzten fünfzehn Jahren massiv liberalisierten Arbeitsmigrationsrechts (noch) nicht erfüllen können, die Möglichkeit erhalten, über Sonderprogramme zum Zweck der Erwerbstätigkeit befristet nach Deutschland zu kommen. Auch die in Deutschland zwischen 1955 und 1973 existierenden „Gastarbeiterprogramme“ wiesen implizit – zumindest zu Beginn – durchaus eine starke entwicklungspolitische Komponente auf. Es waren zunächst die Herkunftsländer, die die Initiative ergriffen und die damalige deutsche Bundesregierung zum Abschluss solcher Programme drängten. Sie erhofften sich neben einer Entlastung der heimischen Arbeitsmärkte vor allem einen Devisenimport durch Rücküberweisungen.²

Vor allem auf Druck der deutschen Arbeitgeber wurden die zunächst als temporäre Maßnahmen angelegten Anwerbeverträge relativ bald sukzessive entfristet mit der Folge, dass sich eine hohe Zahl der als „Gastarbeiter“ angeworbenen ausländischen Arbeitskräfte in Deutschland niederließ. Der 1973 erlassene Anwerbestopp führte schließlich zu weiterer Niederlassung und zum Nachzug der Familien. Aus den Erfahrungen dieser ersten (zwar temporär angelegten, allerdings so nicht umgesetzten) Arbeitsmigrationsprogramme ließe sich nun im Rahmen der hier vorgeschlagenen „Gastarbeiterprogramme“ mit ausgewählten Ländern des Westbalkans in zweierlei Hinsicht lernen.

Erstens: Migrationsprogramme, die eine starke entwicklungspolitische Komponente aufweisen und einen Beitrag zur viel beschworenen Bekämpfung von (asylrechtlich nicht relevanten) Fluchtursachen leisten sollen, sollten zunächst als temporäre Programme angelegt werden. Zum einen lässt sich nur durch eine strikte Befristung sicherstellen, dass der erhoffte Entwicklungseffekt nicht nur über finanzielle Rücküberweisungen während des Aufenthalts der „Gastarbeiter“ in Deutschland³, sondern auch über einen „Human- und Sozialkapitaltransfer“ erfolgen kann, der eine zumindest temporäre Rückkehr voraussetzt. Nach Ablauf der beispielsweise auf zwei Jahre begrenzten Maximalaufenthaltsdauer sollte also eine Rückkehr in das Herkunftsland erfolgen (müssen); damit verbindet sich die Hoffnung, dass das angesparte finanzielle Kapital sowie die in Deutschland neu erworbenen Kenntnisse und Kontakte im Herkunftsland sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene gewinnbringend eingesetzt werden können. Dies könnte sich zum Beispiel in der Gründung von Unternehmen und in der Intensivierung bereits bestehender Handelskontakte niederschlagen. Zum anderen könnte eine befristete Anlage solcher Programme zu größerer Akzeptanz einer weiteren Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Drittstaatsangehörige beitragen.

Zweitens: Lehrreich ist die Geschichte der „Gastarbeiterpolitik“ allerdings auch hinsichtlich des 1973 erlassenen Anwerbestopps, der sich entgegen seiner Intentionen zu einer Maßnahme der Förderung von dauerhafter Zuwanderung und Niederlassung entwickelt hat. Das Zuwanderern damals vermittelte Signal einer kategorischen Schließung des deutschen Arbeitsmarktes und des Auslaufens von künftigen Zuwanderungsoptionen führte dazu, dass der Rückkehrwunsch vieler nicht realisiert wurde und ein ursprünglich temporär befristet angelegter Aufenthalt in einen Daueraufenthalt samt Familiennachzug mündete. Ein neues entwicklungspolitisch angelegtes „Gastarbeiterprogramm“ sollte daher auf keinen Fall statisch als einmalige Einreise- und Aufenthaltsoption angelegt sein, sondern vielmehr die Möglichkeit bieten, nach erfolgter Rückkehr in das Herkunftsland (und einer gewissen Karenzzeit) erneut nach Deutschland einzureisen, um erneut einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen.

ZIRKULÄRE MIGRATIONSPROGRAMME

Auf europäischer Ebene, aber auch in Deutschland etwa werden solche Programme bereits seit einiger Zeit unter dem Stichwort der zirkulären Migration beziehungsweise der Mobilitätspartnerschaften diskutiert. In Deutschland wurde ein auf vier Jahre angelegtes Programm entwickelt, in dessen Rahmen bis zu 2.000 ausgebildete Krankenpflegekräfte aus Serbien, Bosnien-Herzegowina, den Philippinen und Tunesien nach Deutschland vermittelt werden sollen. Um die Idee zirkulärer Migrationsprogramme für die derzeitigen asyl- und flüchtlingspolitischen Herausforderungen nutzen zu können, sollten künftige Programme im Sinne einer echten „Gastarbeiterpolitik“ aber nicht auf Engpassberufe (wie etwa im Bereich der medizinischen Heilberufe) beschränkt bleiben; es wäre vielmehr sinnvoll, berufs- und qualifikationsgruppenübergreifend einer signifikanten Zahl von Personen aus den Ländern des Westbalkans den Weg nach Deutschland als Arbeitnehmer zu öffnen.⁴ Die in den jetzigen Programmen noch stark ausgeprägte (und prinzipiell durchaus legitime) Fokussierung auf in Deutschland stark nachgefragte Fachkräfte in Mangelberufen würde dann durch eine stärker herkunftsländerorientierte Perspektive modifiziert werden und damit für die Angehörigen der Staaten, die derzeit besonders häufig als „chancenlose Asylbewerber“ nach Deutschland kommen, interessant werden. Damit verbindet sich die Erwartung, dass durch entsprechende Optionen einer temporären Beschäftigung in Deutschland – einschließlich der Pflicht zur Rückkehr und der Möglichkeit späterer erneuter Einreise – ein Beitrag zu wirtschaftlicher Entwicklung des Westbalkans und damit zur Bekämpfung der Fluchtursachen geleistet werden kann.

¹ Ein solcher Weg würde grundsätzlich den schwedischen Weg der Arbeitsmigrationspolitik beschreiten; auf die dort auftretenden Probleme wird im Jahresgutachten 2015 des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Migration und Integration (SVR) hingewiesen. Vgl. SVR (2015), Unter Einwanderungsländern: Deutschland im internationalen Vergleich, Berlin.

² Vgl. dazu exemplarisch: Ulrich Herbert (2001): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, München, S. 203.

³ Als empirisch vielfach belegt zu berücksichtigen ist dabei auch, dass finanzielle Rücküberweisungen im Zeitverlauf tendenziell abnehmen.

⁴ Ohne an dieser Stelle die Höhe entsprechender „Gastarbeiterkontingente“ benennen zu können (und zu wollen), wird allein durch die derzeitige Dimension des Asylzuzugs aus diesen Ländern deutlich, dass nur umfangreiche und großflächig angelegte Programme wirkungsvoll sein können. 2015 werden in Deutschland 200.000 bis 300.000 Asylbewerber aus den Ländern des Westbalkans erwartet.

Stürmische Zeiten

Zivilgesellschaften stehen international unter wachsendem Druck

FRANK PRIESS

Geboren 1957 in Wolfsburg, Stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Ziemlich abrupt, während der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts, hat die Demokratie aufgehört, in der Welt voranzukommen.“ Diese Bilanz von Thomas Carothers und Oren Samet-Marram (The New Global Marketplace of Political Change, Washington 2015: Carnegie Endowment for International Peace, S. 6) mag sehr pauschal sein, aber sie trifft einen wunden Punkt. Nicht, dass es in der

Demokratieförderung, wie sie die Konrad-Adenauer-Stiftung betreibt, keine Fortschritte gäbe, aber auch bei unserer internationalen Arbeit merken wir deutlich: Die Jahre des Sonnenscheins nach dem Ende des Kalten Krieges sind vorüber, ein raueres Klima zieht auf, teilweise drohen stürmische Zeiten. Anders, als es manche angenommen hatten, ist Demokratie kein Selbstläufer, der automatisch spätestens dann siegt, wenn undemokratische Systeme wirtschaftlichen Erfolg haben und eine aufstrebende Mittelschicht größere Beteiligungsrechte reklamiert – das lässt sich inzwischen wohl gut belegen. Längst ist ein internationaler Systemwettbewerb entstanden, bei dem die

Kombination von wirtschaftlicher Effizienz und autoritärer Herrschaft durchaus ihre Anhänger findet. Selbst wirtschaftlich wenig leistungsfähige Regime können Zustimmung für repressive Maßnahmen generieren, wenn sie nur heftig genug auf der nationalistischen Klaviatur spielen oder sich auf traditionelle Werte berufen, die im dekadent-demokratischen Westen angeblich unter die Räder kommen. Auch lässt sich beobachten, dass einmal erreichte Demokratiestandards in frühere Stadien zurückfallen. Wenn Institutionalisierung misslingt und gerade eine junge demokratische Transitionsgesellschaft die Erwartungen der Menschen enttäuscht, sind demokratische Systeme keineswegs vor Zusammenbruch gefeit. Eine Delegitimierung der Demokratie als Modell und Lebensform kann die Folge sein.

Umgekehrt gilt: Viele autoritäre Regime sehen sich zu umfassenden Maßnahmen gegen die eigenen Bürger veranlasst, gerade weil diese wacher, aktiver und vernetzter geworden sind. Es ist die einheimische Zivilgesellschaft, die in allererster Linie getroffen werden soll. Ihre Vertreter zahlen den höchsten Preis, wenn sie Opfer von Repressionen werden und plötzlich Schwierigkeiten am Arbeitsplatz haben, für minimale Äußerungen ihrer Meinung zu absurd hohen Strafen verurteilt, eingesperrt oder sogar ermordet werden.

NGO ALS „AUSLÄNDISCHE AGENTEN“

Empfindlich treffen kann man diese Zivilgesellschaft aber auch dadurch, dass man internationale Organisationen behindert,

unterdrückt oder außer Landes drängt, auf deren Unterstützung sie oft angewiesen ist. In einem Klima von Angst und Einschüchterung lassen sich national kaum Mittel akquirieren, die man für ein stark ehrenamtlich gestütztes Engagement braucht. Dazu ist internationale Sichtbarkeit sowohl Schutz als auch Druckmittel – und somit für die internationalen Organisationen oft eine entscheidende Motivation, selbst unter schwierigsten Umständen in einem Land zu bleiben. Hier nun setzt derzeit weltweit eine ganze Flut von sogenannten NGO (Nicht-Regierungs-Organisationen)-Gesetzen an, die besser als Anti-NGO-Gesetze zu beschreiben wären – eine bedrohliche Entwicklung für nationale und internationale Akteure.

Die Bandbreite der Maßnahmen ist vielfältig: Sie beginnt mit komplizierten Registrierungs- und Akkreditierungsprozeduren – politische Obstruktion lässt sich allzu leicht zum puren Verwaltungsakt deklarieren. Sie setzt sich fort mit einer engmaschigen Kontrolle und gegebenenfalls Behinderung von Projektfinanzierungen, ausgeweiteten Genehmigungsverfahren, exzessiven Berichterstattungspflichten, Anhörungen. Letztlich kommt es sogar zu Büroschließungen und Ausweisungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Einheimische Partner werden bisweilen mit schwammigen Spionage- und Sabotageparagrafen verunsichert, wobei sie nie wissen, wie eine meist nicht unabhängige Justiz die Kooperation mit ausländischen NGOs auslegen wird – da ist es nur konsequent, wenn diese sich schon vorab als „ausländische Agenten“ anmelden müssen. Große und einflussreichere Staaten gehen voran, in ihrem Windschatten folgen andere.

VORWURF DES MISSIONARISCHEN EIFERS

Leider sind es nicht nur autoritäre Staaten, die verstärkt Druck ausüben, sondern auch langjährige Demokratien, etwa in Asien oder Lateinamerika, werden zunehmend misstrauisch gegenüber in- und ausländischen NGOs. Daher lohnt ein etwas tieferer Blick auf die Motivlage: Das Verlangen nach „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ hat Tradition, wenn es um ausländische Akteure geht. Ihnen wird Beeinflussung zugunsten fremder Interessen vorgeworfen, ein missionarischer Eifer ohnehin. Verschwiegen wird: Die ausländischen Akteure werden meist nur dann tätig, wenn nationale Partner – etwa Parteien, Verbände, NGOs – von ihrem Recht Gebrauch machen, sich international mit Partnern ihrer Wahl zu vernetzen. Zudem existieren in den gleichen Ländern oftmals parallel wichtige Kontakte und Kooperationen zwischen Politischen Stiftungen und Regierungsinstitutionen, wo thematische Interessen übereinstimmen.

Der „Westen“ – allen voran natürlich die westliche Vormacht USA – wird undifferenziert zum Kontrahenten erklärt; mindestens unterschwellig findet sich in vielen Gesellschaften Sympathie für das Argument, dass man sich von diesem nicht mehr schulmeistern lassen will. Schnell sind dann Vorwürfe von doppelten Standards zur Hand und der Hinweis auf eine koloniale Vergangenheit, in der die „westlichen Werte“ mindestens im Verhalten gegenüber Nicht-Westlern nicht allzu viel galten. Nationales Selbstwertgefühl und ein enger Souveränitätsbegriff tun ein Übriges. Wenn dann noch unsen-

sibles oder mindestens als arrogant empfundenen Auftreten einzelner Vertreter internationaler Organisationen hinzukommt, die Erfahrungen und Wertvorstellungen moderner westlicher Gesellschaften eins zu eins auf das Einsatzland zu übertragen versuchen, ist das Feindbild schnell fertig. Besonders brisant wird ein erweiterter Demokratiebegriff dann, wenn dessen Vertreter Ansprüche an bestimmte zivile Rechte geltend machen, die etwa mit Glaubenstraditionen nicht selten archaischer Gesellschaften kollidieren. Auch deren Repräsentanten nehmen für sich ja Legitimation vielfältigster Art in Anspruch.

Ein neues Selbstbewusstsein erwächst aus den größeren finanziellen Spielräumen gerade aufstrebender Staaten: Deren Bereitschaft, Maßnahmen der Demokratieförderung durch westliche Akteure zuzulassen, mag in den vergangenen Jahrzehnten für Akzeptanz gehalten worden sein; in Wirklichkeit stand vielfach die utilitaristische Hinnahme westlicher Wünsche dahinter, ohne die etwa eine intensive Entwicklungsfinanzierung nicht geflossen wäre. In Zeiten zurückgehender Bedeutung staatlicher Entwicklungshilfe und steigender Möglichkeiten vieler Länder, sich am internationalen Kapitalmarkt oder über „new donors“ auch ohne lästige Auflagen zu finanzieren, sinkt die Kompromissbereitschaft. Dass neues Selbstbewusstsein und eine größere internationale Rolle mit kleinlicher Kontrolle und Unterdrückung nach innen nicht harmonieren, wird als Widerspruch nicht hinreichend wahrgenommen.

Dabei muss das legitime Bedürfnis nationaler Stellen, von ausländischen Akteuren wissen zu wollen, was diese auf dem jeweiligen Staatsgebiet tun, von

repressiven und undemokratischen Praktiken deutlich unterschieden werden. Nicht gleich jede Verweigerung steuerlicher Vorteile für solche Aktivitäten ist ein feindlicher Akt. Und natürlich muss von internationalen Gästen erwartet werden, dass sie sich an die Landesgesetze halten. Es kann auch nicht die Aufgabe entsandter Kräfte sein, selbst in vorderster Reihe an politischen Aktivitäten im jeweiligen Einsatzland teilzunehmen und dabei als politische Lautsprecher zu fungieren. Hier sind Organisationen, die kontinuierlich und transparent mit eigenem Personal vor Ort sind, möglicherweise sensibler als solche, die nur zu singulären Maßnahmen einfliegen und eher das Publikum in ihren Heimatländern im Blick haben.

DOPPELBÖDIGE LOBBYARBEIT VON AUTOKRATEN

Überraschend und scheinheilig ist, dass Restriktion nach innen bei zahlreichen Ländern mit starker eigener Auslandstätigkeit korrespondiert. Während westliche Demokratieförderung unter dem Generalverdacht steht, „Farbenrevolutionen“ oder „regime change“ auslösen zu wollen, ist man selbst ganz ungeniert einflussnehmend international unterwegs. Da werden offen politische Parteien und Gruppen finanziert – etwa im rechtsextremen Spektrum –, die den eigenen Zielen nützlich zu sein scheinen; der eigene Propagandaapparat wird aufgeblasen, und es wird in großem Stile Einfluss gekauft. Die Lobbyarbeit der Autokraten ist massiv spürbar – egal ob in Berlin oder Brüssel oder beim Europarat in Straßburg. Ländern, die die Ausübung anderer Religionen

auf ihrem Staatsgebiet rigoros unterbinden, missionieren anderswo in überaus aggressiver Form. Selbst die Finanzierung religiös motivierten Terrors durch eigene Staatsbürger wird so lange geduldet, bis die Welle aufs eigene Territorium zurückschwappt. Anderenorts werden überholte linksextreme Ideologien, gestützt auf Ölmilliarden, erneut zum Exportartikel.

Nun ist es für demokratische Staaten seit jeher schwierig, mit den Behinderungen demokratischer Bewegungen anderswo angemessen umzugehen. Das Problem ist: Die Autokraten wissen das ganz genau! Sie kennen die Spannungsverhältnisse gut, unter denen das Außenhandeln der Demokratien steht. Der bereits erwähnte Respekt vor den „inneren Angelegenheiten“ ist für ein zivilisiertes Zusammenleben von Staaten bedeutend: Wenn selbst Völkermord und massivste Menschenrechtsverletzungen mit Rücksicht darauf oft ungesühnt geblieben sind, welchen Druck wollte man da gegenüber Beeinträchtigungen der Zivilgesellschaft unterhalb der Schwelle brutaler Aggression ergreifen?

Hinzu kommt das Interesse der Demokratien an mindestens kurzfristiger Stabilität in Krisenregionen, das bisweilen aus Despoten plötzlich wieder geschätzte Gesprächspartner werden lässt. Mit Rücksicht auf dieses Interesse muss immer wieder in Kauf genommen werden, dass solche Gespräche die Zivilgesellschaft vor Ort frustrieren, den Westen Glaubwürdigkeit kosten und Stabilität bestenfalls kurzfristig garantieren. Gesinnungs- und Verantwortungsethik liegen im Streit, widerstreitende Interessen kollidieren. Nicht selten sind Autokratien auch geschätzte Wirtschaftspartner, zu denen für die eigenen Unternehmen der Zugang

gesichert werden soll – der eigene Wähler erwartet zwar Standhaftigkeit in Menschenrechtsfragen, aber bei der Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes hört der Spaß auf.

Schwierig heißt aber keineswegs: ausgeschlossen. Auch für Autokraten ist es keineswegs angenehm, an die eigenen demokratischen Defizite erinnert zu werden und international am Pranger zu stehen. Immer wieder erlebt man, dass für sie nicht nur ihr Image zu Hause zählt. Vor wichtigen Staatsbesuchen gibt es da gelegentlich Bewegungen, mit denen zuvor niemand rechnen konnte. Auch autoritär regierte Staaten haben Interessen, die von ihrem internationalen Ansehen tangiert werden: Wenn etwa internationale Investitionen daran scheitern, dass kein internationales Fachpersonal zu einem dauerhaften Aufenthalt vor Ort motiviert werden kann, zeigt sich, dass Standortentscheidungen auch „weiche“ Faktoren enthalten.

DEMOKRATIEN SIND STÄRKER, ALS SIE GLAUBEN

Wissenschaftler wie der schon erwähnte Thomas Carothers und Saskia Brechenmacher (Closing space – Democracy and Human Rights Support Under Fire, Washington, DC 2014: Carnegie Endowment for International Peace) schlagen deshalb vor, diplomatischen Druck gegenüber anti-liberaler NGO-Gesetzgebung aufrechtzuerhalten, aus Fehlern zu lernen und besser zu koordinieren. Nach Meinung langjähriger Beobachter der Demokratieförderung weltweit sollten Regierungen weiterhin versuchen, die Vereinten

Nationen, regionale Zusammenschlüsse und die Post-2015-Entwicklungsagenda für eine Stärkung der Zivilgesellschaft zu nutzen. Ob sich gerade Letzteres im Konsens vereinbaren lässt, dürfte zumindest fraglich sein. Besonders im Bereich der Koordination scheint es aber einen großen Spielraum zu geben: Gemeinsam sind demokratische Staaten stärker, als sie selbst glauben, und auch neue demokratische Akteure könnten mehr Gewicht entwickeln, als sie es bisher tun.

Für Politische Stiftungen ist die Situation insgesamt keineswegs neu. Erfahrungen im Umgang mit autoritären Regimen konnten in den über fünfzig Jahren Auslandsengagement in vielfältiger Form gesammelt werden. Immer wieder wurden Wege gefunden, bedrängten Partnern vor Ort zu helfen, Kontaktnetze intensiv zu pflegen und Arbeitsbedingungen aufrechtzuerhalten. Nicht immer geht es ja konfrontativ zu: Es gibt zahlreiche Felder, auf denen intensive und für beide Seiten fruchtbringende Dialoge auch mit und in Staaten möglich sind, mit denen die gemeinsame Wertebasis nur schwach entwickelt ist. Interessen decken sich vielfach, wenn es etwa um Fragen von Sicherheit, Klima- und Ressourcenschutz oder um erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung geht. So kann die Basis für einen verlässlichen Dialog wachsen, der nach und nach einen größeren Spielraum bei den heikleren Themen schafft.

Ein „europäisches Leben“

Zum 70. Geburtstag von Hans-Gert Pöttering

BERNHARD VOGEL

Geboren 1932 in Göttingen, von 1976 bis 1988 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, von 1992 bis 2003 Thüringer Ministerpräsident, Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Heimat – Vaterland – Europa“, dieser Dreiklang charakterisiert wohl am besten Lebenslauf und Lebensleistung von Hans-Gert Pöttering. Am 15. September 1945 in Bersenbrück bei Osnabrück in Niedersachsen geboren, hat der Sohn seinen Vater, der in den letzten Kriegstagen an der Ostfront gefallen war, nie gekannt.

Das Schicksal seines Vaters wurde für den Sohn zur Richtschnur seines Lebens.

„Mein europäisches Leben“, so hat er selbst einmal seinen Lebenslauf in einem Satz zusammengefasst. Und in der Tat: In der konsequenten Ausrichtung auf Europa nimmt Hans-Gert Pöttering wohl einen einzigartigen Platz unter den deutschen Politikern ein.

Nach Abitur und Wehrdienst schreibt er sich in Bonn für Politische Wissenschaft und Geschichte ein, fügt aber noch im ersten Semester die Juristerei hinzu. Bei Hans-Adolf Jacobsen promoviert er mit einer Arbeit über Konrad Adenauers Sicherheitspolitik und legt auch die beiden juristischen Staatsexamen ab.

12.775 TAGE FÜR EUROPA

Seine Berufung zum europapolitischen Sprecher der Jungen Union Niedersachsens wurde für ihn zum Beginn einer ungewöhnlichen europäischen Karriere. 1979 wird Hans-Gert Pöttering zur ersten Direktwahl des Europäischen Parlamentes nominiert und vertritt dort die Region Osnabrück und das Emsland. Er strahlt mit seiner Wahl als jüngster deutscher Abgeordneter mit 34 Jahren den damals populären Spottvers: „Hast Du einen Opa, dann schick ihn nach Europa“ Lügen. Als er 2014 nach 35 Jahren ausscheidet, ist er der dienstälteste Abgeordnete des Europäischen Parlaments. 2004 und 2009 war er der Spitzenkandidat der CDU Deutschlands für die Wahlen zum Europäischen Parlament. Er hat die europäische Politik maßgeblich beeinflusst. Fast vier Jahrzehnte war er an vorderster Front am Prozess der europäischen Einigung in all seinen Höhen und Tiefen beteiligt. Besonderen Anteil hat er am Zusammenwachsen der christlich-demokratischen und konservativen Schwesterparteien zur Europäischen Volkspartei (EVP). Er war zunächst stellvertretender und schließlich seit 1999 für nahezu acht Jahre Vorsitzender der EVP-Fraktion, der stärksten Fraktion des Europäischen Parlamentes. Zum Höhepunkt seiner Karriere sollte seine Amtszeit als 12. Präsident des Europäischen Parlamentes von 2007 bis 2009 werden.

Er selbst hat sein Leben für die Einigung Europas in einer bemerkenswerten Autobiografie zusammengefasst. Sie trägt den Titel: „Wir sind zu unserem Glück vereint“. Damit nimmt er Bezug auf die „Berliner Erklärung zur Zukunft Europas“ von März 2007, für die er sich zusammen mit Angela Merkel und José Manuel Durão Barroso wie kein Zweiter eingesetzt hat. Ein Herzensanliegen war Hans-Gert Pöttering seine Initiative für das Haus der Europäischen Geschichte in Brüssel, dessen Kuratorium er jetzt vorsitzt und das in Bälde eingeweiht wird.

IN NIEDERSACHSEN VERWURZELT, IN EUROPA ZU HAUSE

Sein Engagement für Europa wurzelt in seiner Liebe zu seiner niedersächsischen Heimat und zu seinem deutschen Vaterland. Nicht von ungefähr entstammt er dem katholischen Teil Niedersachsens, wo einst Ludwig Windthorst zu Hause war, der Mitbegründer und jahrzehntelange Führer der

Zentrumspartei, der große Widersacher Bismarcks. Wie Windthorst ist Hans-Gert Pöttering in seiner Kirche tief verwurzelt, ohne sich als Laie je in klerikale Abhängigkeit begeben zu haben. Bis heute ist er ein treuer Sohn seiner Heimat. In Bad Iburg ist er zu Hause. Dort präsent zu sein, die Sorgen und Nöte vor Ort zu teilen und zu helfen, wo immer er kann, ist für ihn eine Selbstverständlichkeit. Allein die Tatsache, dass er trotz aller Brüsseler Verpflichtungen über zwanzig Jahre (1990 bis 2010) den CDU-Kreisvorsitz im Landkreis Osnabrück geführt hat, beweist das.

Er war Mitglied im niedersächsischen Landesvorstand sowie im Bundesvorstand der CDU und gehört ihm auch heute noch an. Und er versteht es darum auch, die deutschen Interessen aktiv in Europa zu vertreten.

Hans-Gert Pöttering ist für sein „europäisches Leben“ im In- und Ausland vielfach geehrt worden. Mit Orden und Ehrenzeichen, mit Ehrendoktoraten und einer Honorarprofessur. Zu seinem 70. Geburtstag hat ihn die Konrad-Adenauer-Stiftung mit einer Festschrift geehrt, um ihm eine Freude zu bereiten und als Dank dafür, dass er die Konrad-Adenauer-Stiftung seit 2010 mit Engagement und Hingabe leitet und dass er durch sein leidenschaftliches, unermüdliches Eintreten für die Vollendung der Einheit Europas in ihrer internationalen Arbeit neue Akzente setzt. Hans-Gert Pöttering gibt außerdem seit 2012 zusammen mit Wolfgang Bergsdorf und mir für die Stiftung die Zeitschrift *Die Politische Meinung* heraus.

Ich verdanke ihm, dass ich heute als Ehrenvorsitzender, wo gewünscht, weiter mit Rat und Tat und gelegentlich auch mit einem kritischen Zwischenruf zur Verfügung stehen darf. Möge unsere freundschaftliche Zusammenarbeit noch lange fortbestehen.

Wir wünschen uns, dass Hans-Gert Pöttering auch in seinem achten Lebensjahrzehnt mit seiner bemerkenswerten geistigen Frische und körperlichen Gesundheit die Stiftung voller Optimismus und stets mit einem Lächeln im Gesicht weiter in die Zukunft führt. Wir danken ihm und wir wünschen ihm Gottes Segen für viele Jahre fruchtbarer Arbeit.

Aus Anlass des 70. Geburtstages von Hans-Gert Pöttering hat der Autor eine Festschrift mit dem Titel „Heimat – Vaterland – Europa“ herausgegeben (Böhlau Verlag, Köln 2015).

Außerdem erschien kürzlich:

Hans-Gert Pöttering: *Mein Europa. Werte – Überzeugungen – Ziele*, Verlag Herder, Freiburg 2015.

Im Zeichen der Ökologie

Papst Franziskus definiert den Umweltschutz als Ausgangspunkt
einer gesamtgesellschaftlichen Transformation

MARKUS VOGT

Geboren 1962 in Freiburg im Breisgau,
Inhaber des Lehrstuhls für Christliche
Sozialethik und seit Oktober 2015
Dekan der Katholisch-Theologischen
Fakultät an der Ludwig-Maximilians-
Universität München.

Die am 24. Mai dieses Jahres veröffent-
lichte Enzyklika *Laudato si'* ist ein Meilen-
stein in der Entwicklung der katholischen

Soziallehre. Erstmals wird das komplexe
Themenfeld der ökologischen Herausfor-
derung umfassend von einem päpstlichen
Lehrschreiben behandelt. Ihr roter Faden
ist das Postulat einer „ganzheitlichen
Ökologie“, das auch soziale und entwick-
lungspolitische Dimensionen umfasst. Es
knüpft an den Begriff der „ganzheitlichen
Entwicklung“ an, wie er erstmals vor
knapp fünfzig Jahren von Paul VI. in der
Enzyklika *Populorum progressio* entfaltet

wurde, stellt diesen jedoch erstmals konsequent unter den Anspruch ökologischer Erneuerung. Denn ohne diese sind heute weder globale und intergenerationale Gerechtigkeit noch humanverträgliche Technik zu denken.

Innovativ ist die Enzyklika nicht zuletzt darin, dass sie ihre kritische Zeitanalyse mit eindringlichen theologischen und anthropologischen Reflexionen verbindet. Trotz aller Sorge um Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Müllprobleme, regionale Wasserknappheit und die damit verbundene soziale Not ist die Enzyklika auf einen Grundton der Ermutigung und der Dankbarkeit für die Gaben der Schöpfung gestimmt: „Laudato si“, das Lob des Schöpfers, ist der Titel, der über allem steht. Er ist dem Sonnengesang des Franz von Assisi entlehnt, dessen Spiritualität der Freude, Einfachheit und geschwisterlichen Beziehung zu den Mitgeschöpfen auch die Enzyklika trägt. Unter Bezugnahme auf die besonders in Lateinamerika starke Tradition des „*buen vivir*“¹, des guten Lebens also, geht Franziskus davon aus, dass ein Kulturwandel im Verhältnis zur Natur einen Gewinn an Lebensqualität, wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gemeinschaft bringen wird.

Kennzeichnend für die Enzyklika ist ihre bildreiche Sprache: Die Natur wird hier nicht nur als „Schwester“ und „Mutter Erde“, sondern auch als „gemeinsames Haus“ (so der Untertitel der Enzyklika²) verstanden. Diese drei Metaphern sind stark in der lateinamerikanischen Tradition verwurzelt. So haben Ecuador und Bolivien 2008 beziehungsweise 2009 den „Schutz der Mutter Erde“ gegen postkoloniale Ressourcenausbeutung in ihre Verfassungen geschrieben. Vor diesem Hintergrund enthalten schon die ersten

Zeilen der Enzyklika eine Verknüpfung religiös-spirituellder und politischer Ebenen. Die Titelmetapher „Haus der Erde“ verweist auf diese Verbindung: Das Wort „Haus“, griechisch *oikos*, ist verwandt mit „Ökologie“, „Ökonomie“ und „Ökumene“ – ökologische Anliegen werden programmatisch mit ökonomischen Fragen sowie dem Anspruch weltweiter Ökumene über die Grenzen von Nationen, Konfessionen, Religionen und Wissenschaftsdisziplinen hinweg verbunden. So werden erstmals in einer Enzyklika nicht nur Vorgängerpäpste, sondern auch der orthodoxe Patriarch Bartholomaios (Nr. 7–9) sowie der islamische Mystiker Al-Khawwas (Nr. 233) ausführlich zitiert. Damit setzt Papst Franziskus ein starkes ökumenisches Signal.

„HAUSORDNUNG“ FÜR GLOBALE RESSOURCEN

Die „Sorge für das gemeinsame Haus“ zielt auf eine „Hausordnung“ für den solidarischen Umgang mit den globalen Ressourcen. Die Güter der Schöpfung werden als Kollektivgut aufgefasst, was der auf Thomas von Aquin im 13. Jahrhundert formulierten Eigentumstheorie entspricht. Franziskus konkretisiert dies bezüglich der „gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten“ zum Klimaschutz (Nr. 170). Klima wird als „gemeinsames Gut“ apostrophiert (Nr. 23–26).³ Erstmals werden der Klimawandel und die eng mit ihm verbundene Wasser- und Ernährungskrise als zentrale Herausforderungen benannt und aus ethischer Perspektive reflektiert. Eine konkrete Forderung der Enzyklika in diesem Zusammenhang ist die Anerkennung der

Menschen, die aufgrund ökologischer Degradation ihre Lebensräume verlassen müssen, als Flüchtlinge mit entsprechendem rechtlichen Status (Nr. 25).

Der Begriff „Ökologie“ wird in der Enzyklika schillernd verwendet, teils deskriptiv für ökologische Systeme und Wirkungszusammenhänge, teils normativ als Postulat eines ganzheitlichen Handelns, das stets die Wechselwirkungen zwischen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Faktoren im Blick behält. Ökologische und soziale Gerechtigkeit werden als untrennbare Einheit verstanden. Denn Umweltschutz ist gerade in den ökologisch sensiblen Regionen des globalen Südens ein entscheidendes Medium der Armutsbekämpfung. „Ökologie“ meint vor diesem Hintergrund nicht nur Naturschutz, sondern allgemeiner ein Denken in Beziehungszusammenhängen. Dieser methodische Ansatz knüpft zugleich an biblisches Denken an. Kennzeichnend für den vielschichtigen Begriff von Ökologie sind auch die Nominalverbindungen, in denen der Term gebraucht wird (Human-, Kultur-, Stadt-, Alltagsökologie u. a.; vgl. Nr. 137–162). Besondere Bedeutung kommt dabei dem Konzept der „Humanökologie“ zu, das seit 1991 leitend für nahezu alle päpstlichen Äußerungen zu Umweltfragen ist und leicht variiert den ursprünglich angekündigten Titel „Die Ökologie des Menschen“ prägte.⁴ Der Ausdruck ist jedoch umstritten, da er meist gebraucht wurde, um damit das Konzept der traditionellen Anthropozentrik, das den Menschen im Mittelpunkt der Schöpfung sieht, zu verteidigen. Dieser Begriff wird nun zugleich aufgegriffen und modifiziert: Eingebunden in bioökologische Reflexionen, ist eine Denaturalisierung des Begriffs (und damit die vom Naturkontext

getrennte Betrachtung des Menschen) ausgeschlossen. Zugleich wird auf Enzyklikaebene erstmals der „despotische“ moderne Anthropozentrismus radikal kritisiert (Nr. 68 f. und 115–136). Immer wieder hebt Franziskus den Eigenwert der Tiere und Pflanzen hervor und profiliert seine Ethik durch ästhetisch-poetische sowie spirituelle Zugänge zur Natur.

NEUNZEHNMAL „NACHHALTIG“

Sprachlich auffallend ist, dass der Begriff „Nachhaltigkeit“ nie als Substantiv vorkommt, sondern lediglich als Adjektiv – „nachhaltig“ neunzehnmal! Das Konzept wird nicht explizit entfaltet, jedoch wie selbstverständlich vorausgesetzt (obwohl der Begriff ebenso wie der des Klimawandels noch 2009 in der letzten Sozialenzyklika *Caritas in veritate* konsequent vermieden worden war und nie zuvor in päpstlichen Verlautbarungen gebraucht wurde). Franziskus vermeidet explizite Kontroversen um den Begriff, legt ihn gleichwohl mit seiner systematischen Verknüpfung ökologischer, sozialer und ökonomischer Fragen der Enzyklika konzeptionell zugrunde.⁵ Dabei setzt er implizit ein Konzept starker Nachhaltigkeit mit vorrangigem Schutz von Klima, Biodiversität und dem Zugang der Armen zu Süßwasser und fruchtbarem Boden voraus.

Die Enzyklika greift erstmals auf der Ebene der päpstlichen Lehrverkündigung das Problem des Klimawandels auf (Nr. 20–26). Dahinter stehen eine Reihe von Konferenzen und Themengesprächen im Vatikan, in der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften und dem Päpstlichen Rat Iustitia et Pax, in denen immer wieder

auch die Einwände der sogenannten „Klimaskeptiker“⁶ gehört wurden. Mit der Feststellung der anthropogenen (menschlich verursachten) Zusammenhänge als Hauptursache des Klimawandels, die eine mögliche Wirksamkeit anderer Faktoren nicht ausschließen (Nr. 24), bezieht Papst Franziskus eindeutig Stellung. Methodisch bezeichnend ist, dass der Papst sein Plädoyer für entschlossenen Klimaschutz angesichts der Kontroversen um dieses Thema vor allem in den US-amerikanischen Kirchen mit kommunikationstheoretischen Überlegungen verknüpft: zum Umgang mit unterschiedlichen Meinungen (vgl. Nr. 60 f.), zur Schwäche der bisherigen Reaktionen auf die Umweltkrise bei den Entscheidungsträgern (vgl. Nr. 53–59) sowie zur Perspektive der am Rande Stehenden, die oft bloß als „Anhängsel“ und „Kollateralschaden“ abgetan würden (Nr. 49). Der Papst kritisiert im Kontext der Klimadebatte „einen Mangel an physischem Kontakt und Begegnung, [...] der dazu beiträgt, einen Teil der Realität in tendenziösen Analysen zu ignorieren“ (Nr. 49). Diese erkenntnistheoretischen Überlegungen sind klar adressiert und kämpferisch.

Den theologischen Denkhintergrund der Enzyklika bildet die Theologie der Zeichen der Zeit, die 1965 in der Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* (Nr. 4 und 11) einen grundlegenden Perspektivenwechsel der katholischen Sozialethik eingeleitet hat. Die Herausforderungen der Krisen und Aufbrüche der je eigenen Zeit werden als Anrede Gottes an seine Kirche, die es im Licht des Evangeliums zu deuten gilt, verstanden.⁷ Methodisch folgt dem mit dem Dreischritt „Sehen – Urteilen – Handeln“ ein empirisch basierter, kontextueller und praxisbezogener Ansatz. Auf

diese Weise gewinnt die christliche Botschaft immer wieder neu Aktualität, statt „wie eine repetitive und abstrakte Botschaft [zu] klingen“ (Nr. 17). Die Beschreibung ökologischer und gesellschaftlicher Krisenphänomene verleiht „dem dann folgenden ethischen und geistlichen Weg eine Basis der Konkretheit“ (Nr. 15). Dieser Weg wird als „Dialog“ gekennzeichnet (insgesamt taucht der Begriff 23-mal auf). Im fünften Kapitel der Enzyklika, in dem es um Leitlinien für Orientierung und Handlung geht, fällt das Stichwort „Dialog“ in jeder einzelnen Überschrift und kennzeichnet so einen Wandel im Modus der Sozialverkündigung. Der Dialog hat sowohl eine innerkirchliche Dimension (Dialog mit den Stimmen der Weltkirche, die erstmals ausführlich zitiert werden) als auch eine ökumenische und interreligiöse (vgl. besonders Nr. 7).

„UNGENIESSBARES MANIFEST“?

Die jüngste Enzyklika ist weltweit überwiegend mit starkem Medienecho und großer Zustimmung aufgenommen worden. Es gab jedoch auch kritische Stimmen, nicht nur vonseiten der Republikaner in den USA, die der Enzyklika schon im Vorfeld den Kampf angesagt haben, sondern auch in Deutschland, beispielsweise von Daniel Deckers in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 18. Juni 2015, der sie „ein moralinsaures Gebräu“ und ein „ungenießbares ökologisches Manifest“ mit „abgestandener Polemik“ nennt. Man kann den Skeptikern zugestehen, dass die radikale Kritik an den „strukturell perversen Systemen“ der Wirtschaft (Nr. 52)

und der konsumistischen Verwandlung des Planeten in eine „unermessliche Mülldeponie“ (Nr. 21) wenig Raum für Differenzierung lässt. Die Chancen, Marktkräfte und innovative Technik für Umweltschutz und Armutsbekämpfung zu nutzen, werden kaum ausgelotet. Die Enzyklika folgt dem Stil prophetischer Rede, die aus päpstlichem Mund vielen ungewohnt klingen mag. Aber gerade durch die Zuspitzung auf die Notwendigkeit einer „ökologischen Umkehr“ (Nr. 216–221) im Sinne einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation wirkt der Text aufrüttelnd. Der Papst ist zu einem weltweit führenden Anwalt der Armen, der Natur und der Zukunft der Menschheit geworden. Mit dieser Botschaft im Rücken könnte auch die katholische Kirche endlich zu einer starken Stimme für die Einheit von Klimaschutz, Armutsbekämpfung und Schöpfungsverantwortung werden.

¹ Vgl. Acosta, Alberto: *Buen vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben*, München 2015.

² „Haus der Erde“ ist ein in der lateinamerikanischen Tradition geläufiger Topos; vgl. Boff, Leonardo: *Unser Haus die Erde. Den Schrei der Unterdrückten hören*, Düsseldorf 1996; ders., *Haus aus Himmel und Erde – Erzählungen der brasilianischen Urvölker*, Düsseldorf 2003.

³ Dieser Topos findet sich bereits im Kompendium der Soziallehre der Kirche; vgl. Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden: *Kompendium der Soziallehre der Kirche*, Freiburg 2006, Nr. 171–184 und 466–487.

⁴ Zu dem seit 100 Jahren gebräuchlichen Konzept der Humanökologie sowie seiner Rezeption in der katholischen Soziallehre vgl. Vogt, Markus: „Ökologische Gerechtigkeit und Humanökologie“, in: Gabriel, Ingeborg / Steinmair-Pösel, Petra (Hrsg.): *Gerechtigkeit in einer endlichen Welt. Ökologie, Wirtschaft, Ethik*, 2. Auflage, Ostfildern 2014, S. 64–86.

⁵ Gleichwohl wurde eine wesentliche Chance zur Weiterentwicklung der katholischen Soziallehre verpasst, indem der Begriff Nachhaltigkeit, der bereits in den 1970-Jahren im Weltrat der Kirchen etabliert war, nicht systematisch entfaltet und mit der eigenen Tradition verknüpft wird; vgl. Vogt, Markus: *Prinzip Nachhaltigkeit. Ein Entwurf aus theologisch-ethischer Perspektive*, 3. Auflage, München 2013, 180–204 und 456–494.

⁶ Vgl. Rosenberger, Michael: „Die Ratio der ‚Klima-Religion‘: Eine theologisch-ethische Auseinandersetzung mit klimaskeptischen Argumenten“, in: *GAIA* 23 (2/2014), 93–99.

⁷ Vgl. Hünemann, Peter (Hrsg.): *Das Zweite Vatikanische Konzil und die Zeichen der Zeit heute. Anstöße zur weiteren Rezeption* (Festschrift für Kardinal Lehmann), Freiburg 2006.

Treuhänder der Natur

Wie der Mensch vom Zerstörer zum Bewahrer der Schöpfung werden kann

MATTHIAS ZIMMER

Geboren 1961 in Marburg (Lahn),
Honorarprofessor an der Universität
zu Köln, seit 2009 Mitglied der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Technologischer Fortschritt und Wachstum haben ihren Preis: Der Ausstoß von klimaveränderndem CO₂ nimmt zu, die Aussterberate steigt, Meere sind verschmutzt und als Lebensraum bedroht. Die Reihe ließe sich fortsetzen. Der Schweizer Wissenschaftler Mathis Wacker-

nagel hat ein Konzept entwickelt, mit dem er den Verbrauch von Natur in beanspruchte Fläche umrechnet. Er nennt das den ökologischen Fußabdruck und kommt zu dem Ergebnis, dass wir rechnerisch die zur Verfügung stehende Fläche der Erde pro Jahr 1,5-mal verbrauchen. Wenn aber alle so leben und wirtschaften würden wie wir in Deutschland, dann würde die Erde 2,4-mal pro Jahr verbraucht, wenn alle Menschen Amerikaner wären, 4,4-mal. Und es wird nicht besser, da die Weltbevölkerung steigt und sich

viele die westliche Lebensweise zum Vorbild nehmen. Sie wollen leben wie wir, den gleichen Wohlstand haben. Das bedeutet: mehr Energie, mehr Abfall, einen tieferen ökologischen Fußabdruck. Die Erde und ihre Ressourcen werden dramatisch übernutzt, bereits jetzt schon.

Allerdings hat es nur in der christlich geprägten Welt eine Entwicklung gegeben, die auf immer stärkere Naturbeherrschung und Naturausbeutung zielte. Nur im Christentum hat sich die Idee eines stetigen und kontinuierlichen Wachstums der Wirtschaft entwickelt. Keine andere Kultur hat den Gedanken hervorgebracht, dass es in Ordnung sei, die Natur für eigene Zwecke auszubeuten; dass es in Ordnung sei, nach immer mehr Wohlstand zu streben. Und das verlangt schon nach einer Erklärung. Das Alte Testament berichtet, dass Gott dem Menschen die Schöpfung überantwortet. Zur Hege und Pflege allerdings, nicht zur Ausbeutung. Macht euch die Erde untertan, heißt es in Genesis 1,28. Damit ist gemeint: die Erde dienstbar machen, aber in verantwortlicher Weise. Das erschließt sich auch aus einer anderen Stelle der Schöpfungsgeschichte. Im zweiten Kapitel des ersten Buch Mose führt Gott dem Menschen die Tiere vor, damit der Mensch sie benennt. Etwas zu benennen heißt aber, es nicht nur als ein Objekt anzusehen. Damit unterscheidet sich das Tier von bloßen Objekten. Es hat einen anderen, einen höheren Wert.

Die Schöpfungsgeschichte legt also ein Naturverständnis nahe, das von Ehrfurcht geprägt ist. Die Natur ist dem Menschen zwar anvertraut, aber er hat sie in Ehren zu halten. Er darf ihr entnehmen, was er für seinen Lebensunterhalt benötigt. Er ist Herr und Hüter der Natur, aber

die Oberherrschaft ist immer noch Gottes. Man kann auch sagen: Er ist Treuhänder der Natur und der Schöpfung. Damit sind auch Grenzen der Aneignung der Natur benannt. Es geht nicht um den Erwerb von Reichtümern durch die Ausbeutung der Natur, sondern um ein harmonisches Verhältnis der Schöpfung insgesamt. Und: Der Mensch ist ein Teil dieser Schöpfung. Das ist ein Selbstverständnis, das sich jahrhundertlang in der christlichen Tradition fortsetzt. Es sind drei Entwicklungen, die dieses Verständnis völlig auf den Kopf stellen: Erstens ein sich änderndes Verhältnis von Glauben und Vernunft; zweitens die Entdeckung des Ich als Glaubensgrundsatz und drittens ein sich änderndes Verständnis der Arbeit.

VERNUNFT VEREDELT DIE SCHÖPFUNG

Häufig erscheinen Glauben und Vernunft als entgegengesetzte Vermögen. Der Glaube fängt dort an, wo die Vernunft aufhört. Seit der Scholastik ging es aber darum, Glaube und Vernunft zu vereinen. Der emeritierte Papst Benedikt XVI. ist ein bedeutender Vertreter dieser Tradition. Die Vernunft zu nutzen, um den Glauben zu erhellen, ist ein wahrhaft humanes Anliegen, denn es verlangt vom Glauben, seine Aussagen und Handlungen zu begründen. Wenn Gott durch die Vernunft erkannt werden kann, dann können auch die göttlichen Werke durch die Vernunft erforscht werden, allen voran die Schöpfung, die so der menschlichen Erkenntnis zugänglich ist: durch allgemeine Regeln und Gesetze, die der Mensch nur entdecken müsse. Die Welt ist dieser Auffassung zufolge also

logisch und nachvollziehbar aufgebaut. Es gilt, ihre geheimen Gesetze zu entschlüsseln, um der Mechanik ihres Wirkens auf die Spur zu kommen. Wissen ist Macht, so Francis Bacon (1561 bis 1621, in den *Meditationes Sacrae*), nämlich Macht über die Natur, und deswegen müsse man die Natur auf die Streckbank der Erkenntnis legen, um ihr ihre Geheimnisse zu entreißen. Es gab keine Tabus auf dem Weg zu wissenschaftlicher Erkenntnis. Mehr noch: Wissenschaft hieß, die Schöpfung zu entdecken und zu veredeln. Das ist der Kern des neuzeitlichen naturwissenschaftlichen Verständnisses.

DAS „ICH“ ALS GLAUBENS-GRUNDSATZ

Kann man im Glauben Gewissheit bekommen? Was ist der nicht mehr hintergehbare Grundtatbestand der Erkenntnis? Diese Frage stellte sich der Franzose René Descartes (1596 bis 1650). Seine Antwort: der methodische Zweifel. Ich kann die Existenz aller Dinge anzweifeln, und dies aus guten Gründen. Eines kann ich aber nicht anzweifeln: die Existenz desjenigen, der den Zweifel äußert. „Ich denke, also bin ich“: Diese Grundformel des Descartes erwies sich auch für das moderne Weltbild als revolutionär. Er reduzierte alle Erkenntnis auf das erkennende, auf das denkende Subjekt und baute von diesem Fixpunkt ausgehend Glauben und Welt neu auf. Das hatte Folgen für unser Verständnis von Natur und Schöpfung: Wir sind nicht mehr in einen Lebenszusammenhang als Ganzes eingebunden, sondern sehen die Natur als Objekt, als etwas, das uns gegenübersteht.

ARBEIT UND EIGENTUM

Zu einem weiteren Punkt: einem sich ändernden Verständnis von Arbeit. Arbeit war für das Christentum immer wichtig, anders als für die antike griechische Welt. Jesus selbst hat wohl ein Handwerk erlernt, seine Jünger ebenfalls. Die protestantische Theologie aber schreibt schließlich der Arbeit einen beinahe überhöhten Wert zu. Hinzu kam nun eine zweite sehr folgenreiche Idee des Engländers John Locke (1632 bis 1704): dass Eigentum dadurch entsteht, dass man Dinge durch Arbeit gestaltet und sie sich über den unmittelbaren Gebrauch hinaus aneignen kann. Das war ein Abschied von dem christlichen Gedanken, Gott sei letztlich der Eigentümer aller Dinge, der Mensch allenfalls ihr Besitzer. Der Mensch wird nun zum Eigentümer über die Natur, sofern er seine Arbeit in sie einbringt. Er hat Gott als Eigentümer enteignet.

EINE ZWEITE SCHÖPFUNG – EIN SCHÖNER TRAUM

Die Entwicklung der Wissenschaften und der Technik hat ungeahntes Wachstum erzeugt, hat die Menschen von vielen Jämmerlichkeiten des Daseins befreit, Hunger und Seuchen weitgehend eingedämmt, den Lebensstandard erhöht, die Lebensdauer deutlich verlängert. Wir leben in einer Welt des Überflusses. Das ist nicht grundsätzlich schlecht, denn ein Zustand, in dem selbst lebensnotwendige Güter knapp sind, ist nicht erstrebenswert. Da gilt das böse Wort von Thomas Hobbes, dass in einer solchen Welt das menschliche

Leben einsam, ekelhaft, tierisch und kurz sei. In einer solchen Welt möchte niemand leben. Deswegen haben einige Philosophen der Aufklärung auch vermutet: Mit den materiellen Möglichkeiten, mit der Anhebung des Lebensstandards verbessere sich der Mensch als sittliches Wesen. Einige haben sogar davon gesprochen, dass wir selbst die Schöpfung vollenden und uns auf ein neues goldenes Zeitalter hinbewegen, ein Zeitalter, das keinen Hunger kennt, kaum Krankheiten und darum auch keinen Neid, keine Missgunst unter den Menschen – paradiesische Zustände also. Eine zweite Schöpfung: Der Mensch besiegt die Natur und damit auch die primitive Natur in sich selbst. Ein schöner Traum, aber eben nur ein Traum.

DESILLUSIONIERUNG UND KOSTEN-NUTZEN-ANALYSEN

Nun sind wir seit dem 20. Jahrhundert über die Möglichkeiten unserer sittlichen Vervollkommenung durch den Fortschritt von Technik und Naturwissenschaften doch einigermaßen desillusioniert. Ein einflussreicher Buchautor hat wenige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg geschrieben, es könne keine Kriege mehr geben. Das sei nämlich irrational und unlogisch. Das traf eine weit verbreitete Stimmung, sie wurde bekanntlich aber gründlich enttäuscht. Der Erste Weltkrieg war die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, der weitere folgen sollten – unter anderem auch die Monstrosität des Holocaust mit der industriellen Vernichtung menschlichen Lebens. Die Moderne hatte sich gegen sich selbst gerichtet. Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts treten wir dann in etwas

ein, was der Historiker Joachim Radkau als das Zeitalter der Ökologie bezeichnet. Wir werden uns der Folgewirkungen unserer Technikorientierung zunehmend bewusst. Umweltzerstörung, die Veränderung des natürlichen Klimas, Giftmüllskandale: Es steigt die Bereitschaft, Kosten-Nutzen-Analysen vorzunehmen. Unter keinem Aspekt einer Kosten-Nutzen-Analyse ist Atomkraft gerechtfertigt. Aber auch fossile Brennstoffe bergen erhebliche Gefahren: Durch die Verbrennung fossiler Energieträger wird CO₂ freigesetzt, und dies führt zu einer allmählichen Erwärmung der Erde mit katastrophischen Konsequenzen. Und an anderer Stelle: Die Aussterberate bei Tieren und Pflanzen hat ein noch nie in der Erdgeschichte gesehenes Hoch erreicht. Was bedeutet das für unsere Umwelt? Was bedeutet es für die biologischen Kreisläufe? Wir wissen es nicht, weil vieles noch unerforscht ist.

UNWIRTLCHE ERDE IM „ANTHROPOZÄN“

Der niederländische Wissenschaftler Paul Crutzen hat im Jahr 2000 den Begriff „Anthropozän“ zur Kennzeichnung der neuen Epoche vorgeschlagen, in der wir uns befinden: einer Epoche, in der die Menschheit selbst zu einem geologischen Faktor geworden ist. Die Erde ist dabei, zu einem unwirtlichen Ort zu werden. Ein wenig sind wir wie der Zauberlehrling aus Goethes gleichnamigem Gedicht, der die Geister, die er rief, nun nicht mehr loswird. Was sollen wir tun? Auf Wachstum verzichten? Auf Konsum verzichten? Unseren Wohlstand aufgeben? Maschinen und Technik verbieten?

Die erste Antwort lautet: Wir haben bislang noch jede Technikfolge durch Folgetechnik in den Griff bekommen. Wir müssen nur weiter Technik und Wissenschaft fördern und für Marktchancen sorgen, dann können wir auch diese Krise überwinden. Das ist im Wesentlichen die Haltung der Marktliberalen und Fortschrittsoptimisten.

Die zweite Antwort lautet: Wir müssen uns vom Fetisch des Wachstums befreien. Wir müssen unsere Wirtschaft so organisieren, dass wir weniger konsumieren, nicht mehr wachsen und in einem Gleichgewicht mit der Natur leben. Das ist die Position der sogenannten Postwachstumsökonomie. Sie wird aber auch von einigen konservativen Wachstumskritikern geteilt. Bei den einen geht sie einher mit einer grundlegenden Kritik am Wirtschaftssystem, bei den anderen mit einem Plädoyer dafür, Maß und Mitte wiederzugewinnen und die klassischen Tugenden neu zu beleben.

Die dritte Antwort ist: Wir müssen nur richtig wachsen. Dazu müssen wir die Weichen richtig stellen, nämlich hin zu „grünem Wachstum“. Das bedeutet: Bestimmte Bereiche unserer Wirtschaft müssen schrumpfen, andere müssen wachsen, wie etwa die Technologien für erneuerbare Energien.

Alle drei Antworten greifen zu kurz, weil sie letztlich davon ausgehen, dass Technik im weitesten Sinn auch die Probleme der Technik wird lösen können. Unsere Probleme liegen aber tiefer, sie haben mit einem Grundverständnis von Mensch und Natur zu tun, das sich über viele Jahrhunderte entwickelt hat. Dies kann man nicht von heute auf morgen durchbrechen. Max Weber spricht von einem ehernen Gehäuse der Hörigkeit,

und das scheint auch hier wirksam zu sein: Unser ganzes Leben ist von dieser Denkweise durchzogen. Wir müssen also die Grundlagen unserer Lebensweise infrage stellen, das, was der Wiener Politikwissenschaftler Uli Brand als imperialen Lebensstil bezeichnet: nicht nur im Verhältnis zu anderen, weniger entwickelten Ländern, sondern imperial auch in unserem Verhältnis zur Natur.

IM EINKLANG MIT DER SCHÖPFUNGSORDNUNG

Gehen wir einmal zurück, in das 13. Jahrhundert. Eines der berühmtesten Gedichte jener Zeit ist der „Sonnengesang“ des Franziskus von Assisi. Er preist den Herrn mit allen seinen Kreaturen: Bruder Wind, Schwester Wasser, Mutter Erde – also alles zu Land, zu Wasser, in der Luft. Die Seele preist den Herrn dadurch, dass sie sich seinen Geschöpfen öffnet. Modern ausgedrückt: dass sie die Schöpfung als Mitschöpfung sieht und sich nicht als Herr über sie erhebt. Das ist das alte, voraufklärerische Verhältnis zur Natur: Es ist ein ganzheitliches Verhältnis, das die Natur nicht als Umwelt, sondern als Mitwelt sieht. Der Mensch ist Teil dieser Natur und nicht, wie es Descartes und Bacon interpretiert haben, exponiert. Die Natur als Bruder, Schwester und Mutter zu bezeichnen, zeigt eine gänzlich andere Haltung, als sie auf die Streckbank zu legen, um ihr Erkenntnisse zu entreißen. Eine solche Achtsamkeit im Umgang mit der Natur als Grundlage der Naturerkenntnis und Wissenschaft zu etablieren, wäre Voraussetzung für alle anderen Antworten auf unsere gegenwärtigen Probleme.

Aller Fortschritt zählt nämlich wenig, wenn die Opfer des Fortschritts zu groß werden und wir am Ende Schaden an unserer Seele nehmen.

Das ist auch die Hauptrichtung der Argumentation in der bemerkenswerten Enzyklika *Laudato si'* von Papst Franziskus. In ihr fließen die Kritik am Konsumismus, die Kritik an einer Wirtschaftsweise, die tötet, die Kritik an einem rein positivistischen und materialistischen Weltbild, einer Welt ohne Gott; die schonungslose Bestandsaufnahme der Schäden, die wir bereits angerichtet haben, aber auch Hoffnung auf ein gutes Leben, auf die Befreiung von Zwängen, auf ein Leben im Einklang mit der Schöpfungsordnung, zusammen. In dieser Konzep-

tion des achtsamen, des nachhaltigen Lebens und Wirtschaftens sind den Möglichkeiten der Entwicklung des Menschen keine Grenzen gesetzt; Franziskus legt aber Wert darauf, dass eine solche Entwicklung nur möglich wird, wenn wir uns selbst Grenzen setzen. Dazu bedarf es nicht nur einer neuen Theologie der Nachhaltigkeit, sondern auch einer Politik, die diese Grenzen ernst nimmt und als Erfordernis der Gerechtigkeit etabliert: damit wir nicht Zerstörer, sondern Bewahrer der Schöpfung werden.

Im Herbst erscheint im Verlag Herder das neueste Buch des Autors: Nachhaltigkeit! Für eine Politik aus christlicher Grundüberzeugung.

„Zweimal gestorben“

Die Wahrnehmung Yitzhak Rabins zwanzig Jahre nach seiner Ermordung

MICHAEL BORCHARD

Geboren 1967 in München,
Leiter des Auslandsbüros Israel
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Der junge Yitzhak Rabin Namsy hat viele Träume: Er will in der israelischen Armee dienen und sein Land, das Land, in das seine Eltern gleich nach seiner Geburt fliehen mussten, verteidigen. Er will mit seiner Mutter dauerhaft und sicher in Israel leben, ohne die Angst, ausreisen zu müssen. Er will wie seine jüdischen Freunde leben, den Sabbat halten und viele der jüdischen Glaubensregeln achten.

Er will sogar endgültig zum jüdischen Glauben konvertieren. Er will vor allem endlich von der Presse in Ruhe gelassen werden, die sich immer wieder mit großer Gier auf seine besondere Lebensgeschichte stürzt und sein Leben in die Öffentlichkeit zerrt. Er will wie ein ganz normaler israelischer Teenager leben.

Die Rede ist von einem in Jordanien geborenen Muslim, einem heute etwas mehr als 18-jährigen Teenager, der seinen Namen auf Wunsch seiner jordanischen Mutter Miriam nur aufgrund einer Sondergenehmigung des ehemaligen jordanischen Königs Hussein erhalten hat.

Die jordanischen Behörden waren entsetzt und wollten die Eintragung des Namens verweigern, aber der König, der eine aufrichtige Freundschaft zu seinem israelischen Verhandlungspartner pflegte, wollte diesen Wunsch nicht verweigern. Yitzhak Rabin Namsy erhielt seinen Namen einige Monate vor dem 4. November 1995, dem Tag der Ermordung seines großen Namensvetters, des Friedensnobelpreisträgers und Premierministers Yitzhak Rabin.

Bis heute verteidigt seine Mutter ihre ungewöhnliche Namensgebung, mit der sie letztlich in Jordanien ihre Familie in Gefahr gebracht und zur Flucht nach Israel gezwungen hat, mit etwas pathetischen, aber aufrichtigen Worten: „Warum sollte ich meinen Schritt bedauern? Yitzhak, der biblische Isaak, war ein Prophet für Juden und Muslime. Ist das nicht auch so bei Rabin? Die Jordanier wollen Frieden! Was sollte ich bedauern?“

PROPHET, DER NICHTS GILT?

Ganz gleich, ob man der gewagten Überhöhung Rabins zum „Propheten“ nun folgen möchte oder nicht: Es drängt sich bei der gegenwärtigen Wahrnehmung des ermordeten Premierministers in Israel unweigerlich das biblische Bild vom Propheten auf, der wenig im eigenen Land gilt – während seiner Person international weiterhin große Sympathien entgegengebracht werden.

Zwanzig Jahre nach Rabins Tod ist ein erbitterter Streit über das Erbe des Premierministers ausgebrochen, der von der Verehrung, wie sie Miriam Namsy und viele andere für Rabin empfunden haben, weit wegführt. Sie droht in der

fortschreitenden politischen Polarisierung des Landes zerrieben zu werden. Denn der Streit um sein politisches Erbe spielt sich zwischen den rechten und linken Polen des politischen Spektrums in Israel ab. Dabei zeichnet sich inzwischen eine verstörende Mehrheit derjenigen ab, die in ihm keinen Held mehr sehen wollen. Schlimmer noch: Politische Rechtsaußen, wie die Partei des gegenwärtigen Bildungsministers (!) Naftali Bennet, sprechen an besseren Tagen von der „Oslo-Illusion“, an schlimmeren Tagen von den „Oslo-Verbrechen“ der Politikergeneration um Rabin.

Oslo sei die Politik eines „Feiglings und Schwächlings“ gewesen, der mit seiner Naivität die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) international stark gemacht und die gefährliche Phase der Selbstmordattentate in den darauf folgenden Jahren erst ermöglicht habe – eine Verkennung von Ursache und Wirkung. Fast nie wird in solchen Beiträgen begründet, warum sein pragmatisches und realpolitisches Bemühen um eine Verständigung mit den Palästinensern eine verheerende Wirkung gehabt haben soll.

VERSTÄNDNIS FÜR DEN TÄTER

Aus dem gleichen politischen Milieu stammt nicht nur der Versuch, Rabin vom Opfer zum Täter zu erklären, sondern folgerichtig auch der Ansatz, den Täter zu entschuldigen, wenn nicht zu glorifizieren. Im durchaus anerkannten Jerusalem-Filmfestival wurde im Juni 2015 ein sogenannter Dokumentarfilm gezeigt, der den Mörder Rabins, Jigal Amir, porträtiert, wenngleich der Film nach scharfen

Protesten nur vor dem eigentlichen Festival und außerhalb des offiziellen Programms in der Jerusalemer Cinematheque gezeigt wurde. Ein suggestiver und plakativer Film, der den Versuch macht, den Attentäter darzustellen, ohne die Tat selbst ernsthaft zu hinterfragen.

Im Mittelpunkt des Films steht neben dem Mörder, der in zwanzig Jahren Haft – seinen Äußerungen im Film zufolge – nichts dazugelernt hat, die Frau des Täters: Sie heiratete ihn im Gefängnis und macht im Film deutlich, wie sehr sie den Mann, der Rabin drei Kugeln in den Rücken gejagt und damit die Hoffnungen auf eine dauerhafte Lösung im Nahostkonflikt mit dem Premierminister ins Grab gebracht hat, als den wahren Helden in dieser Geschichte betrachtet. Sein Anwalt Ari Shamai versteigt sich gar zu der abenteuerlichen Behauptung, Amir habe das nur getan, weil er der Überzeugung war, der Staat Israel gehe – jiddisch formuliert – „kaputt“. Bei der Erstaufführung ist der Film regelrecht gefeiert worden. Eine wirkliche, kritische Auseinandersetzung mit dem Streifen, der den bezeichnenden Titel *Beyond the Fear* trägt, hat es in den Medien kaum gegeben.

Bereits etwas mehr als zehn Jahre nach Rabins Tod, 2006, sind laut Umfragen 25 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Auffassung, der Mörder Amir solle nach Ablauf von weiteren 25 Jahren Haft begnadigt werden. Zwanzig Jahre nach dem Attentat sind es mehr als dreißig Prozent, die eine baldige Freilassung Amirs befürworten. Zur selben Zeit geht auch die Erinnerung an Yitzhak Rabin verloren. Für 43 Prozent der Israelis, die jünger als 24 Jahre alt sind, ist die Ermordung des Politikers, trotz des offiziellen Gedenktages und trotz viel-

facher, „verordneter“ Gedenkveranstaltungen nur noch ein beliebiges Kapitel in den Geschichtsbüchern.

Der Politiker und frühere Umwelt- und Erziehungsminister Yossi Sarid beklagt mit bitteren Worten, wie sehr sich das israelische Volk in seinem Blick auf Rabin geändert habe: „Zwanzig Jahre nach der Ermordung erweckt der Mörder mehr öffentliches Interesse als das Opfer. Rabin ist zweimal gestorben. An dem Tag, an dem er ermordet wurde, und an dem Tag, an dem er vergessen wurde.“

DILEMMA DER ERINNERUNG

Seinen Amtsnachfolger Benjamin Netanjahu bringt das Erinnern an Rabin in ein echtes Dilemma: Einerseits kann er, der schon zu Lebzeiten Rabins zu seinen Gegenspielern gehörte, die Rabin-Kritiker in den eigenen Reihen des Likud nicht einfach ignorieren. Zum anderen kann er sich gerade im Gedenkjahr nicht gegen den Friedensnobelpreisträger stellen, ohne selbst Schaden zu nehmen. Umso mehr versucht „Bibi“, sich gerade in Sachen Härte und Realpolitik dezidiert in die Tradition Rabins zu stellen, indem er beispielsweise dessen entschiedenes Eintreten gegen die nukleare Bewaffnung des Iran in den Vordergrund stellt. Dabei wird leicht der kleine Unterschied übersehen, dass für Rabin der Iran die Motivation war, alle anderen Probleme Israels – insbesondere die Auseinandersetzungen mit den Palästinensern – zu lösen, um für das schwerwiegendere Problem den Kopf frei zu haben. Bei Netanjahu wird mancher Beobachter das Gefühl nicht los, dass die Auseinandersetzung mit dem Iran eher

der Vorwand ist, alle anderen Probleme Israels zu ignorieren.

Die eigentliche Gefahr, die das Erbe Rabins für Netanjahu darstellt, liegt deshalb auf einer anderen Ebene. Der Journalist Asher Schechter meint zu wissen, was den Premier Rabin stark gemacht habe und nun auf gefährliche Weise brachliege. Er sei der Letzte gewesen, der nicht auf einen kurzfristigen Wahlerfolg gesehe, sondern das Rückgrat besessen habe, neue Wege zu gehen: „Vergesst Frieden! Vergesst Hoffnung! Vergesst Demokratie! Was Israel wirklich und wahrhaftig seit der Ermordung von Yitzhak Rabin verloren hat, ist die Fähigkeit, sein eigenes Schicksal zu gestalten.“ Ob man nun mit Rabins Politik im Einzelnen einverstanden sei oder nicht – und im Gegensatz zu seiner „Heiligsprechung“ gebe es genügend Anlass zu Kritik und gegensätzlichen Meinungen –, unzweifelhaft sei aber, dass es Rabin, und nur Rabin, gewesen sei, der eine größere Vision, ein langfristiges Ziel gehabt habe.

EXTREMISTISCHE GEFAHR HEUTE

Eine andere Reaktion, die ebenfalls in der medialen Einschätzung Rabins eine Rolle spielt, ist bezeichnend für den gegenwärtig herrschenden Grad der Polarisierung. Einer der engsten Fahrenden Rabins, der kluge und immer noch einflussreiche Eitan Haber, der zwischen 1992 und 1995 sein Bürochef war, zieht in diesen Tagen, in denen sich das Attentat jährt, eine sehr besorgte Parallele zwischen Yitzhak Rabin und dem gegenwärtigen Staatspräsidenten Reuven „Rubi“ Rivlin.

Rabin habe Umfragen, die bescheinigten, dass immerhin ein Prozent der Israelis bereit sei, die Waffe gegen ihn zu richten, zu sehr auf die leichte Schulter genommen. Den gleichen Fehler solle Rivlin nicht begehen, der – und das ist die besorgniserregende Nachricht zwanzig Jahre später – inzwischen die gleiche Bedrohungsgefahr gewärtigen müsse. Selbst unter jenen, die Rabin kritisch gesehen haben, herrscht auch heute noch Entsetzen vor, dass es ein Jude war, der den Juden Rabin tötete. Der jüdische Extremismus zeigt zunehmend, wie zuletzt auf der Gay-Parade in Jerusalem und bei dem Brandanschlag auf die Brotvermehrungskirche in Tabgha, erhebliche Bereitschaft zur Gewalt.

Rabin mag durch sein dezidiertes Eintreten für eine Friedenslösung, durch sein umstrittenes Zugehen auf Arafat gespaltene Meinungen zu seiner Person und seinem Lebenswerk hinterlassen haben, aber er hat zwei erinnerungswürdige Taten vollbracht, die bleiben werden und an deren Weiterführung es gegenwärtig so sehr mangelt. Er hat Hoffnung verbreitet und damit weite Teile des Volkes geeint. Und er hat Israel durch seine mutige Politik international Anerkennung verschafft. Dass die gegenwärtige Regierung die Notwendigkeit einer Friedenslösung so nachhaltig ignoriert, das ist an Rabins zwanzigstem Todestag für all jene, denen die Sicherheit und Existenz Israels am Herzen liegt, vielleicht der größte Schmerz.

Wissensdrang als beherrschender Zug

Zum Tod von Jörg-Dieter Gauger (*27. November 1947, †7. Juli 2015)

Als einen „der profiliertesten und anspruchsvollsten Analytiker bildungspolitischer Inhalte“ würdigte Josef Kraus, der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Jörg-Dieter Gauger nach seinem Ausscheiden aus der Konrad-Adenauer-Stiftung, in der er von 1982 bis 2011 in verschiedenen leitenden Positionen tätig war. Der umfassend gebildete, intime Kenner der Antike, der gesamten Geschichte und Kultur hatte nach dem Studium der Geschichte, der Klassischen Philologie und der Politischen Wissenschaften (Promotion 1975) zunächst eine Hochschullaufbahn eingeschlagen, ein Ziel, das er nie aus den Augen verlor; 1996 habilitierte er und wurde 2002 außerplanmäßiger Professor an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Wissensdrang war ein beherrschender Zug seiner Persönlichkeit. Auf der Grundlage eines christlichen Wertefundaments und klarer Überzeugungen äußerte er sich zu unterschiedlichsten Fragen wie Patriotismus, Föderalismus oder dem christlichen Menschenbild. Sein Schwerpunkt war aber die Kultur-, Wissenschafts- und Bildungspolitik. Unzählige Tagungen (erinnert sei an die Gesprächskreise mit Georg Gölter, Anton Pfeifer und Norbert Lammert), Dokumentationen, Monografien und Analysen zeugen von seiner immensen Schaffenskraft.

Der hochgeschätzte Experte setzte einer ideologisch geprägten Schul- und Hochschulpolitik seine Konzeption einer „Bildung zur Persönlichkeit“ entgegen, die auf Leistungsorientierung, Dignität der Unterrichtsinhalte und Humanität im Bildungswesen basiert. Konkrete inhaltliche Akzente setzte er mit Kerncurricula in der Musikpädagogik oder einem Kanon des historischen Wissens, um dem Verschwinden des kulturellen Gedächtnisses entgegenzuwirken. Mit seiner Schulbuchuntersuchung „Deutsche und Polen im Unterricht“ erinnerte er an die ehemaligen deutschen Ostgebiete. Erwähnt sei auch seine Studie „Kontinuität und Wandel – Bildungsbegriff und Bildungssystem in den Grundsatzserklärungen der CDU zwischen 1945 und 2011“.

Sachliche Auseinandersetzungen scheute er nicht, blieb aber seinem irenischen Naturell gemäß stets verbindlich. Er war ein einfühlsamer Kollege, der seine Person immer hinter der Sache und der Aufgabe zurücktreten ließ. Die Krankheit seiner geliebten Frau, einer Gymnasiallehrerin, veranlasste ihn, vorzeitig in den Ruhestand zu treten, um ihr beizustehen; sie starb im Juni 2013. Noch kurz vor seinem Tod konnte er stolz das mit ihr übersetzte und kommentierte Werk *Die Fragmente der Historiker: Ephoros von Kyme und Timaios von Tauromenion* anzeigen. Sein Tod hat mich tief getroffen; er war Freund und Weggefährte seit 1968.

Günter Buchstab,
bis 2009 Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv
für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

PERSONALIA

Markus Rosenberger übernimmt die Leitung des Teams Lateinamerika von seinem Vorgänger Olaf Jacob, der ins Auslandsbüro in Buenos Aires / Argentinien wechselt.

Die Nachfolge von Markus Rosenberger als Leiter der Personalabteilung Ausland tritt Felix Dane an, der bisher das Büro in Rio de Janeiro / Brasilien geleitet hat.

NEUERSCHEINUNGEN (AUSWAHL)

Einzeltitle und Verlagspublikationen

Dohmen, Dieter / René Krempkow: Hochschulautonomie im Ländervergleich. Bestandsaufnahme und künftige Entwicklungen, Sankt Augustin/Berlin, August 2015

Friedrich, Meik / Mertens, Richard L. / Sobott, Jonas K.: „Whatever it takes“. Wirksamkeit und Grenzen der Wertpapierankäufe durch die EZB, Sankt Augustin/Berlin, Juni 2015

Grabow, Karsten / Oppelland, Torsten „Ich will die EU zerstören“. EU-Gegner im 8. Europäischen Parlament. Eine Jahresbilanz, Sankt Augustin/Berlin, Mai 2015. Erschienen auch in englischer Sprache: „I want to destroy the EU“. EU Opponents in the 8th European Parliament.

Gu, Xuewu / Küsters, Hanns Jürgen (Hrsg.): Was Deutschland und die Welt im Innersten zusammenhält. Politik und Intellektuelle in der deutschen Zeitgeschichte und die Rolle Deutschlands in einer globalisierten Welt – Symposien zum 80. Geburtstag von Professor Dr. Hans-Peter Schwarz, Sankt Augustin/Berlin, Juni 2015.

Hauptabteilung Begabtenförderung und Kultur (Hrsg.): 50 Jahre – 50 Köpfe. 50 Jahre Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin, Juni 2015.

Henry-Huthmacher, Christine / Hoffmann, Elisabeth (Hrsg.): Duale Ausbildung 2020. 19 Fragen & 19 Antworten, Band II, Sankt Augustin/Berlin, Juni 2015.

Journalistische Nachwuchsförderung: Echt stark. Stipendiaten-Porträtmagazin, Sankt Augustin, Juni 2015.

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Nachgedacht: TTIP – Handel. Investitionen. Partnerschaft (Infoflip), Sankt Augustin/Berlin, September 2015.

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Weltweit für den Rechtsstaat. Das Rechtsstaatsprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin, September 2015.

Pöttering, Hans-Gert / Wisniewski, Roswitha (Hrsg.): Von Christlicher Kultur und Sozialer Marktwirtschaft. Beiträge und Symposium zum 85. Geburtstag von Dorothee Wilms, Sankt Augustin/Berlin, Juli 2015.

Pöttering, Hans-Gert (Hrsg.): „Wir wählen die Freiheit“. Geschichte Deutschlands und der CDU in Bildern, Sankt Augustin/Berlin, Juni 2015.

Pöttering, Hans-Gert (Hrsg.): Politik in Plakaten. Plakatgeschichte der CDU aus acht Jahrzehnten, Bouvier Verlag, Bonn, Juni 2015.

Rindfleisch, Eva / Maennig-Fortmann, Felise: Duale Ausbildung in Deutschland. Durch Praxis und Theorie zur Fachkraft, Sankt Augustin/Berlin, August 2015. Ebenfalls in englischer und spanischer Sprache erschienen.

Scheffler Corvaja, Alessandro: Das Weißbuch zur italienischen Sicherheitspolitik. Besinnung auf das Wesentliche: Das Primat der Politik und Fokus auf den euro-mediterranen Raum, Sankt Augustin/Berlin, September 2015.

Senge, Katharina: Zielland Deutschland. Hintergründe zu Flüchtlingen und Einwanderung, Sankt Augustin/Berlin, Juni 2015.

Vogel, Bernhard (Hrsg.): Heimat – Vaterland – Europa. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Gert Pöttering, Böhlau Verlag, Köln, Oktober 2015.

Forum Empirische Sozialforschung

Höhne, Benjamin: Demokratie braucht Engagement. Gesellschaftliche und politische Beteiligung in und außerhalb von Parteien aus Sicht von Mitgliedern und Nichtmitgliedern, Sankt Augustin/Berlin, Juli 2015.

Henry-Huthmacher, Christine / Neu, Viola (Hrsg.): Jedes Kind ist anders. Einstellungen von Eltern, deren Kinder sonderpädagogischen Förderbedarf haben, Sankt Augustin/Berlin, Oktober 2015. Erschienen ebenfalls in leichter Sprache.

Handreichungen zur Politischen Bildung

van Lier, Karl-Heinz B.: Handlungsauftrag Demografie. Fakten – Expertisen – Meinungen (Band 19), Sankt Augustin/Berlin, August 2015.

Analysen & Argumente

Die Reihe informiert in konzentrierter Form über wichtige Positionen der Konrad-Adenauer-Stiftung zu aktuellen Themen. Die einzelnen Ausgaben sind online unter <http://www.kas.de/wf/de/34.11/> abrufbar.

Zeitschriften

Die Politische Meinung, Sonderausgabe 3: Adenauer. Der bürgerliche Revolutionär, Mai 2015.
www.politische-meinung.de

KAS-Auslandsinformationen 8/2015

<http://www.kas.de/wf/de/33.42460/>
www.kas.de/auslandsinformationen

Onlinefassungen bzw. Leseproben aus Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung abrufbar unter www.kas.de/publikationen

Druckfassungen können per E-Mail bestellt werden unter bestellung@kas.de

Die nächste Ausgabe erscheint im Dezember 2015
zum Thema

China

Die Dimension des Wandels

Hierzu schreiben unter anderen Ansgar Graw, Petra Kolonko,
Kristin Shi-Kupfer und Beat U. Wieser.

IMPRESSUM

Nr. 534, September/Oktober 2015, 60. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering,
Bernhard Vogel

Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Geschäftsführung

Walter Bajohr

Redaktion der vorliegenden Ausgabe

Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Rita Anna Tüpper-Fotiadis (Redakteurin)
Redaktionsassistent: Cornelia Wurm
Studentischer Mitarbeiter: Christopher Menzel

Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
rita.tuepper-fotiadis@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 11
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.